

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 2020

1. Januar 20

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Mehrere Gewalttäter beleidigen in der Friedrich-Ebert-Straße einen 24-jährigen Geflüchteten aus dem Tschad zunächst rassistisch und greifen ihn dann körperlich an.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*OPP (Polizei Brandenburg);
LT DS Brbg 7/1559;
LT DS Brbg 1/156;
BT DS 19/24108*

1. Januar 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Drei Geflüchtete aus Eritrea sind nach einer Silvesterparty auf dem Heimweg. Gegen 4.10 Uhr werden sie in der Friedrichstraße von dem 31 Jahre alten Deutschen Maik S. erst mit dem sogenannten Hitlergruß provoziert, dann rassistisch beleidigt und bedroht und anschließend körperlich angegriffen.

Die von Passant:innen alarmierte Polizei kommt mit sieben Streifenwagen an den Ort des Geschehens und erstattet Strafanzeige wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Bedrohung und Körperverletzung gegen den polizeilich bekannten Täter. Der Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen.

Im Dezember 2021 verurteilt das Amtsgericht Prenzlau Maik S. in erster Instanz zu 18 Monaten Haft.

*Polizei Brandenburg 2.1.20;
gegenrede 3.1.20; MOZ 3.1.20;
UK 3.1.20; LT DS Brbg 7/1559;
LT DS Brbg 7/1566;
BT DS 19/24108;
gegenrede*

1. Januar 20

Guben im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Am Bahnhof wird kurz nach Mitternacht einem circa 30 Jahre alten Flüchtling aus Äthiopien von einem Mann nach rassistischen Beleidigungen mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Begleiterin des Angreifers filmt die Tat mit dem Mobiltelefon. Der Äthiopier erleidet Prellungen im Gesicht und eine Platzwunde an der Lippe – der Täter sucht das Weite. Als die Schmerzen weiter bestehen und Probleme bei der Nahrungsaufnahme auftreten, geht der Verletzte ins Städtische Krankenhaus, aus dem er nach Augenscheinnahme ohne Behandlung entlassen wird. Schließlich fährt er nach Berlin und bekommt hier in einem Krankenhaus die medizinische Behandlung – seine Lippe wird genäht.

Die Täter werden nicht ermittelt.

OPP

3. Januar 20

Gransee im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Ein 42-jähriger Geflüchteter aus dem Iran wird gegen 16.00 Uhr in der Berliner Straße von zwei Männern zunächst rassistisch beleidigt und dann geschlagen und getreten. Er wehrt sich gegen die Gewalttäter und bekommt dabei Unterstützung durch einen anwesenden Iraner. Die Aggressoren lassen deshalb von dem Betroffenen ab und laufen in Richtung Stadtzentrum davon.

Die alarmierte Bereitschaftspolizei sucht die nähere Umgebung ab und setzt die Täter in der Oranienburger Straße fest. Die beiden Männer aus Oberhavel im Alter von 24 und 30 Jahren geben während der Befragung durch die Beamt:innen den Angriff auf den Geflüchteten zu. Nach Ende der polizeilichen Maßnahme können sie gehen. Die Kriminalpolizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Brandenburg 6.1.20;
LT DS Brbg 7/1559;
LT DS Brbg 7/1566;
BT DS 19/24108*

3. Januar 20

Dresden – Stadtteil Löbtau – im Bundesland Sachsen. Eine 42 Jahre alte Frau beleidigt eine 18-jährige Nigerianerin rassistisch. Das geschieht in der Straßenbahn der Linie 7 zwischen den Haltestellen Julius-Vahlteich-Straße und Tharandter Straße. Als die Betroffene gegen 21.40 Uhr in einen anderen Teil der Straßenbahn geht, um sich der Situation zu entziehen, folgt ihr die Frau und greift sie körperlich an. Im Zuge der Auseinandersetzung verletzt sich die Provokateurin leicht.

Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen wegen Beleidigung und Körperverletzung auf und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

*Polizei Sachsen 6.1.20;
Alternative Dresden News 6.1.20*

3. Januar 20

Landkreis Neunkirchen im Saarland. In der JVA Ottweiler wird am Nachmittag ein Gefangener aus Algerien in seiner Zelle stranguliert vorgefunden. Mitarbeiter:innen der JVA gelingt die Wiederbelebung des 26-Jährigen.

Schwer verletzt kommt er ins Klinikum Saarbrücken, wo es ihm gesundheitlich bald besser geht. Eine Rundum-Überwachung durch Beamt:innen erfolgt auch hier, denn der Mann hatte die Verzweiflungstat begangen, nachdem ihm mitgeteilt worden war, dass seine Abschiebung bevorstand.

*SaZ 6.1.20; RP 6.1.20;
SaZ 7.1.20*

4. Januar 20

Mecklenburg-Vorpommern. Im Seehafen von Rostock wird ein Iraker bei der Festnahme durch Angehörige der Bundespolizei zu Boden gebracht und erleidet dadurch Schürfwunden.

BT DS 19/27084

4. Januar 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 22 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

4. Januar 20

Halle an der Saale – Bundesland Sachsen-Anhalt. Im Ernst-Barlach-Ring kommt einer 27 Jahre alten Irakerin eine Frau

mit einem Hund entgegen. Als eines ihrer beiden Kinder Angst vor dem Hund bekommt und anfängt zu weinen, sagt die Deutsche, dass dies richtig sei, da der Hund Ausländer:innen beißen würde. Es entsteht ein Streitgespräch zwischen den beiden Frauen, das dadurch beendet wird, dass die Provokateurin Pfefferspray gegen die Irakerin einsetzt und dann weitergeht.

*Polizei Halle 5.1.20;
MDZ 7.1.20;
LT DS SaAnh 7/6236*

5. Januar 20

Bundesland Sachsen. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person mittels eines Rasierers selbst.

BT DS 19/31669

7. Januar 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

8. Januar 20

Osnabrück – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 42 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

8. Januar 20

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

9. Januar 20

Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) Büren in Nordrhein-Westfalen. Der Abschiebungsgefangene Herr H. wird nach dreimonatiger Gefangenschaft, zusammen mit acht weiteren Geflüchteten, bewacht von 20 Polizeibeamt:innen mit einem Flieger der Royal Air Maroc nach Marokko ausgeflogen. Er ist an Händen, Füßen und Rumpf mit einem Gürtel fixiert (Body Cuff) und diese Fesselung wird auch während des gesamten Fluges nicht gelockert. Ein Arzt ist in seiner Begleitung, der ihm mehrmals droht, ihm ein Beruhigungsmittel zu spritzen, sollte er Widerstand leisten.

Herr H. hat mehrere Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken und mehrere Suizidversuche hinter sich. Der letzte fand im Abschiebegefängnis Büren statt. Er wurde dann – an Händen und Füßen gefesselt – ins Krankenhaus und nach medizinischer Behandlung zurück in die Haft gebracht. Für zwei Wochen kam er in Isolationshaft, während der ihm Handy, Zigaretten und frisches Obst verweigert wurden und er unter ständiger Überwachung unter Neonlicht stand. Allenfalls ein Tuch wurde ihm als "Kleidungsstück" zugestanden. Entsprechend der sogenannten Lebendkontrolle musste er alle 15 Minuten sagen, dass es ihm gut gehe. Jeden 2. Tag erfolgte eine Zellentdurchsuchung und zur Einschüchterung wurde ihm mit dem "Keller" (noch rigideren Isolationszellen im Keller) gedroht. Die Behandlung durch das Wachpersonal war willkürlich und unberechenbar, was eine permanente Unsicherheit bei ihm erzeugte und ihn psychisch schwer belastete.

Den Eilantrag der Rechtsanwältin wegen Reiseunfähigkeit, der durch zahlreiche ärztliche Unterlagen belegt wurde, lehnte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen ab. Es verordnete stattdessen die Begleitung während der Abschiebung durch einen Arzt oder eine Ärztin.

Am Tag vor der Abschiebung wurde Herr H. erneut in eine Isolationszelle gebracht – Handy, Zigaretten, Kleidung und Geld wurden ihm weggenommen. Weil ihm kein Telefonat zugestanden wurde, hat er sich aus Verzweiflung die Fäuste an der Zellentür blutig geschlagen.

Nach der Abschiebung wird Herr H. von einem Polizisten festgehalten und verhört. Dann verlangt dieser eine Zahlung von 30 Euro, die Herr H. nicht hat, weil ihm vor der Abschiebung sogar das gesetzlich verpflichtete Taschengeld abgenommen worden war.

Es gelingt ihm, das Geld von einer Person auf dem Flughafengelände zu bekommen und er kommt frei.

*AK Asyl Göttingen, AK Asyl Witzenhausen u.
Ausbrechen Paderborn 3.2.20*

10. Januar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU, UPW) Duvenacker gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

10. Januar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Lewenwerder gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

11. Januar 20

Neumarkt – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

12. Januar 20

Hansestadt Bremen. Circa zehn Polizeibeamt:innen dringen morgens um 6.00 Uhr in ein Zimmer der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Steinsetzerstraße ein und reißen einen 17-jährigen unbegleiteten Flüchtling aus dem Schlaf. Ihm wird es nicht gestattet, sich richtig anzuziehen – ihm werden Handschellen angelegt und dann wird er in Shorts mitgenommen und – im Rahmen einer Umverteilung – ins Bundesland Brandenburg gebracht. Während der sechsständigen Fahrt muss er Handschellen tragen, sie werden ihm erst am Ankunftsort abgenommen.

Diese körperlich und psychisch gewaltvolle Aktion geschah auf Verfügung des Jugendamtes, das auch eine Mitarbeiterin als Begleitung zur Umverteilung abstellte.

Der Jugendliche ist kein Straftäter, niemand sei durch ihn gefährdet, niemand müsse vor ihm geschützt werden, so der Flüchtlingsrat Bremen. Der Grund für das harte körperverletzende und traumatisierende Vorgehen der Polizei ist offensichtlich die Tatsache, dass er, der seit mehreren Monaten in Bremen lebt und die Schule besuchte, dem Jugendamt gegenüber mehrfach, auch schriftlich geäußert hatte, dass er wegen der entstandenen zwischenmenschlichen Bindungen nicht aus Bremen weg wolle. (siehe auch: Oktober 19)

*FRat Bremen 15.1.20;
taz 16.1.20; taz 18.1.20;
WK 13.2.20*

13. Januar 20

Hansestadt Hamburg. Um 20.38 Uhr geht die Meldung bei der Hamburger Einsatzzentrale der Polizei ein, dass sich in der

Erstaufnahme-Einrichtung Harburger Poststraße ein Suizid ereignet hat.

Hamburgische Bürgerschaft 22/467

13. Januar 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 16 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

14. Januar 20

Itzehoe – Schleswig-Holstein. Gegen 19.15 Uhr werden in der Breitenburger Straße drei syrische Flüchtlinge im Alter von 19, 20 und 21 Jahren von drei Männern rassistisch beleidigt und mit Pfefferspray bedroht. Kurz danach bedrohen Provokateure die Syrer erneut und einer wird mit Pfefferspray angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

14. Januar 20

Ludwigshafen – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

16. Januar 20

Celle – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Außenstelle der Landesaufnahmebehörde unternimmt eine 17 Jahre alte Jugendliche aus Serbien einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

17. Januar 20

Kreisstadt Fulda des gleichnamigen hessischen Landkreises. Gegen 20.30 Uhr wird ein 22 Jahre alter Asylbewerber in der Bahnhofshalle von einem betrunkenen Deutschen attackiert, indem der Angreifer ihm unvermittelt mit seinen Fingerknöcheln gegen der Kopf schlägt ("Kopfnuß").

Der Angegriffene meldet die Attacke bei der Bahnhofspolizei, die den 29-jährigen Täter stellt und ihn – wegen seines aggressiven Verhaltens, auch der Polizei gegenüber - in vorübergehenden Gewahrsam nimmt. Ein Strafverfahren wegen Körperverletzung und Beleidigung wird eingeleitet.

*BPol Kassel 20.1.20;
OhZ 20.1.20*

18. Januar 20

Bramsche – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt eine 35 Jahre alte Frau aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

18. Januar 20

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 25 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

20. Januar 20

Leipzig – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flücht-

linge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/2135;
BT DS 19/26641*

20. Januar 20

Sebnitz – Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Ein 11 Jahre altes Mädchen aus dem Irak wird zum wiederholten Male von rechten Jugendlichen terrorisiert. Gegen 16.20 beschimpft und bepöbelt ein 14-jähriger Deutscher aus einer Gruppe von vier Jugendlichen heraus die Geflüchtete auf dem Markt rassistisch und spuckt sie an. Als das Mädchen zurückspeckt, zieht der Provokateur ein Taschenmesser und bedroht die Betroffene. Das Mädchen läuft daraufhin weg.

Die Polizei ermittelt gegen den 14 Jahre alten Deutschen wegen Beleidigung und Bedrohung. Bereits am 14. Dezember 19 hat derselbe Täter die Betroffene rassistisch beleidigt. (siehe auch: 6. Dezember 19; 2. März 20; 7. Mai 20)

*Polizei Sachsen 21.1.20;
Bild 21.1.20; SZ 21.1.20;
TAG24 21.1.20;
LT DS Sachsen 7/2135;
BT DS 19/24108*

20. Januar 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

22. Januar 20

Weißenfels – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

23. Januar 20

Nauen – Brandenburg. Laut Auskunft der Landesregierung wird in der Mittelstraße ein Mann aus Syrien zunächst rassistisch beleidigt und dann mit einer Waffe angegriffen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf schwere Körperverletzung.

LT DS Brbg 7/1559

24. Januar 20

Eilsleben im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Nahe einer Kirche wird ein 19 Jahre alter Flüchtling aus Somalia aus einer Gruppe heraus von einem Mann rassistisch beleidigt und gefragt, was er "in unserem Land" wolle. Dann schlägt der Provokateur mehrfach auf ihn ein, zerrt an seiner Jacke und versetzt ihm einen Kniestöß. Erst als sich ein Anwohner einmischte, lässt er von dem Afrikaner ab und flüchtet.

Der Somalier, der zwischenzeitlich kurz bewusstlos war, bemerkt erst jetzt, dass sein Portemonnaie fehlt. Er muss seine Kopfverletzung behandeln lassen.

Der polizeiliche Staatsschutz beginnt Ermittlungen wegen Körperverletzung, Beleidigung und Diebstahl.

*Mobile Beratung SaAnh;
LT DS SaAnh 7/6656;
BT DS 19/21647*

26. Januar 20

Hannover – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 5.45 Uhr im Zusammenhang mit rassistischen Beleidigungen mit Pfefferspray verletzt. Dabei kommt auch ein Taxifahrer zu Schaden.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

28. Januar 20

JVA Dresden im Bundesland Sachsen. Ein 27 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

29. Januar 20

Finsterwalde im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Somalia wird zunächst rassistisch beleidigt und dann körperlich attackiert.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*OPP (Polizei Brandenburg);
LT DS Brbg 7/1559;
LT DS Brbg 7/1566;
BT DS 19/24108*

29. Januar 20

Parsberg im bayerischen Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz. Auf dem Parkplatz "Ludergraben" der Bundesautobahn A3 befreit die Polizei fünf Männer aus einem Sattelzug. Der Fahrer hatte den LKW dort geparkt und sich selbst schlafen gelegt. Es herrschten Temperaturen um den Gefrierpunkt, als sich die Flüchtlinge durch Klopfzeichen versuchten, bemerkbar zu machen. Einer von ihnen hatte zuvor selbst einen Notruf abgesetzt, der die Einsatzstelle des Rettungsdienstes in Regensburg erreichte.

Die vier Männer im Alter von 21 bis 31 Jahren und der 16-jährige Jugendliche kommen aus Syrien, Ägypten und Tunesien. Offensichtlich sind sie bereits in Bosnien in den Aufleger gestiegen, der bis in die Niederlande fahren sollte.

Ein 31-Jähriger kommt zur medizinischen Versorgung in ein örtliches Krankenhaus, die anderen Personen werden durch das Bayerische Rote Kreuz Parsberg gepflegt und medizinisch versorgt.

*br24 30.1.20;
SZ 31.1.20*

31. Januar 20

JVA Regis-Breitungen im Bundesland Sachsen. Ein 22 Jahre alter Geflüchteter aus Libyen unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

31. Januar 20

Salzwedel im Altmarkkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Im Keller eines Mehrfamilienhauses an der Hoyersburger Straße kommt es gegen 21.20 Uhr zu einem Angriff auf einen hier wohnenden Flüchtling. Bis zu sechs deutsche Personen beleidigen den Mann rassistisch und greifen ihn tätlich an. Als er zu Boden geht, beschädigen sie sein Handy und eine Bluetooth-Musikbox. Dann verschwinden sie.

Der angegriffene Flüchtling wird mit einem Nasenbeinbruch, Blutergüssen im Gesicht und Prellungen am Körper von Rettungskräften ins Salzwedeler Altmark-Klinikum gebracht.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Salzwedel 3.2.20;
VS 4.2.20; BT DS 19/26641*

Januar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Januar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme.

LT DS Hessen 20/5122

Januar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch die Einnahme von Tabletten und Flüssigseife.

LT DS Hessen 20/5122

Januar 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt eine Iranerin während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch durch Tabletten-einnahme. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Januar 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Januar 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Januar 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Eine 50 Jahre alte Frau aus der Türkei unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Januar 20

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Januar 20

Landkreis Nürnberger Land im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Altdorf unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ergoldsbach unternimmt eine Person aus Sierra Leone einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Pfeffenhausen unternimmt eine Person aus

Sierra Leone einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Wörth a.d. Isar unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Eichstätt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Dollnstein begeht eine Person aus Afghanistan Suizid durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Landsberg am Lech im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Hurlach unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Landkreis Landsberg am Lech im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Landsberg am Lech unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/14429

Januar 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert im Vorfeld einer Abschiebung die Selbstverletzung oder den Suizidversuch einer geflüchteten Person aus Nordrhein-Westfalen.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

1. Februar 20

Bundesland Sachsen. In der Abschiebehafteinrichtung Dresden versucht ein 32 Jahre alter Gefangener aus Pakistan, sich zu erstickern. Ein Mitgefangener holt umgehend Hilfe, wodurch Schlimmeres verhindert wird.

Der Haftanstalt ist bekannt, dass der Mann in den letzten Tagen "schubweise anfallende Selbstverletzungsgedanken" geäußert hat. Er bleibt in Haft und wird in einem "besonders gesicherten Unterbringungsraum" untergebracht – isoliert von Mitgefangenen und mit engmaschiger Überwachung.

Am 30. März wird der Gefangene abgeschoben.

A-Haftgruppe Dresden 31.3.20;

A-Haftgruppe Dresden;

LT DS Sachsen 7/1638;

BT DS 19/31669

1. Februar 20

Halberstadt im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch. Der Mann kommt für sechs Tage zur stationären Behandlung ins Krankenhaus Halberstadt und anschließend in die Psychiatrie nach Blankenburg.

LT DS SaAnh 7/7445

2. Februar 20

Wittenberge im brandenburgischen Landkreis Prignitz. Während eines gemeinsamen Fußballspiels am Abend auf einem Schul-Sportplatz in der Bad Wilsnacker Straße beleidigt ein 18-jähriger Deutscher einen 15 Jahre alten Geflüchteten aus dem Tschad rassistisch und schlägt ihn mit der Faust – dieser wehrt sich kurz. Nach der Auseinandersetzung geht er zu einem Arzt und informiert dann die Polizei.

Die Kriminalpolizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung, Volksverhetzung gegen den Deutschen und auch auf Körperverletzung gegen den jugendlichen Flüchtling.

Polizei Brandenburg 3.2.20;

LT DS Brbg 7/1566;

BT DS 19/24108

2. Februar 20

Angermünde im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am frühen Nachmittag steigen zwei circa 30-jährige Geflüchtete am Bahnhof gerade aus einem Zug aus und werden dabei von zwei Männern am Bahnsteig rassistisch beleidigt. Als sie wenig später die beiden Provokateure, die am Ende des Bahnsteigs auf sie warten, zur Rede stellen, werden sie mit Faustschlägen und einer Bierflasche unvermittelt angegriffen. Einer der beiden Betroffenen, ein Äthiopier, kommt mit Gesichtsverletzungen zunächst für vier Tage ins Krankenhaus und muss sich dann einer Operation am gebrochenen Kiefer unterziehen.

Die Polizei ermittelt gegen die Täter wegen des Verdachts auf Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung. Es kommt zur Anklageerhebung.

OPP

3. Februar 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

3. Februar 20

Kreisstadt Görlitz im Bundesland Sachsen. Ein 32 Jahre alter Mann wird mit seinem dreijährigen Sohn und den zehn und elf Jahre alten Töchtern nach einem einjährigen Deutschland-Aufenthalt abgeschoben und damit von der 37-jährigen Mutter und der 10 Monate alten Tochter getrennt.

LT DS Sachsen 7/2133

4. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstversorgungseinrichtung (UmA) Tannenweg gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 15 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. Februar 20

Hofheim im hessischen Main-Taunus-Kreis. Nazakat A., Flüchtling aus Pakistan wird von Zuhause abgeholt und ins Abschiebegewahrtsam nach Frankfurt gebracht. Von dort aus wird er mit Papieren, die nicht seine Namen tragen, abgeschoben. Damit ist der 26-Jährige von seiner schwangeren Frau gewaltsam getrennt.

Am 6. Juni wird sein Sohn in Bad Soden geboren. Zu seiner Frau hält er intensiv Kontakt, der allerdings abbricht, als sie im September wegen einer Hirnhautentzündung ins Koma fällt und verstirbt.

Das Kind kommt dann zu seiner Tante in Pflege, weiterhin bemüht sich sein Vater mit Hilfe eines Anwaltes intensiv um eine Wiedereinreise, um bei seinem Sohn sein zu können.

Herr A. hatte im Jahre 2015 den langen Weg Richtung Europa – oft zu Fuß – zurückgelegt und die Bilder von dramatischen Ereignissen verfolgen ihn noch heute.

Bericht des Betroffenen 6.6.21

5. Februar 20

Neckarsulm im baden-württembergischen Landkreis Heilbronn. Es ist 3.30 Uhr, als Polizist:innen in eine Flüchtlingsunterkunft eindringen, um eine 33 Jahre alte Tschetschenin mit ihren drei Kindern abzuholen und diese auf dem Landweg nach Polen abzuschleppen.

Die Frau versucht aus einem Fenster ins Freie zu flüchten, wird jedoch von den Polizeibeamt:innen davon abgehalten. Daraufhin zerschlägt sie ein Weinglas, nimmt einen Tortenheber in die Hand und geht auf eine Polizistin zu, die ihre Dienstwaffe zieht und auf die Tschetschenin zielt. Diese wendet daraufhin den Tortenheber gegen ihren eigenen Bauch und drückt sich eine Glasscheibe gegen den Hals.

Die Polizei setzt Pfefferspray gegen sie ein, um die Situation "zu klären." Die sechs, acht und zehn Jahre alten Kinder schreien und weinen. Eines flüchtet aus dem Fenster und wird von der Polizei zurückgeholt.

Die verletzte Mutter der Kinder kommt mit einem Krankenwagen in die Klinik am Gesundbrunnen nach Heilbronn und später ins Klinikum Weinsberg (Psychiatrie). Ihre völlig verstörten Kinder bringt das Jugendamt in einer Pflegefamilie unter.

Die Tschetschenin hatte im August letzten Jahres einen Asylantrag gestellt, der im selben Monat vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt wurde, weil die Familie über Polen eingereist war und deshalb Polen zuständig sei.

HSt 7.2.20

6. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Tessenowweg gerufen, weil eine

dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

6. Februar 20

Bundesland Niedersachsen – Region Hannover. Gegen 21.00 Uhr flüchtet ein 26-jähriger Algerier aus dem Gebäude der Autobahnwache an der Raststätte Garbsen-Nord der BAB 2 (Bundesautobahn) und läuft auf die Fahrbahnen zu. Ein von links kommender, in Richtung Dortmund fahrender, Skoda Octavia erfasst ihn und schleudert ihn zu Boden. Dann wird er von noch mindestens einem weiteren Fahrzeug überrollt und erliegt seinen Verletzungen vor Ort.

Gegen den Mann lag ein Haftbefehl vor, weil er abgeschoben werden sollte. Dies war gegen 17.00 Uhr bei einer polizeilichen allgemeinen Verkehrskontrolle auf dem Parkplatz Varrelheide an der BAB 2 festgestellt worden, so dass er vorläufig festgenommen und zur Autobahnwache gebracht wurde. Als ihm mitgeteilt wurde, dass er in Gewahrsam kommen würde, hatte er sich unvermittelt losgerissen und war losgerannt.

Polizei Hannover 7.2.20;

Spiegel 7.2.20;

FAZ 7.2.20

6. Februar 20

Leverkusen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

7. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Eulenkrußstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

7. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Eulenkrußstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

7. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Um 22.07 Uhr geht die Meldung bei der Hamburger Einsatzzentrale der Polizei ein, dass sich in der Flüchtlingsunterkunft Am Rehagen/Butterbarnstieg ein Selbsttötungsversuch ereignet hat.

Hamburgische Bürgerschaft 22/3897

8. Februar 20

Neuruppin im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ein lautes Geräusch weckt in den frühen Morgenstunden eine 35-jährige Geflüchtete aus Tschetschenien und ihre 16 und 18 Jahre alten Söhne. Ein Aggressor hämmert gegen ihre Wohnungstür, beschimpft und bedroht sie rassistisch. Während einer der Söhne gerade die Polizei alarmiert, dringt der Mann in die Wohnung ein und greift die Betroffenen mit einer Flasche in der Hand an. Es gelingt ihnen jedoch, den Gewalttäter festzuhalten, bis die Polizei eintrifft.

Die Jugendlichen erleiden schmerzhaftes Prellungen und Blutergüsse und ihre Mutter muss wegen ihrer Angstzustände für mehrere Wochen in eine psychiatrische Klinik.

Auch über ein Jahr nach dem Angriff ist noch kein Gerichtsverfahren gegen den Täter eingeleitet.

OPP

8. Februar 20

Im bayrischen Ort Arnstorf im Landkreis Rottal-Inn kommt es zu einem Tötungsversuch. Ein 20-jähriger Geflüchteter gerät gegen 2.30 Uhr vor einem Lokal in einen Streit mit einem anderen Gast. Worum es in dem Streit geht, bleibt unklar, doch als der Streit sich in die Gaststätte verlagert, wird der Geflüchtete plötzlich von seinem Widersacher mit einem Messer attackiert und fällt zu Boden. Der Angreifer versucht mehrmals mit dem Messer auf ihn einzustechen und droht ihn zu ermorden. Der 20-Jährige kann die Stiche abwehren und schließlich vom Tatort flüchten. Er erleidet leichte Verletzungen.

Die Polizei ermittelt nach ca. einem Monat einen 51-jährigen Mann aus dem Kreis Rottal-Inn als Täter. Es wird ein Strafbefehl wegen versuchten Totschlags erlassen.

*Polizei Bayern 8.2.20;
Passauer Neue Presse 10.3.20;
Landauer Ztg 10.3.20;
BT DS 19/24108;
BT DS 19/21647*

9. Februar 20

Bundesland Sachsen. In der Abschiebehafteinrichtung Dresden fügt sich ein 33 Jahre alter Inder unter der Dusche beim Rasieren mehrere Schnitte in den Arm zu. Ein Mitgefangener leistet erste Hilfe, indem er mit einer Bettdecke die Wunden zu-drückt, um die Blutungen zu stillen.

Der Betroffene wird im Anschluss in einem "besonders gesicherten Unterbringungsraum" untergebracht – isoliert von Mitgefangenen und mit engmaschiger Überwachung.

Drei Tage später erfolgt seine Abschiebung.

*A-Haftgruppe Dresden 31.3.20;
LT DS Sachsen 7/1639;
BT DS 19/31669*

12. Februar 20

Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Mitten in der Nacht gibt ein Mann vor einer Hellersdorfer Flüchtlingsunterkunft Schüsse ab und ruft dabei rassistische Parolen und Drohungen. Die von Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes gerufenen Polizeibeamt:innen treffen bei ihrer Suche in der Nähe des U-Bahnhofs Louis-Lewin-Straße auf einen 27 Jahre alten Verdächtigen und nehmen ihn vorläufig fest. In der Nähe finden die Beamt:innen eine Schreckschuss-Pistole.

Der polizeiliche Staatsschutz nimmt Ermittlungen wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhen von Straftaten und Verstoßes gegen das Waffengesetz auf.

*Berliner Register (TS);
BT DS 19/26641*

12. Februar 20

Bernburg im Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft im Teichweg unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus der Türkei einen Suizidversuch. Der Mann kommt für eine Woche zur stationären Behandlung ins Krankenhaus Bernburg.

LT DS SaAnh 7/7445

13. Februar 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Im Georg-Dreke-Ring greifen gegen 17.05 Uhr drei Jugendliche den 16 Jahre alten syrischen Flüchtling Hamza K. aus rassistischen Motiven an. Sie schlagen und treten auf den Betroffenen ein – dieser erleidet leichte Verletzungen.

Die Kriminalpolizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung und sucht nach den Gewalttätern.

Am 26. März 21 wird einer der Täter, Oli P., vom Prenzlauer Jugendschöffengericht in erster Instanz zu einer achtmonatigen Jugendstrafe, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung, und 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Dem Gericht gelingt es nicht, aufzuklären, ob der Angriff vorher verabredet war.

Bei den beiden anderen Tätern, die sich auch noch für weitere Straftaten verantworten müssen, stehen die Prozesse noch aus.

*Polizei Brandenburg 14.2.20;
LT DS Brbg 7/1566;
LT DS Brbg 7/1569;
BT DS 19/24108;
gegenrede*

13. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppeltstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

13. Februar 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

13. Februar 20

Osnabrück – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmehbehörde unternimmt ein 32 Jahre alter Mann aus Simbabwe einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

16. Februar 20

Salzwedel – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

17. Februar 20

Neubrandenburg im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Nachdem eine 22 Jahre alte deutsche Frau gegen 17.30 Uhr ihren Bus an der Trabernallee im Reitbahnviertel verlassen hat, kommt ihr ein syrischer Familienvater, der mit seinen zwei Kindern im Alter von drei und zwölf Jahren unterwegs ist, entgegen. Die Frau schreit den 42-Jährigen an, beleidigt ihn rassistisch, bespuckt ihn und tritt gegen den Kinderwagen, in dem das kleine Kind sitzt.

Als er sich wehrt kommen zwei deutsche Männer hinzu, wollen der Angreiferin "helfen", woraufhin sich auch ein 16 Jahre alter Jugendlicher aus Syrien einschaltet. Jetzt geht die alkoholisierte Frau auf diesen los und versucht dann mit einer abgebrochenen Glasflasche den Vater der Kinder zu verletzen.

Die erscheinende Polizei nimmt zwei Anzeigen gegen die Aggressorin auf, die keine Verletzungen aufweist. Die beiden Syrer sind leicht verletzt aus der Auseinandersetzung herausgekommen.

*Polizei Neubrandenburg 20.2.20;
Welt 20.2.20;
NK 21.2.20; SVZ 21.2.20;
BT DS 19/24108*

17. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Walddorfer Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

19. Februar 20

Bundesland Niedersachsen. Ein 16 Jahre alter unbegleiteter Flüchtling aus Algerien (geboren in Libyen) wird kurz nach der Grenzüberquerung aus den Niederlanden von der Bundespolizei festgenommen und in der JVA Hannover-Langenhagen in Abschiebehaft genommen.

Nachdem Bundespolizist:innen das Geburtsdatum mit Ende 2003 eingetragen hatten, nahm auch das Jugendamt den Gefangenen in Augenschein und urteilte, dass eine "Minderjährigkeit nicht ausgeschlossen werden kann".

Trotzdem sitzt der Jugendliche weiter in Haft – und zwar in einem separaten Trakt des Gefängnisses und ist dort komplett isoliert.

In der Nacht auf den 27. Februar eskaliert offensichtlich die Situation, und der Jugendliche wird in die Strafhaft für Erwachsene in der Schulenburg Landstraße gebracht. Dort kommt er in eine Einzelzelle mit Kamera-Überwachung. Als dort eine Scheibe zu Bruch geht, kommt er wegen drohender Selbstverletzung in eine weitere Zelle, die getönte Scheiben hat, durch die er aber ununterbrochen beobachtet werden kann.

Anstatt ihn freizulassen, denn die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen ist rechtswidrig, wird er im Laufe des 27. Februar in die JVA Langenhagen zurückgebracht.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen sieht in der weiteren Inhaftierung des Jugendlichen eine akute Gefährdung des Kindeswohls. Der Jugendliche ist psychisch schwer belastet und weist körperliche Misshandlungsspuren auf. Seine Verfassung verschlechtert sich täglich.

Am 16. März wird er aus der Abschiebehaft entlassen, weil die Abschiebung – aufgrund der Corona-Beschränkungen – nicht möglich ist.

*FRat NieSa 3.3.20;
FRat NieSa*

19. Februar 20

Osnabrück – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

19. Februar 20

Soest im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Gegen 3.50 Uhr entdecken Bewohner:innen der Flüchtlingsunterkunft im Ostenhellweg ein Feuer vor einem der Fenster. Sie können es selbstständig löschen – der 43 Jahre alte Bewohner des Zimmers zieht sich dabei leichte Verbrennungen zu. In dem Heim und den nebenstehenden Containern sind derzeit circa 20 Asylsuchende untergebracht.

Die Polizei geht von Brandstiftung aus und der Staatsschutz ermittelt.

*Polizei Dortmund 19.2.20;
Westfälischer Anzeiger 19.2.20*

20. Februar 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 22 Jahre alter Bewohner aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

20. Februar 20

Kahla im thüringischen Saale-Holzland-Kreis. Ein 30-jähriger Geflüchteter aus Afghanistan wird am Bahnübergang Großpürschütz durch zwei Männer aus Kahla (19 und 22 Jahre alt) mit einem Schlagstock niedergeschlagen. Die beiden Täter fahren mit einem Auto durch die Gegend, als sie am Bahnübergang auf den Mann aus Afghanistan stoßen, woraufhin sie unvermittelt aus ihrem Fahrzeug aussteigen und den Mann mit einem Schlagstock attackieren, was in Verletzungen am Bein resultiert. Die Täter werden noch in der selben Nacht ermittelt. Am 4.8.20 kommen die beiden Männer wegen gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft. Der 19-jährige Täter wird daraufhin in eine Jugendstrafanstalt überführt, der 22-jährige Täter kommt unter Auflagen frei.

*OTZ Jena 6.8.20;
Polizei Jena 5.8.20;
BT DS 19/24108*

21. Februar 20

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

21. Februar 20

Mülheim – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/12646;
BT DS 19/26641*

21. Februar 20

Weil der Stadt im baden-württembergischen Landkreis Böblingen. Im Stadtteil Merklingen wird gegen 2.00 Uhr morgens ein etwa 10 Zentimeter großer Stein gegen ein Mehrfamilienhaus geworfen, wodurch ein Fensterglas zersplittert. Obwohl in dem Haus vor allem deutsche Familien mit Kindern wohnen, ist gerade das Fenster einer dreiköpfigen syrischen Flüchtlingsfamilie getroffen worden. Eine 22 Jahre alte und eine 52-jährige Syerin, die durch den Anschlag aus dem Schlaf erwachen, kommen mit dem Schrecken davon, werden nicht verletzt. Eine von ihnen wäre fast getroffen worden.

Wegen des Verdachts einer politischen Tat nimmt der Staatsschutz Böblingen die Ermittlungen auf.

*Polizei Ludwigsburg 21.2.20;
StZ 21.2.20;
BT DS 19/24108*

22. Februar 20

Schwedt im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Im Keller einer Unterkunft für Geflüchtete in der Flemdsdorfer Straße brennt ein Fahrradanhänger aus Plastik am frühen Morgen. Wegen der starken Rauchentwicklung, die bis in den Hausflur zieht, müssen elf Bewohner:innen von der alarmierten Feuerwehr evakuiert werden. Dieser gelingt es, das Feuer schnell zu löschen.

Die Kriminalpolizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf Brandstiftung.

Polizei Brandenburg 24.2.20

22. Februar 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Ein 22-jähriger Geflüchteter aus Ghana ist mit einem somalischen Freund und einem Fahrrad zu Fuß in Richtung Bahnhof unter-

wegs. Gegen 21.00 Uhr stellen sich ihnen zwei Deutsche im Bereich des Radweges Uckerpromenade/B 109 in den Weg und beleidigen sie unter anderem mit den Worten: "Verpisst euch von hier!"

Während der Freund auf dem Fahrrad flüchten kann, verfolgen die Männer den Ghanaer. Dieser versucht, auf dem Radweg am See und dann über die Badestraße zu entkommen, wird aber am Neustädter Damm am Drachenbootverein von den beiden Verfolgern eingeholt. Einer der Gewalttäter schlägt dem Geflüchteten eine Flasche auf den Kopf. Dieser kann einen PKW stoppen und den beiden Insassen sein Handy übergeben. Er bittet sie die Polizei zu alarmieren. Sie rufen stattdessen den Rettungsdienst an. Jetzt suchen die beiden Gewalttäter das Weite.

Auch die zwei Personen im Auto fahren weg, bevor der Rettungswagen eintrifft. Die Sanitäter:innen versorgen die stark blutende Platzwunde am Kopf des Ghanaer und bringen ihn ins Krankenhaus. Dort muss er zur weiteren Behandlung stationär aufgenommen werden. Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus am übernächsten Tag wendet sich der Betroffene sofort an die Polizei und erstattet Anzeige.

Der Staatsschutz der Direktion Ost nimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung auf und sucht nach den beiden Gewalttätern und Zeug:innen.

*Polizei Brandenburg 14.2.20;
NK 25.2.20; gegenrede 26.2.20;
LT DS Brbg 7/1566;
LT DS Brbg 7/1569; BT DS 19/24108*

23. Februar 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 30 Jahre alter Bewohner aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

24. Februar 20

Im thüringischen ILM-Kreis unternimmt eine geflüchtete Person einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/4141

24. Februar 20

Osnabrück – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 42 Jahre alter Mann aus Kolumbien einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

24. Februar 20

Eschede – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Asylbewerber gegen 13.15 Uhr während einer Zugfahrt beschimpft, bedroht und geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

25. Februar 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 18 Jahre alter Bewohner aus Somalia einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

25. Februar 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

25. Februar 20

Im bayerischen Schweinfurt wird gegen 23.00 Uhr am Roßmarkt ein verwundeter Mann aufgefunden. Es handelt sich um einen 25-jährigen algerischen Staatsbürger mit mehreren Stichverletzungen am Oberkörper. Er wird in das nächstgelegene Krankenhaus transportiert, wo mit einer Notoperation sein Leben gerettet werden kann.

Zwei Tage nach dem Angriff verhaftet die Polizei einen 27-jährigen Deutschen als Tatverdächtigen. Bei ihm werden zahlreiche rechtsextreme Propaganda-Gegenstände und einschlägige Szene-Kleidung gefunden.

Er muss sich später wegen gefährlicher Körperverletzung vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Schweinfurt verantworten und wird zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Frage nach Rassismus als Motiv der Gewalttat wird vom Gericht offen gelassen. Auch wird der Fall in den PMK-rechts Statistiken des LKA Bayern nicht erwähnt.

*Polizei Bayern 27.2.20;
SZ 29.2.20; Zeit 4.3.20;
Welt 27.3.20; Welt 26.4.20;
VBRG 16.4.21*

26. Februar 20

Essen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NRW 17/12646;
BT DS 19/26641*

27. Februar 20

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

29. Februar 20

Saarbrücken – Saarland. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

Februar 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 11 Jahre altes Mädchen aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

Februar 20

Landkreis Lüneburg in Niedersachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft in Lüneburg unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus dem Iran in diesem Monat und auch im Juni insgesamt vier Suizidversuche, indem er sich selbst verletzt und versucht, sich zu erhängen.

LT DS NieSa 18/8966

Februar 20

Landeshauptstadt Hannover – Niedersachsen. Aus Angst vor Abschiebung unternimmt ein 38 Jahre alter Mann aus Aserbaidschan einen Suizidversuch. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

Februar 20

Landeshauptstadt Hannover – Niedersachsen. Aus Angst vor Abschiebung unternimmt ein 32 Jahre alter Pakistani einen Suizidversuch. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

Februar 20

Landkreis Osnabrück in Niedersachsen. In Osnabrück unternimmt ein 41 Jahre alter Pakistani aus Angst vor Abschiebung zwei Suizidversuche. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

Februar 20

Braunschweig in Niedersachsen. Aus Angst vor Abschiebung unternimmt ein 28 Jahre alter Mann aus Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) einen Suizidversuch. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

Februar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt eine Geflüchtete aus dem Iran während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt ein Geflüchteter aus Aserbaidschan während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt eine Geflüchtete aus Aserbaidschan während des Vollzugs

einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt eine Geflüchtete aus dem Iran während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Februar 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 30 Jahre alter Mann aus Gambia unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Februar 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 35 Jahre alter Mann aus Nigeria unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Februar 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 20 Jahre alter Mann aus Nigeria unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Februar 20

Landkreis Nürnberger Land im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Neuhaus a.d. Pegnitz unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Somalia einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Sierra Leone einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landkreis Altötting im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Altötting unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landkreis Altötting im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Unterneukirchen unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geretsried unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landkreis Landsberg am Lech im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geltendorf unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Bobingen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Februar 20

Aschaffenburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Anfang März 20

Eichstätt im Bundesland Bayern. Ein 16 Jahre alter Flüchtling aus Syrien wird aus der Abschiebehafte in der hiesigen JVA entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Rumänien abgeschoben. Dies geschieht, obwohl eine Gerichtsentscheidung zur Altersfeststellung des Jugendlichen noch aussteht und eine Bescheinigung der Eltern in Syrien und eine Geburtsurkunde nachgereicht wurden.

Am 11. März gewährt das Verwaltungsgericht Rechtsschutz gegen die Abschiebung mit Hinweis auf das klärungsbedürftige Alter. Der Junge muss allerdings noch bis zum 3. Mai in schlechter psychischer Verfassung in Bukarest ausharren, bis er zurückkommen kann.

Er hatte sein Alter bei der Asylantragstellung – auf Rat seiner Fluchthelfer:innen – mit 20 Jahren angegeben, was ihm zum Verhängnis wurde.

*JRS Rundbrief 04/2020;
SZ 14.4.20*

1. März 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

1. März 20

Bramsche – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt eine 30 Jahre alte Frau aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

1. März 20

Essen in Nordrhein-Westfalen. Im Südostviertel attackiert ein Deutscher am frühen Abend einen 40 Jahre alten Flüchtling und seinen 17-jährigen Sohn. Unvermittelt greift der 22-Jährige den Vater an und schlägt mit Fäusten auf ihn ein – auch noch, als dieser zu Boden gegangen ist. Als ihm sein Sohn zu Hilfe kommt, wird auch dieser verletzt. Allein durch das entschlossene Eingreifen von Passant:innen kann der Angriff gestoppt und der Täter vertrieben werden.

Die beiden Verletzten kommen ins Krankenhaus und werden dort ambulant behandelt.

Der Täter kann von der Polizei festgestellt werden und der Staatsschutz beginnt Ermittlungen gegen ihn wegen Körperverletzung.

*SZ 2.3.20; RP 2.3.20;
LT DS NRW 17/12646;
BT DS 19/26641*

2. März 20

Sebnitz – Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Schon wieder wird das 11 Jahre alte Mädchen aus dem Irak Opfer eines Angriffs. Personen attackieren mit Pyrotechnik das Wohnhaus, in dem die Geflüchtete mit ihrer Familie lebt. Dabei werden die Haustüre und ein Feuerlöscher beschädigt.

(siehe auch: 6. Dezember 19; 20. Januar 20; 7. Mai 20)

RAA Sachsen

3. März 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU, UPW) Duvenacker gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. März 20

Hansestadt Rostock im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Eine Flüchtlingsfamilie geht über einen Parkplatz, als ein Taxi direkt auf sie zufährt – sie können knapp ausweichen. Der Fahrer des Fahrzeugs beschimpft den Familienvater rassistisch, hält an, steigt aus, geht auf ihn zu und schubst ihn mehrfach.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/24108*

4. März 20

Bottrop – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

4. März 20

Frankfurt am Main in Hessen. Ein 18 Jahre alter Flüchtling aus Marokko unternimmt einen Suizidversuch, um seine Abschiebung zu verhindern. Er war zuletzt im sächsischen Landkreis Leipzig untergebracht.

LT DS Sachsen 7/3327

5. März 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. In einem Lidl-Einkaufsmarkt in der Stettiner Straße greifen mindestens drei Aggressoren gegen 15.30 Uhr einen circa 20-jährigen Asylbewerber aus Afghanistan, der vor einem Pfandflaschenautomaten steht, unvermittelt von hinten an. Anschließend kümmern sich Angestellte des Supermarktes um den Mann und alarmieren die Polizei. Eine medizinische Versorgung lehnt der Betroffene ab.

Die Polizei nimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Körperverletzung auf und sucht nach den Tätern und Zeug:innen.

*OPP;
Polizei Brandenburg 6.3.20;
LT DS Brbg 7/35555*

5. März 20

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

6. März 20

Berliner Bezirk Pankow. Eine geflüchtete Person wird gegen 0.40 Uhr auf ihrem Weg zur Unterkunft in der Walter-Friedrich-Straße von drei Männern mit Hund verfolgt, beleidigt und bedroht. Die Polizei nimmt Ermittlungen auf.

*Register Pankow;
BT DS 19/26641;
LT DS 18/26776*

7. März 20

Leipzig/Zentrum-Ost – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person aus Syrien in einem Restaurant geschlagen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/2249;
BT DS 19/26641*

7. März 20.

Ebersbach-Neugersdorf – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person im Bereich des Bahnhofs. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/2249;
BT DS 19/24108*

7. März 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

7. März 20

Halberstadt im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt ein 55 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch. Der Mann kommt ins Krankenhaus Halberstadt, kann aber nach einem Tag wieder entlassen werden.

LT DS SaAnh 7/7445

7. März 20

Bad Kissingen – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

7. März 20

Landau – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

8. März 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

8. März 20

Koblenz – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

8. März 20

Göttingen – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Flüchtling aus Nigeria gegen 16.00 Uhr von einem Mann beleidigt und körperlich attackiert. Der Provokateur tritt dem Nigerianer die Gehhilfe weg, versetzt ihm einen Schlag gegen den linken Oberarm/Schulter und skandiert anschließend die Parole "Sieg Heil".

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

9. März 20

Dresden – Ortsteil Johannstadt – Bundesland Sachsen. Ein 36 Jahre alter Deutscher greift gegen 14.00 Uhr in der Straßebahn der Linie 13 an der Haltestelle Straßburger Platz zwei Syrer verbal und körperlich an. Als ein 26-jähriger Geflüchteter aus Libyen versucht dazwischen zu gehen, um zu schlichten, sticht der Gewalttäter mit einem Messer in den Hals des Mannes und verfehlt dabei dessen Halsschlagader nur knapp. Der Betroffene erleidet eine zehn Zentimeter lange und eineinhalb Zentimeter tiefe Schnittwunde am Hals und kommt mit seiner lebensbedrohlichen Verletzung ins Krankenhaus.

Die alarmierte Polizei nimmt den Täter noch am Ort des Geschehens fest. Am folgenden Tag erlässt die Staatsanwaltschaft Dresden einen Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den Mann und geht von einem rassistischen Motiv für die Tat aus.

*Polizei Dresden 9.3.20;
mdr 11.3.20; TS 11.3.20;
taz 11.3.20;
LT DS Sachsen 7/2088;
LT DS Sachsen 7/2135;
BT DS 19/24108*

9. März 20

Fulda – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

10. März 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Walddörfer Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

11. März 20

Heide – Schleswig-Holstein. In der Güterstraße werden ein 17 Jahre alter Pakistani, ein 29-jähriger Afghane und ein 32 Jahre

alter Deutscher von zwei deutschen Rassisten beleidigt und angespuckt.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

11. März 20

Plauen im sächsischen Vogtlandkreis. Ein 27 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan unternimmt einen Suizidversuch, um seine Abschiebung zu verhindern.

LT DS Sachsen 7/3327

11. März 20

Plauen im sächsischen Vogtlandkreis. Als der 25 Jahre alte T. D. in seiner Sammelunterkunft von der Polizei abgeholt werden soll, weil seine Abschiebung nach Afghanistan ansteht, springt der Mann aus der dritten Etage in die Tiefe. Mit schweren Verletzungen am Rücken und einer Hand kommt er ins Helios Klinikum Vogtland.

Auch nach langer stationärer Behandlung muss er weiterhin befürchten, dass er nach über fünf Jahren Leben in Deutschland gewaltvoll abgeschoben wird.

*Aktion Bleiberecht;
LT DS Sachsen 7/3327*

13. März 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftsraum Bargkoppelstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

14. März 20

Stralsund im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Rügen. In der Heinrich-von-Stephan-Straße trifft eine Gruppe von sechs Personen aus Syrien auf eine Gruppe von fünf Deutschen, die unmittelbar beginnen rassistische und rechte Parolen zu rufen. Eine 24-jährige Deutsche wirft eine Glasflasche in Richtung einer 47 Jahre alten Syrerin und trifft diese am Arm. Ein 24-jähriger Deutscher, der das gleiche versucht, verfehlt die Frau und die Flasche zerschellt am Boden. Es entwickelt sich eine körperliche Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Syrer:innen, die durch drei eingesetzte Funkstreifenwagen der Polizei unterbrochen werden kann.

Es werden vier Strafanzeigen wegen Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgenommen. Der Staatsschutz übernimmt weitere Ermittlungen.

*Polizei Neubrandenburg 14.3.20;
FR 15.3.20; OZ 16.3.20*

14. März 20

Brand-Erbisdorf im Landkreis Mittelsachsen – Bundesland Sachsen. Ein 27 Jahre alter Eritreer läuft gegen 15.30 Uhr die Freiburger Straße entlang. Zwei Männer kommen ihm entgegen und bedrohen ihn unvermittelt verbal. Als der Geflüchtete weitergehen möchte, hält einer der Aggressoren seinen Arm fest, während der andere ihn am T-Shirt packt und auf die Brust schlägt. Ein Passant kommt dem Eritreer zu Hilfe und schreit die Gewalttäter an. Diese stoppen ihren Angriff und rennen weg. Der Betroffene erleidet leichte Verletzungen – medizinische Versorgung benötigt er nicht.

Der Polizei gelingt es zwei deutsche Männer im Alter von 39 und 40 Jahren als Tatverdächtige ausfindig zu machen. Der Staatsschutz übernimmt die weiteren Ermittlungen.

*Polizei Sachsen 17.3.20;
TAG 24 17.3.20;
LT DS Sachsen 7/2088;
LT DS Sachsen 7/2135;
BT DS 19/24108*

14. März 20

Uelzen – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 13.00 Uhr im Zusammenhang mit Beleidigungen und Bedrohungen zu einer gemeinschaftlichen Körperverletzung gegen einen oder mehrere Geflüchtete.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

16. März 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Ein 29 Jahre alter Asylbewerber aus Afghanistan wird gegen 18.20 Uhr in der Stettiner Straße von einer Gruppe von Männern angesprochen. Einer aus der Gruppe zieht ein Messer und zeigt damit drohend in Richtung des Afghanen. Anschließend entfernen sich die Provokateure in Richtung Bahnhof. Der Betroffene verständigt die Polizei.

Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf. Letztlich wird das Verfahren eingestellt, weil der Messer-Besitzer strafunmündig ist.

*OPP;
Polizei Brandenburg 17.3.20;
MOZ 18.3.20*

16. März 20

Bundesland Sachsen. In der Abschiebehafteinrichtung Dresden begeht ein Tunesier einen Suizidversuch, indem er sich mit einem aus zerrissener Kleidung gedrehten Strick würgt. Ein Mitgefangener findet ihn dann bewusstlos vor mit Schaum vor dem Mund, leistet Erste Hilfe und alarmiert die Beamt:innen.

Schon bei der Aufnahme in die Abschiebehafteinrichtung am 11. März erklärte der Gefangene, dass er sich im Polizeigewahrsam in selbstverletzender Absicht Wunden am Arm zugefügt hatte.

Daraufhin war er zunächst unter ständige Beobachtung gestellt worden, die am nächsten Tag insoweit gelockert wurden, dass die Beobachtung auf zeitliche Intervalle von maximal 30 Minuten erfolgte.

Nach dem Suizidversuch entscheidet der Notarzt, dass der Verletzte in Haft bleiben kann.

Seine Abschiebung, die für den 18. März geplant ist, kann wegen des eingeschränkten Flugverkehrs durch die Corona-Maßnahmen nicht stattfinden – die tunesischen Behörden hatten gemeldet, dass der Luftraum geschlossen sei und erteilten dem Charterflug keine Landeerlaubnis.

Daraufhin wird der Tunesier am selben Tag aus der Haft entlassen.

*A-Haftgruppe Dresden 31.3.20;
LT DS Sachsen 7/1640;
BT DS 19/31669*

16. März 20

Halberstadt im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Indien einen Suizidversuch. Der Mann kommt für drei Tage ins Krankenhaus Halberstadt und anschließend in die Psychiatrie Blankenburg.

LT DS SaAnh 7/7445

16. März 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Aussage der Landes- und Bundesregierung wird ein Flüchtling rassistisch beschimpft und aufgefordert, nach Afrika zurück zu gehen. Sein vierjähriges Kind wird sogar getreten.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung gegen einen 56-jährigen Deutschen auf, der später zu einer Geldstrafe verurteilt wird.

*LT DS SaAnh 7/7273
BT DS 19/26641*

16. März 20

Eisenach – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

17. März 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Tessenowweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

17. März 20

Ankunftszentrum Maria-Probst-Straße 14, München. Der aus dem Kongo geflüchtete Janes Kansanula leidet an Tuberkulose. Obwohl seine Krankheit den Behörden bekannt ist, muss er das Zimmer mit vier anderen Mitbewohnern teilen, zeitweise auch mit einem Bewohner, der an Covid-19 erkrankt ist.

J. Kansanula ist Mitte dreißig und sein Asylantrag ist negativ beschieden worden, berichtet sein Mitbewohner R. A. Khan. Dieser macht auch die Behörden und Medien darauf aufmerksam, dass sich der Zustand von J. Kansanula in dem geteilten Zimmer zunehmend verschlechtert. Weder erhält er ärztliche Betreuung noch werden die anderen Bewohner des Zimmers mit Hygiene- und Desinfektionsmitteln versorgt. Es werden keine Maßnahmen zur Isolation des tuberkulösen Kranken unternommen.

Nach anhaltendem Protest seitens der Bewohner:innen wird J. Kansanula auf ein anderes Zimmer verlegt, doch auch dort werden ihm Arztbesuche sowie die Verabreichung von Medikamenten, wie R. A. Khan berichtet, verweigert.

*The Voice 17.3.20;
The Voice 18.3.20;
R. A. Khan*

18. März 20

an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

18. März 20

Bundesland Hessen. In der Abschiebungseinrichtung Darmstadt verschluckt ein junger Gefangener aus Tunesien ein großes spitzes Metallteil (evtl. eine Rohrschelle) zum Zwecke der Selbsttötung. Er kommt ins Krankenhaus zur stationären Behandlung.

Community for All 20.3.20

19. März 20

Hansestadt Rostock im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Ein junger Geflüchteter wird von mehreren Personen rassistisch beschimpft und dann tätlich angegriffen. Er trägt Verletzungen am Kopf davon.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/24108*

20. März 20

Brandenburg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung beleidigt ein Jugendlicher in der Justizvollzugsanstalt Wriezen einen syrischen Geflüchteten rassistisch und greift diesen dann körperlich an.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/1871;
BT DS 19/24108*

20. März 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 37 Jahre alter Bewohner aus Indien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

21. März 20

Osternienburger Land – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

22. März 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

23. März 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Eine geflüchtete Person wird von einem 29-Jährigen rassistisch beleidigt und anschließend mit der Faust geschlagen.

Der Täter wird später wegen dieser Körperverletzung zu einem Jahr und vier Monaten Haft, plus sechs Monate Haft für andere Delikte verurteilt.

*BT DS 19/26641;
LT DS SaAnh 7/7739*

26. März 20

Teterow – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

26. März 20

Leipzig – Ortsteil Grünau – Bundesland Sachsen. Drei Jugendliche aus Afghanistan, zwei 15 und einer 18 Jahre alt, sitzen auf einer Bank im Allee-Center Leipzig in der Ludwigsburger Straße, als gegen 18.45 Uhr ein 42-jähriger Deutscher

auf sie zukommt. Er gibt vor, Polizist zu sein und trägt Einsatzstiefel, eine paramilitärische Weste und einen Gürtel mit Fassung (Holster), in der eine Schreckschusswaffe und eine Taschenlampe stecken. Er fordert die Jugendlichen auf, sich wegen der Corona Pandemie auseinander zu setzen und den Abstand zu halten. Als die jungen Leute dem nicht nachkommen, feuert der Mann aus kurzer Distanz mehrere Gaspatronen aus einer Schreckschusspistole auf die drei ab. Als diese sich zur Wehr setzen, kommt es zu einem kurzen Handgemenge, das die Security beendet. Einer der 15-jährigen Afghanen erleidet durch die abgefeuerten Gaspatronen Atemnot und brennende Augen.

Die Polizei ermittelt gegen den Angreifer wegen gefährlicher Körperverletzung und Amtsanmaßung. Da dieser aber gegenüber den Beamt:innen behauptet, von den Jugendlichen angegriffen worden zu sein und die Schüsse aus Selbstschutz abgefeuert zu haben, werden auch gegen die Jugendlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung eingeleitet. Die Polizei sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Sachsen 27.3.20;
LVZ 27.3.20*

29. März 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Poppenbütteler Weg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

29. März 20

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

31. März 20

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 17.00 Uhr wird ein 48 Jahre alter Mann aus Somalia vor einem Lebensmittel-Discounter in der Großen Diesdorfer Straße von einem Mann unvermittelt angegriffen. Der ihm unbekannte Mensch ist circa 65 Jahre alt und schlägt ihm direkt ins Gesicht. Als der Afrikaner daraufhin versucht, mit dem Handy ein Foto vom Täter zu machen, zieht dieser Pfefferspray aus der Tasche und sprüht ihm direkt in die Augen. Dann flüchtet er in die Flechtinger Straße.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

*Polizei Magdeburg 1.4.20;
BT DS 19/26641*

März 20

Landkreis Cloppenburg in Niedersachsen. In einem Flüchtlingswohnheim in Cloppenburg unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch, indem er sich Verletzungen nahe der Pulsadern zufügt.

LT DS NieSa 18/8966

März 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus dem Iran einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme.

LT DS Hessen 20/5122

März 20

Enzkreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 30 Jahre alte Frau aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

März 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 43 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch. Es ist die vierte Selbstverletzung im letzten halben Jahr.

LT DS BaWü 16/9998

März 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 37 Jahre alte Frau aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

März 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

März 20

Landkreis Reutlingen in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 38 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

März 20

Landkreis Eichstätt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Hepberg unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

März 20

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Deggendorf unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

März 20

Landkreis Neumarkt i. d. Oberpfalz im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Velburg unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

März 20

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

März 20

Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

März 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert die Abschiebung eines Mannes aus Nordrhein-Westfalen, der im Vorfeld der Abschiebung, nach einer Selbstverletzung oder eines Suizidversuchs, in stationäre psychiatrische Behandlung gekommen war und danach unmittelbar in Abschiebehaft genommen wurde.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

März 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert im Vorfeld einer Abschiebung die Selbstverletzung oder den Suizidversuch einer geflüchteten Person aus Nordrhein-Westfalen.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

März 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert die Anwendung von Zwangsmitteln bei einer 11-Jährigen.

Bereits um 4.00 Uhr nachts war die Familie von der Polizei abgeholt worden. Die Mutter der drei Kinder war aufgrund einer abends eingenommenen Schlaftablette sehr benommen. Die 11-jährige Tochter hatte panische Flugangst, klammerte sich im Wartebereich an ihrem Stuhl fest und begann zu schreien, als sie von einem Beamten und einer Dolmetscherin an den Handgelenken gepackt und weggezogen wurde. In diesem Moment leistete auch die Mutter passiven Widerstand. In Gegenwart ihres Mannes und der beiden jüngeren Kinder (zehn und vier Jahre alt) wurden ihr Klettfesseln angelegt und die Abschiebung fortgesetzt.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

Anfang April 20

Bundesland Hessen. Ein Flüchtling berichtet der ZEIT ONLINE, dass er in Kassel grundlos von einem Polizisten ins Gesicht geschlagen wurde.

Nachfragen bei der Kasseler Polizei ergeben die Information, dass gegen den Beamten wegen Körperverletzung ermittelt wird.

Zeit 6.7.20

1. April 20

Halberstadt im Landkreis Harz - Sachsen-Anhalt. In der Hauptstelle der Landeserstaufnahme (ZAST) unternimmt ein 55 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch. Der Mann kommt für 23 Tage zur stationären Behandlung ins Krankenhaus Halberstadt und anschließend in die Universitätsklinik Magdeburg.

LT DS SaAnh 7/7445

1. April 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

1. April 20

Nürnberg – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die

Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

4. April 20

Halberstadt im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) befinden sich 40 bis 50 Bewohner:innen an einem der provisorischen Zäune, der wegen der Corona-Maßnahmen zwischen und um die Gebäude aufgestellt sind und die Menschen voneinander trennen. Die Bewohner:innen sind empört über die seit einiger Zeit katastrophalen hygienischen Bedingungen, das schlechte Essen, das Eingesperrtsein im Zusammenhang mit einer fehlenden oder ungläubwürdigen Kommunikation der Leitung des Lagers.

Sie haben das Essen auf den Boden gelegt, proklamieren einen Hungerstreik und rütteln an dem Zaun mit der Forderung nach einem Gespräch mit der Leiterin der Anlage.

Die Security erscheint und greift gewaltvoll ein – mehrere Bewohner:innen werden geschlagen.

Ein Wachmann schlägt zunächst auf einen Iraner ein und geht dann auf dessen Frau los. Diese ruft, dass sie im achten Monat schwanger sei, was den Mann nicht aufhält. Er hat eine Kette in der Hand, schiebt die Frau zurück und schlägt ihr auf den Kopf.

Die außerhalb des Geländes stationierte Polizei veranlasst später die Einweisung der Frau ins Krankenhaus, das sie am nächsten Tag wieder verlassen kann.
(siehe auch: Kasten auf S. 1271)

*mdr 5.4.21;
taz 5.4.21;
YouTube** 8.4.20*

4. April 20

Kassel im Bundesland Hessen. In der Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Niederzwehren hat sich ein Bewohner unter Alkoholeinfluss durch einen Sturz eine Kopfverletzung zugezogen. Da er sich gegen die medizinische Behandlung wehrt – die Wunde müsste eigentlich genäht werden – ruft die Rettungswagen-Besatzung die Polizei, um Unterstützung im Umgang mit dem sich wehrenden Asylbewerber zu bekommen. Kurz nach Mitternacht treffen drei Polizeibeamt:innen des Reviers Süd-West ein.

Ein Polizist fragt schon beim Hineinkommen: "Warum liegt der Mann noch nicht am Boden? Warum tritt noch niemand auf ihn drauf?" Dann geht er auf den Verletzten zu und schlägt ihm ohne Vorwarnung die Faust ins Gesicht. Seine Kolleg:innen verhalten sich dazu passiv und schweigen. Der verletzte Mann wird zum Revier Süd-West gebracht, von einem Arzt untersucht und bis zum nächsten Morgen in eine Ausnüchterungszelle gesperrt.

Es wird ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen den Asylbewerber eingeleitet.

Eine deutsche Augenzeugin, die den Angriff in der Flüchtlingsunterkunft fassungslos miterlebt hat, entschließt sich, Anzeige wegen Körperverletzung gegen den brutalen Beamten zu stellen.

*Zeit 6.7.20;
HNA 7.5.20*

5. April 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Poppenbütteler Weg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

7. April 20

Bernburg im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt eine 38 Jahre alte Bewohnerin aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS SaAnh 7/7445

7. April 20

Kreisstadt Celle im Bundesland Niedersachsen. Der 15 Jahre alte Arkan Hussein Khalaf, Flüchtling aus dem Irak, ist mit einem Freund in der Innenstadt auf dem Fahrrad stadteinwärts unterwegs. In der Bahnhofstraße treffen sie gegen 21.45 Uhr auf einen 29-jährigen Deutschen, der Arkan ohne Vorwarnung mit einem Messer angreift. Er rammt ihm mit einem Stich die Klinge direkt ins Herz. Arkan schleppt sich noch ein paar Meter davon, bricht dann aber auf dem Bürgersteig zusammen und verblutet.

Arkans Freund gelingt es, den Täter festzuhalten, um ihn später der Polizei zu übergeben.

Arkan Hussein ist der jüngste Sohn der Familie Khalaf. Sie sind Kurd:innen jezidischen Glaubens. Als am 3. August 2014 ihr Dorf Borik in Südkurdistan von Milizen des sogenannten Islamischen Staats (IS) angegriffen wurde und der Völkermord an den Jeziden begann, waren zunächst zwei Schwestern und zwei Brüder zusammen mit dem neunjährigen Arkan ins Şengal-Gebirge geflüchtet.

Auf dem Wege dorthin wurden die Jugendlichen von IS-Milizen abgefangen, die versuchten, die zwei älteren Brüder mitzunehmen. Die Geschwister hatten allerdings so laut um Hilfe geschrien, dass sie wieder freigelassen wurden und sich in Sicherheit bringen konnten. Als die Eltern erfuhren, dass die IS Frauen und Kinder verschleppen würde, entschlossen auch sie sich, das Dorf mit ihren jüngeren Kindern zu verlassen. Auch sie hatten, wie ihre Kinder vorher, weder Essen noch Trinken dabei. In der Ortschaft Scherfedin fanden sie ihre älteren Kinder wieder und es dauerte noch sieben Tage des Ausharrens im Gebirge, bis sie die Nachricht erhielten, dass die kurdische Volksverteidigungseinheit (YPG) einen Korridor in Richtung Syrien erkämpft hatte. Von Syrien gelangten sie in die Türkei und versuchten den Weg nach Europa übers Mittelmeer in drei Schlauchbooten, "damit im Falle eines Bootsunglücks nicht die ganze Familie ums Leben kommt", so berichtete Frau Kochar Sido Khidir in einem Interview nach dem Tod ihres jüngsten Sohnes später dem Neuen Deutschland gegenüber.

Über Griechenland gelangten sie im Dezember 2015 mit drei Töchtern und drei Söhnen nach Deutschland und kamen in Celle unter.

Der Täter Daniel S. ist ein wegen Drogenbesitzes vorbestrafter Pflegehelfer. Von Beginn der Ermittlungen an postulieren Polizei und Staatsanwaltschaft, dass es "in keiner Hinsicht Anhaltspunkte für eine ausländerfeindliche oder politisch motivierte Tat" gebe. Daniel S. kommt in Untersuchungshaft und im August beantragt die Staatsanwaltschaft Lüneburg die Sicherheitsverwahrung beim Schwurgericht, weil er an einer psychotischen Störung leide und zum Zeitpunkt der Tötung des Jugendlichen nicht "steuerungsfähig" gewesen sei.

Tatsächlich kann er – Zeug:innen zufolge – unmittelbar nach der Tat äußern, dass er keine Aussage ohne einen Rechtsanwalt machen würde.

Recherchen der Wochenzeitung ZEIT ergeben, dass er sich auf drei Social-Media-Plattformen im Internet bewegte, die eine deutliche Nähe zu rechtsextremen Verschwörungsthemen beinhalten. So zum Beispiel QAnnon-Ideologie, antisemitische Mythen und auch Reichsbürger-Statements. Zudem hinterließ

Daniel S. andere Seiten mit gleichen Inhalten mit einem "Like". Abboniert hat er den regierungsnahen russischen Sender RT Deutsch, in dessen Programm ebenfalls Verschwörungsideologien vertreten werden.

Die Beerdigung von Arkan Hussein Khalaf findet – einen Tag nach dem jesidischen Neujahrsfest – auf dem jesidischen Friedhof in Hannover statt. Aufgrund der aktuellen Corona-Maßnahmen geschieht dies nur im Kreise der engsten Familie, obwohl der Tod des jungen Flüchtlings große Erschütterung und Solidaritätsbekundungen unter Jesiden und Deutschen hervorgerufen hatte.

Seine Mutter Kochar Sido Khidir erzählt später, dass sie ihren jüngsten Sohn zwar vor dem Tod auf dem Berg und den Greuelthaten im Tal retten konnte, aber nicht vor einem Messerstecher in Deutschland: "Wir sind über das Wasser gekommen und hier im Blut ertrunken."

Der Prozess gegen Daniel S. beginnt am 6. Oktober vor der 4. Kammer des Landgerichts Lüneburg. Schon am dritten von sechs geplanten Verhandlungstagen, am 21. Oktober 20, fällt folgendes Urteil: Da sich der Täter am Tatabend in einem extremen paranoiden Verfolgungswahn befunden hat ("Er verwendet die Worte Kanacken - Kanacken verfolgen mich", eine Beobachterin) wird er wegen vorsätzlichen Totschlags aufgrund verminderter Schuldfähigkeit zu einer unbegrenzten Sicherheitsverwahrung in einer Psychiatrie verurteilt.

Rassistische Motivation erkennt das Gericht nicht und schließt sich damit den Aussagen von Polizei und Staatsanwaltschaft an, die dies schon 24 Stunden nach der Tat äußerten.

Die Rechtsvertretung der Familie Khalaf legt gegen das Urteil Rechtsmittel ein.

*Polizei Celle 8.4.29;
ANF 8.4.20; Zeit 9.4.20;
HM 13.4.20; Welt 19.4.20;
ND 19.4.20; ANF 16.8.20;
ANF 6.10.20; ndr 21.10.20;
FRat NieSa 12.11.20*

9. April 20

Bad Belzig im brandenburgischen Landkreis Potsdam-Mittelmark. Eine geflüchtete Frau aus Kenia wird aus rassistischen Motiven heraus körperlich angegriffen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/1871;
BT DS 19/24108*

9. April 20

Finsterwalde im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Es ist am frühen Nachmittag, als sich der einjährige Sohn einer 38-jährigen Geflüchteten aus dem Iran auf dem Balkon ihrer Wohnung aufhält und ein deutscher Nachbar von oben herab eine Flüssigkeit heruntergießt. Die Mutter läuft zu ihrem Kind, um ihm zu helfen. Dann schüttet der Aggressor einen vollen Eimer mit der Flüssigkeit auf die Betroffene. Bereits zuvor hatte der Nachbar die beiden mehrmals rassistisch beschimpft und angespuckt. Als Folge der Beleidigungen und Attacken hört das Kind auf zu sprechen. Die Iranerin leidet unter Angstzuständen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdacht auf Körperverletzung auf.

*OPP;
LT DS Brbg 7/1871;
LT DS Brbg 7/1897;
BT DS 19/24108*

9. April 20

Olpe im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Gegen 6.00 Uhr morgens beginnt ein Großeinsatz der Feuerwehr in der Stellwerkstraße, denn im Erdgeschoss des alten Bahnhof-Gebäudes ist ein Feuer ausgebrochen.

Aus den darüberliegenden Wohnungen können fünf Flüchtlinge gerettet werden – ein älterer Mann kommt mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus.

Da der Verdacht der Brandstiftung nicht ausgeschlossen werden kann, beginnt der Hagener Staatsschutz mit den Ermittlungen.

*Feuerwehr Olpe 9.4.20
wdr 9.4.20*

10. April 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 30 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

10. April 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. Ein 30 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/3327

10. April 20

Aachen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

11. April 20

Abschiebegewahrsam im Flughafen Frankfurt am Main. Seit knapp vier Wochen befindet sich ein 16 Jahre alter unbegleiteter Flüchtling aus der Demokratischen Republik Kongo in Abschiebungshaft. Unmittelbar nach seiner Landung in Frankfurt Mitte März wurde ihm die Einreise verweigert, so dass er im Transitbereich blieb. Als sein Asylantrag im sogenannten Flughafenverfahren – einem Schnellverfahren – als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde, kam er in die Hafteinrichtung des Transitbereichs. Hier ist er der einzige Gefangene, weil aufgrund der Corona-Pandemie der Betrieb auf ein Minimum heruntergefahren ist. Auch "Freizeitmöglichkeiten" fallen weg, und es gibt hier niemanden mit dem er sich auf Französisch unterhalten kann.

Obwohl er urkundliche Beweise, wie seine Geburtsurkunde, ein Schulzeugnis, einen Schülerausweis mit Lichtbild und einen Arztbericht vorlegen kann, stuft das Jugendamt ihn als Erwachsenen ein, obwohl die Beamt:innen ihn wegen der Corona-Bedingungen nicht in Augenschein nehmen konnten.

Er selbst räumt ein, dass er mit einem gefälschten angolischen Reisepass, der ihn als Erwachsenen ausweist, eingereist ist. Grund dafür ist, dass er als Jugendlicher das Land gar nicht hätte verlassen dürfen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) behandelt ihn demzufolge als Erwachsenen und plant die Abschiebung.

Das Amt stützt sich also bei der Altersangabe auf den gefälschten angolischen Pass, anerkennt aber seine Herkunft aus dem Kongo, indem die Anhörung zum Asylantrag in der kongolesischen Landessprache Lingála stattfindet.

Allein aufgrund der Corona-bedingten Einreiseverbote der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Angola kann der Jugendliche nicht abgeschoben werden. Gerade ist

seine Abschiebungshaft bei einem Haftprüfungstermin um vier Wochen verlängert worden.

Der unmittelbar vom Anwalt eingelegte Haftbeschwerde wird schließlich nachgegeben und am 1. Mai darf der Jugendliche in die BRD einreisen.

Pro Asyl 11.4.20

12. April 20

Herne – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

13. April 20

Berlin-Pankow. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

14. April 20

Böhlen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/2249;
LT DS Sachsen 7/3086;
BT DS 19/24108*

14. April 20

Saarwellingen – Saarland. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

15. April 20

Adelsdorf – Bayern. . Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

BT DS 19/21647

16. April 20

Friedland im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Ein 68 Jahre alter Mann spricht zwei syrische Flüchtlinge im Alter von 17 und 18 Jahren auf offener Straße an und beschuldigt diese, seinen Autoschlüssel gestohlen zu haben. Die Beschuldigten widersprechen der Anschuldigung, woraufhin der Mann sie mit einer Pistole bedroht. In einer Minute der Unachtsamkeit gelingt es den beiden Jugendlichen zu flüchten. Sie rufen die Polizei.

Noch vor Ort kann der Angreifer gestellt werden. Bei einer Durchsuchung des Alkoholisierten finden die Beamt:innen eine Schreckschusspistole und die Autoschlüssel. Bei einer anschließenden Wohnungsdurchsuchung werden zahlreiche Waffen und waffenähnliche Gegenstände (Macheten, Springmesser, Luftgewehre) sichergestellt und beschlagnahmt.

Der Staatsschutz nimmt Ermittlungen wegen Verstoß gegen das Waffengesetz, Nötigung, Bedrohung und Fahren unter Alkoholeinfluss auf.

*Polizei Neubrandenburg 17.4.20;
BT DS 19/24108*

17. April 20

Landkreis Lichtenfels im Bundesland Bayern. In der Kreisstadt Lichtenfels kommt es zu einem Angriff auf zwei Jugendliche. Ein 16- und 18-jähriger Afghane, halten sich gegen 19.00 Uhr im Bereich der Mainau auf, als sich ihnen eine Personengruppe nähert. Es handelt sich um vier Männer und eine Frau, welche die beiden zunächst rassistisch beleidigen und schließlich gewaltsam angreifen. Sie werden gegen eine Mauer gedrückt, während einer der Angreifer mit seinen Fäusten auf sie einschlägt. Anschließend fliehen die Täter:innen in Richtung Innenstadt.

Die beiden Geschädigten erleiden diverse Schürfwunden und Prellungen – Ermittlungen der Polizei führen zunächst zu keinem Ergebnis.

*Polizei Bayern 20.4.20;
FrT 21.4.20; NP 21.4.20*

18. April 20

Zehdenick – Brandenburg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greifen zwei Personen einen geflüchteten Mann aus Eritrea aus rassistischen Motiven körperlich an. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/2194; LT DS Brbg 7/2418;
BT DS 19/24108*

20. April 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

20. April 20

Landkreis Schweinfurt in Bayern. Am Abend verstirbt ein Asylbewerber in der Thoraxklinik Münnerstadt an Covid-19. Bei dem Verstorbenen handelt es sich um einen 60-jährigen gebürtigen Armenier, der schwer krebserkrankt im AnKER-Zentrum Geldersheim untergebracht gewesen war.

Trotz seiner Vorerkrankung war er nicht aus dem AnKER-Zentrum verlegt worden, sondern lediglich Mitte März in einem gesonderten Gebäude innerhalb des Lagers in einem Doppelzimmer untergebracht gewesen. Rund eine Woche nach dem positiven Corona-Test war er mit mittelschweren Symptomen in ein Schweinfurter Krankenhaus eingeliefert worden. Da sich sein Zustand jedoch weiter verschlechterte, kam er in die Thoraxklinik in Münnerstadt, wo er verstarb.

Von den rund 600 im AnKER-Zentrum untergebrachten Bewohner:innen sind zu diesem Zeitpunkt 89 Personen mit dem Coronavirus infiziert, 46 Personen sind in Quarantäne, 43 gelten als genesen. Zudem sind auch zwei Mitarbeiter:innen der Verwaltung sowie 14 Beschäftigte des Sicherheitsdienstes positiv getestet. Die gesamte Einrichtung steht unter Quarantäne und es gilt ein Aufnahme- und Verlegungsstopp. (siehe auch: Kasten auf S. 1271)

*Regierung von Unterfranken 21.4.20;
br 21.4.20; SZ 22.4.20; FRat Bayern 22.4.20*

21. April 20

Halberstadt – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

22. April 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus Albanien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

23. April 20

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. Eine 55 Jahre alte Geflüchtete aus Bosnien-Herzegowina tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/3327

23. April 20

Halle an der Saale – Bundesland Sachsen-Anhalt. Im Hauptbahnhof wird ein 22-jähriger Geflüchteter aus Afghanistan von einem Deutschen von hinten mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen. Dann läuft der 25 Jahre alte Täter davon. Zeug:innen hatten bereits die Polizei gerufen, weil der Aggressor auch schon andere Migrant:innen provoziert hatte.

Die Polizei kann ihn noch in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs stellen, und auch jetzt lässt er nicht von seinen rassistischen Beleidigungen und volksverhetzenden Äußerungen ab.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung, Volksverhetzung und falscher Verdächtigung auf.

*BPol 24.2.20;
HalleSpektrum.de 24.4.20;
LT DS SaAnh 7/6428; BT DS 19/21647*

25. April 20

Wittstock/Dosse - Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1871*

25. April 20

Bayerische Landeshauptstadt München. Der 35 Jahre alte Afghane Hamid X. erliegt auf der Intensivstation des Klinikums rechts der Isar einer Covid-19-Erkrankung.

Es wird vermutet, dass er sich in der Container-Unterkunft in der Aschauer Straße im Süden der Stadt infiziert hat. Hier leben 250 Menschen auf engstem Raum. Hamid X. wohnte dort in einem Zweibett-Zimmer, teilte Dusche, Toiletten und Küche mit vielen anderen.

Nach dem Auftreten erster Krankheitssymptome wie Fieber und Kopfschmerzen hatte er am 3. April die Leitung der Unterkunft informiert. Ein Betriebsarzt telefonierte mit ihm, kam aber erst vier Tage später ins Lager, um ihn zu untersuchen und nahm dabei Material für einen Corona-Test ab. Das Ergebnis lag am 10. April vor, doch inzwischen hatte sich der gesundheitliche Zustand von Hamid X. so sehr verschlechtert, dass er mit dem Notarzt in die Klinik gebracht werden musste. Er kam direkt auf die Intensiv-Station.

Zu diesem Zeitpunkt hatte auch sein Mitbewohner schon Corona-verdächtige Krankheitssymptome.

Die Anwältin des Verstorbenen erstattet Strafanzeige wegen fahrlässiger Tötung. Die Anzeige richtet sich gegen eine Mehrzahl namentlich nicht bekannter Personen, darunter die Verantwortlichen der Regierung von Oberbayern als Träger der betroffenen Gemeinschaftsunterkunft, die Verantwortlichen des zuständigen Gesundheitsamtes sowie mit dem Verstorbenen befasste Rettungsmitarbeiter:innen, beziehungsweise Ärzt:innen.

Hamid X. war im Jahre 2015 nach Deutschland gekommen, hatte sich schnell eingelebt, die Sprache gelernt und in

einer Konditorei gearbeitet, so dass er seine im Nordwesten Afghanistans lebende Frau und die sechs Kinder monatlich finanziell unterstützen konnte.

Nach seiner Flucht aus Afghanistan waren sein Bruder und dessen Familie in Afghanistan von Terroristen überfallen und erstochen worden. Dann wurde das Haus angezündet. (siehe auch: Kasten auf S. 1271)

SZ4.5.20; SZ 16.5.20;
zdf-Frontal21 2.6.20; Migazin 3.6.20

26. April 20

Oderberg – Brandenburg. Laut Auskunft der Landesregierung beleidigt eine Person am Fliederweg einen geflüchteten Mann zunächst rassistisch und greift diesen dann körperlich an. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS Brbg 7/1871

27. April 20

Werder (Havel) im brandenburgischen Landkreis Potsdam-Mittelmark. Drei junge Mädchen (15 bis 17 Jahre alt), Geflüchtete aus Tschetschenien, die Kopftücher tragen, werden gegen 19.30 Uhr in der Schubertstraße in der Nähe einer Gemeinschaftsunterkunft von zwei deutschen Männern rassistisch beleidigt und beschimpft. Die Provokateure drohen, ihren Hund auf die Frauen loszulassen.

Zwei Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft, beide aus dem Tschad und im Alter von 18 und 19 Jahren, werden auf die bedrohliche Situation aufmerksam und wollen den Frauen zu Hilfe kommen. Sie sprechen die beiden Aggressoren an und werden gleich rassistisch beleidigt. Dann zieht einer der Rassisten ein Messer aus der Tasche, bedroht die beiden und schlägt einem ins Gesicht, so dass dieser zu Boden geht. Anwesende Passant:innen kommen hinzu. Diesen gelingt es, die Angreifer von den Betroffenen zu trennen.

Die alarmierte Polizei nimmt die zwei Täter im Alter von 33 und 38 Jahren fest und bringt sie in Polizeigewahrsam. Der Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung und schließt ein rassistisches Motiv für den Angriff nicht aus.

OPP; Polizei Brandenburg 28.4.20;
LT DS Brbg 7/1871;
BT DS 19/24108

27. April 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. Ein 44 Jahre alter Flüchtling aus Togo tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/3327

27. April 20

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

30. April 20

Leipzig in Sachsen. Eine Geflüchtete wird in der Lilienstraße im Stadtteil Grünau von einer Frau rassistisch beleidigt und beschimpft. Die Aggressorin reißt ihr anschließend das Kopftuch weg, bespuckt sie und schlägt ihr ins Gesicht.

Chronik.LE

April 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

April 20

Landkreis Freudenstadt in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht ein 27 Jahre alter Mann aus Syrien Suizid.

LT DS BaWü 16/9998

April 20

Enzkreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 21 Jahre alte Frau aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

April 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 30 Jahre alter Mann aus Pakistan unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

April 20

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

April 20

Landkreis Biberach in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 21 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

April 20

Landkreis Passau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Fürstzell unternimmt eine Person aus Äthiopien einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

1. Mai 20

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine 40 Jahre alte Iranerin einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

1. Mai 20

Halle an der Saale – Bundesland Sachsen-Anhalt. An der Straßenbahn-Haltestelle am Rennbahnkreuz in Halle-Neustadt werden zwei 21-jährige syrische Geflüchtete von drei Männern rassistisch und homophob beleidigt und dann tätlich angegriffen und zu Boden geschlagen. Danach suchen die Gewalttäter das Weite.

Während einer der Geschlagenen vor Ort behandelt werden kann, kommt sein Begleiter mit schweren Gesichts- und Kopfverletzungen in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus und muss in der Folge mehrfach operiert werden.

Die Polizei sucht nach den circa 18 bis 20 Jahre alten Tätern ("helle Hautfarbe") und nach Zeug:innen, denn beide Gruppen waren zuvor mit der Straßenbahnlinie 2 vom Marktplatz zusammen angekommen.

Die Ermittlungen wegen versuchten Totschlags sind dann über Monate blockiert, weil die Staatsanwaltschaft Halle die Ermittlungsakten angeblich "verloren" hat.

Das LKA Sachsen-Anhalt führt den Angriff nicht in der PMK-rechts Statistik und auch in der Anklage, die später erhoben wird, fehlen als Tatmotive Rassismus und Homophobie.

Polizei Halle 1.5.20;
MDZ 2.5.20; VBRG 16.4.21

1. Mai 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in einem Mehrfamilienhaus in der Südlichen Neustadt gegen 14.10 Uhr ein 35 Jahre alter Flüchtling aus Marokko von einem 21-jährigen Deutschen tötlich angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*LT DS SaAnh 7/7270;
BT DS 19/26641*

2. Mai 20

In einem Hamburger Krankenhaus erliegt ein 80 Jahre alter Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Altona einer Covid-19-Erkrankung. Bereits am 16. April war bei ihm die Infektion mit SARS-COV-2 festgestellt worden und am 22. April wurde die Kontaktperson, die ihn offensichtlich infiziert hatte (sog. Indexperson), in seinem unmittelbaren Umfeld gefunden und vom Gesundheitsamt benachrichtigt.

Für die Familie des Verstorbenen gab es in der Unterkunft allerdings keinerlei Quarantäne-Maßnahmen. Das wirft die Fragen auf, warum weder der Verstorbene noch die Personen seines engsten Umfeldes nicht isoliert wurden.

Die Betreiber der Sammelunterkunft fördern&wohnen und das Gesundheitsamt Altona begründen dies mit Datenschutz. Durch dieses Nichtstun bezüglich der Transparenz und Informationen wurden weitere Geflüchtete, insbesondere mit Vorerkrankungen, in Lebensgefahr gebracht.

Ersttaunlich ist zudem die Tatsache, dass der Hamburger Senat noch am 12. Mai auf Nachfrage der Linksfraktion folgendes behauptete: "In den Gemeinschaftsunterkünften sind keine Personen an den Folgen einer COVID-19-Erkrankung verstorben." (siehe auch: Kasten auf S. 1271)

*Linksfraktion HH 28.5.20;
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/273*

2. Mai 20

Zwickau – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/3086;
BT DS 19/24108*

3. Mai 20

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Ein afghanischer Geflüchteter wird in der Erfurter Straße aus rassistischen Gründen angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung auf.

*OPP (Polizei);
BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1721;
LT DS Brbg 7/1871*

3. Mai 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 27 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

3. Mai 20

Dortmund – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder

mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

4. Mai 20

Halberstadt – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

4. Mai 20

Wurzen – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person aus Syrien körperlich angegriffen und verletzt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4041;
BT DS 19/24108*

6. Mai 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU, UPW) Am Gleisdreieck gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

7. Mai 20

Sebnitz – Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Ein mittlerweile 12-jähriges Mädchen aus dem Irak wird zum wiederholten Male angegriffen. Die Geflüchtete geht vom Busbahnhof kommend gegen 12.05 Uhr die Schillerstraße entlang, als sie von zwei Jugendlichen rassistisch beleidigt wird. Sie wehrt sich dagegen, indem sie eine der Provokateur:innen anspuckt. Daraufhin schlägt eine 14 Jahre alte Deutsche die Betroffene, der andere Teenager tritt nach dem Mädchen.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen Beleidigung und Körperverletzung und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

(siehe auch: 6. Dezember 19; 20. Januar 20; 2. März 20)

*Polizei Sachsen 7.5.20;
RAA Sachsen*

8. Mai 20

Finsterwalde im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Am frühen Abend wird eine Geflüchtete aus Syrien auf dem Weg zum Supermarkt von einem deutschen Mann rassistisch beleidigt. Die Frau ist mit ihren drei kleinen Kindern unterwegs, um sie zu schützen, geht sie nicht auf die Beschimpfungen des Unbekannten ein. Kurz darauf schlägt der Mann ihr mit der Faust auf den Kopf. Zwei Passant:innen, die die Situation von ihrem Auto aus beobachten, steigen aus und eilen der Frau zu Hilfe. Durch ihr Eingreifen wird der Angreifer vertrieben.

Andere Zeug:innen kommen hinzu und rufen die Polizei, die Ermittlungen wegen Körperverletzung aufnimmt. Die junge Mutter leidet mehrere Wochen an starken Schmerzen durch den Schlag auf das rechte Ohr.

*OPP; BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1721;
LT DS Brbg 7/1871*

8. Mai 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus Albanien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

8. Mai 20

Meißen im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt eine 40 Jahre alte Irakerin einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

8. Mai 20

Hansestadt Bremen. In der Landesaufnahmestelle (LAsT) versucht ein junger Bewohner aus dem Iran sich das Leben zu nehmen. Der Mann kommt in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus und muss dort noch eine Woche lang intensivmedizinisch behandelt werden.

Nach den Gründen für diese Verzweiflungstat befragt sagt er, dass er vor allem die hygienische und psychische Situation in Zeiten der Corona-Pandemie in diesem Camp nicht mehr aushalten konnte.

Er lebt dort mit derzeit circa 600 Menschen auf engstem Raum – ihnen stehen fünf Bäder und fünf Toiletten zu. Der vierte Corona-Test war für ihn positiv ausgefallen. Er musste mit 50 bis 60 Personen pro Flur mit anderen Infizierten leben – es gibt nur eine Sanitäreanlage, die auch nur einmal pro Tag gereinigt wird. Die Bewohner:innen sollen sich dort in den Toiletten ihr Trinkwasser holen, Mineralwasser gibt es nicht – auch das Essen ist "schrecklich".

Der junge Iraner ist seit zwei Monaten in diesem Lager – vier Wochen davon war er in Quarantäne, obwohl er noch nicht einmal wusste, ob es Quarantäne sei, denn die Securities – sie trugen keine Maske – behaupteten, es sei keine Quarantäne-Abteilung.

Auch seine Aufenthaltsperspektive ist sehr schlecht, nachdem er nach zweimaliger Ablehnung des Asylantrags in Österreich nach Deutschland flüchten musste und hier erneut um Schutz gebeten hat.

*Together we are Bremen 15.5.20;
taZ 18.5.20; FRat Bremen 15.8.20*

10. Mai 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öfU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

13. Mai 20

Wittstock/Dosse im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ein circa 20-jähriger Geflüchteter aus Gambia wird frühmorgens von zwei Rechten angegriffen. Der junge Mann ist auf dem Weg zur Ausbildung, als sich die Männer ihm mit dem Auto in den Weg stellen, aussteigen und ihn rassistisch beleidigen und körperlich angreifen. Ein dritter Mann kommt hinzu, er hat einen Baseballschläger dabei und schlägt auf den Geflüchteten ein. Im Anschluss steigen die drei Täter ins Auto und fahren weg. Der Betroffene kommt ins Krankenhaus, wo seine Verletzungen ambulant versorgt werden können.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung auf. Auch nach über einem Jahr sind die Täter noch nicht ermittelt.

*OPP;
BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1721;
LT DS Brbg 7/1871*

15. Mai 20

Freital – Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Ein Mann beleidigt und beschimpft eine 36 Jahre alte Syrerin und eine 39-jährige Libanesin gegen 14.15 Uhr an der Bushaltestelle Bürgerstraße in der Dresdener Straße

zunächst rassistisch. Dann bedroht er die beiden geflüchteten Frauen und spuckt sie an. Danach fährt der Aggressor mit einem Bus der Linie A in Richtung Dresden weg.

Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Sachsen 18.5.20;
SäZ 18.5.20;
BT DS 19/24108*

16. Mai 20

Guben im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Vier geflüchtete Jugendliche sitzen abends im Gubener Stadtpark nahe der Geflüchtetenunterkunft, als sie von einer Gruppe zwischen 15 bis 20 männlichen und weiblichen Jugendlichen umzingelt werden – einige von ihnen sind verummumt und haben Knüppel dabei. Die zum Teil noch minderjährigen Geflüchteten werden rassistisch beschimpft. Zwei der eingekesselten Jugendlichen gelingt es wegzurennen und sich vor dem Mob in Sicherheit zu bringen. Die Angreifer:innen schlagen und treten auf die zwei verbliebenen Geflüchteten ein, bis es dem 16-jährigen Guineer und dem 19-jährigen Marokkaner Karim C. gelingt, sich zu befreien und wegzurennen. Ihre Verletzungen müssen ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Der kriminalpolizeiliche Staatsschutz nimmt die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung gegen die Täter:innen auf.

Karim C. (19) ist Vollwaise, in Marokko lebte er als Straßenkind in Tanger. Seit seiner Flucht nach Deutschland sind vier Jahre vergangen, die er in Guben verbracht hat, rassistische Beleidigungen erlebt er beinahe täglich. Der Überfall hat ihn psychisch schwer getroffen, er fragt sich seither, was passiert wäre, wenn es ihm nicht gelungen wäre, sich zu befreien.

1999 wurde bei einer rassistischen Hetzjagd in Guben am 13. Februar der 28-jährige Asylsuchende Farid Guendoul (alias Omar Ben Noui) getötet. Von einer Gruppe Neonazis gejagt, trat der Algerier in die Glastür eines Plattenbaus und zog sich tödliche Schnittverletzungen zu. Die Täter beteiligten sich später an der Schändung des Gedenksteins in Guben. (siehe hierzu: 13. Februar 99)

*Polizei Brandenburg 18.5.20;
SZ 18.5.20; Spiegel 18.5.20;
TS 18.5.20; TS 19.5.20; LR 19.5.20;
BeZ 29.5.20; BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1721; LT DS Brbg 7/1871*

20. Mai 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus Albanien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

21. Mai 20

Stralsund im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Rügen. Im Stadtzentrum greifen fünf Männer – rassistisch motiviert – einen etwa 20 Jahre alten Flüchtling aus Somalia an. Sie beleidigen ihn und schlagen so stark auf ihn ein, dass er bewusstlos zu Boden geht.

Dann zerren sie den leblosen Körper auf eine viel befahrene Umgehungsstraße. Nur Dank des Eingreifens von Passant:innen, kann der Verletzte vor Schlimmerem bewahrt werden. Die Polizei wird gerufen, und er kommt für zwei Nächte ins Krankenhaus.

Zwei der Täter fliehen vom Ort des Geschehens, drei Personen können festgestellt werden, sie sind polizeibekannt.

Trotz der von Zeug:innen deutlich beschriebenen rechten und rassistischen Parolen der Täter, stuft das LKA Mecklen-

burg-Vorpommern den Angriff nicht als PMK-rechts Gewalttat ein. Eine Anklage ist auch ein Jahr später noch nicht formuliert.

*VBRG 16.4.21;
LOBB1 28.4.21*

21. Mai 20

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

22. Mai 20

Guben im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Als drei geflüchtete Männer aus Somalia, Äthiopien und Eritrea mit dem Fahrrad am Abend die Damaschkestraße entlangfahren, fährt ein Auto mit zwei männlichen Insassen mit überhöhter Geschwindigkeit auf sie zu, mit der Absicht sie anzufahren. Die Männer im Alter zwischen 20 und 33 Jahren werden von der Straße gedrängt, einer von ihnen muss vom Rad springen um nicht zu stürzen und verletzt sich dabei. Dann legt der Autofahrer den Rückwärtsgang ein und versucht erneut, die Geflüchteten anzufahren. Kurze Zeit später startet der Fahrer einen dritten Versuch, die Geflüchteten anzufahren. Da sich das Auto dabei an der Bordsteinkante festfährt und verkantet, endet die Amokfahrt und die Täter flüchten zu Fuß.

Nachdem die Polizei über Notruf verständigt wurde und Zeug:innen befragt sind, können zwei deutsche Tatverdächtige, 21 und 25 Jahre alt, festgenommen werden. Einer der Männer soll der rechten Szene angehören. Eine Anklage ist bis heute nicht erhoben. Das Landeskriminalamt Brandenburg wertet den Fall nicht als PMK-rechts Gewalttat.

*Polizei Brandenburg 23.5.20;
TS 23.5.20; BeZ 25.5.20;
LR 26.5.20; VBRG 16.4.21*

22. Mai 20

Neutrebbin / Biesdorf im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Zwei aus Afghanistan geflüchtete Männer, 36 und 40 Jahre alt, werden von einer Gruppe Männern angegriffen. Die beiden Geflüchteten, die mit ihrem Auto eine Ladung Steine abholen wollen, werden vom Navigationsgerät ihres Autos zu einer anderen, gleichlautenden Adresse gelotst. Als sie dort aussteigen und sich bemerkbar machen, kommt die Gruppe Männer auf sie zu, beleidigt die beiden rassistisch und schlägt sie. Die Angegriffenen können sich ins Auto flüchten und wegfahren, doch die Männer verfolgen sie bis nach Gussow, wo sie sie anhalten, erneut beleidigen und schlagen.

Nachdem die beiden geflüchteten Männer gegen 17.30 Uhr bei der Polizei Anzeige erstattet haben, kann diese an der Adresse in Neutrebbin, wo der Übergriff begann, sieben teils polizeibekannt Männer im Alter von 19 bis 48 Jahren feststellen. Es werden Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.

*Polizei Brandenburg 25.5.20;
MOZ 25.5.20; MOZ 26.5.20;
Zeit 29.5.20; BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1721; LT DS Brbg 7/1871*

23. Mai 20

In der bayrischen Landeshauptstadt München, Stadtteil Neuaußing, kommt es zu einem Angriff auf junge Geflüchtete. Drei Freunde im Alter von 15, 15 und 13 Jahren, befinden sich gegen 19.45 Uhr am Bahnhof Neuaußing. Ein 41-jähriger Deutscher nähert sich der Gruppe und ruft rassistische Beleidigungen.

Schließlich packt der Provokateur einen der Jugendlichen an der Jacke und schlägt mit seiner Faust auf ihn ein. Erst als ein Zeuge einschreitet, um den Gewalttäter zu beruhigen, lässt dieser von dem Jungen ab und versucht zu fliehen. Er kann jedoch noch vor Ort von der Polizei gefasst werden.

Polizeiliche Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung werden eingeleitet.

*Polizei Bayern 21.6.20;
SZ 22.6.20;
LT DS Bayern 18/14939;
BT DS 19/24108*

24. Mai 20

Dresden im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

26. Mai 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 22 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

26. Mai 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftscenter Bargkoppelstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

28. Mai 20

Stralsund – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

28. Mai 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Walddorfer Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

28. Mai 20

Braunschweig – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmehilfe unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

29. Mai 20

Lebus im Bundesland Brandenburg. In der Kleinstadt am polnisch-deutschen Grenzfluss Oder wird die Leiche eines 27 Jahre alten Mannes aus dem Libanon geborgen. Der Mann ist ertrunken.

BT DS 19/27084

29. Mai 20

Kassel – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

31. Mai 20

Bundesland Brandenburg. Es ist Pfingsten und eine Bewohnerin einer Flüchtlingsunterkunft hat in ihrem Zimmer eine Freundin und einen Freund zu Besuch. Sie reden über ihre Heimat Kenia und feiern ein bisschen. Offensichtlich haben sich Nachbar:innen über laute Musik beschwert, denn gegen 22.00 Uhr klopf es an die Zimmertür und Polizeibeamt:innen stehen draußen im Flur. Es sind sieben Uniformierte mit zwei Hunden gekommen. Die Bewohnerin des Zimmers wird nach ihren Papieren gefragt und als sie um eine Begründung bittet, wird ihr nicht geantwortet. Da sie sich weiterhin nicht ausweist, wird sie von den Beamten auf den Flur gebeten, hier am Arm gepackt und zu Boden gebracht. Mindestens zwei Uniformierte drücken die schreiende Frau nieder, einer kniet auf ihrem Rücken, seine Kollegin fixiert ihren Oberkörper und drückt ihn runter. Die anderen Beamt:innen schirmen den Bereich ab, denn es kommen immer mehr Bewohner:innen aus ihren Zimmern. Es entsteht Aufregung und Angst, sowohl Erwachsene und auch Kinder schreien und weinen. Dann beginnen einige, die Gewaltaktion mit Handys zu filmen und zu streamen.

Auf einem dieser Videos ist ein vielleicht dreijähriger Junge zu sehen, der zu seiner auf dem Bauch liegenden Mutter hingehen möchte und von einem Beamten aufgehalten wird. Dann lässt er das kleine Kind durch, das sich vor die weinende Frau hockt und deren ausgestreckten Arme erfasst.

Auch in diesem Lager gelten die Corona-Regeln, allerdings offensichtlich nicht für die gewaltvollen Polizist:innen, denn sie haben weder Masken auf noch halten sie Abstand.

Als sie sich zu sehr durch die filmenden Bewohner:innen beobachtet fühlen, ziehen sie alle unvermittelt wieder ab.

Später wird die oben beschriebene Szene von den Polizeibeamt:innen ganz anders dargestellt. Angeblich hätte die Mutter zweier kleiner Kinder sich im Flur selber hingeworfen und geschrien. Da stellen sich ihre Freund:innen die Frage, wenn das so gewesen wäre, warum sie dann mindestens 15 Minuten von den Beamt:innen auf dem Boden fixiert wurde – sie hätten ihr ja auch aufhelfen können.

*Polizei Brandenburg 2.6.20;
International Women* Space + Women in Exile 3.6.20;
FRat Brbg 18.6.20; Zeit 6.7.20*

Mai 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 35 Jahre alter Flüchtling aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

Mai 20

Bundesland Brandenburg. Ein Bewohner eines Flüchtlingsheimes berichtet gegenüber ZEIT ONLINE, dass er von Polizisten über eine Stunde lang auf dem Boden fixiert und mit Stöcken auf die Hände geschlagen wurde, weil er sein Zimmer nicht verlassen wollte.

Zeit 6.7.20

Mai 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Mai 20

Landkreis Reutlingen in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 29 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Mai 20

Rosenheim im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Mai 20

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

2. Juni 20

Neustadt-Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

2. Juni 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

2. Juni 20

Clausthal-Zellerfeld – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird auf eine geflüchtete Person, die am Straßenrand steht, gegen 20.40 Uhr aus einem fahrenden Auto heraus ein angebissener Döner geworfen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

2. Juni 20

Zorneding – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann drei Flüchtlinge an und verletzt diese.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/14939;
BT DS 19/22641*

3. Juni 20

Halle in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Wolfgang-Borchert-Straße unternimmt ein 24 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch. Der Mann wird nach einer eintägigen Aufnahme in der Psychiatrie entlassen und ambulant weiter behandelt.

LT DS SaAnh 7/7445

3. Juni 20

Apolda – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

3. Juni 20

Mannheim in Baden-Württemberg. Der 36-jährige Sailou Hydara aus Gambia erliegt im Theresienkrankenhaus / St.

Hedwig-Klinik seiner schweren Erkrankung. Die eigentliche Ursache, eine offene Lungentuberkulose, hatte in andere Organe wie die Nieren und die Leber gestreut und dadurch zu deren Organversagen und letztlich zu einer Sepsis geführt.

Der Asylbewerber Sailou Hydera war im Alter von 29 Jahren nach Deutschland gekommen, um seine Familie von Europa aus unterstützen zu können.

Zuletzt hatte er in der JVA Mannheim eingesessen, dann ging es ihm gesundheitlich immer schlechter, bis er nach drei Wochen Leiden ins Krankenhaus gebracht wurde.

Er war dort sehr lange Zeit auf der Intensiv-Station, wurde künstlich beatmet und mußte wegen Nierenversagens dialysiert (Blutwäsche) werden. Er wurde zweimal reanimiert – schließlich war die Krankheit für die Mediziner:innen nicht mehr beherrschbar.

Sailou Hydera hatte in einer Flüchtlingsunterkunft in Hemsbach im Seeweg, im Rhein-Neckar-Kreis gelebt.

Den deutschen Behörden gelang es angeblich erst am 16. Juni, die Botschaft der Republik Gambia in Brüssel über seinen Tod zu informieren und am 24. Juni die geplante Beerdigung anzukündigen.

Am 29. Juni wird Sailou Hydera auf dem Mannheimer Hauptfriedhof im sogenannten Muslimischen Feld beigesetzt.

Seine Familie hatte schon längere Zeit versucht, Kontakt zu ihm zu bekommen. Bereits am 11. Juli hatte sie von einem seiner Mitgefangenen der JVA erfahren, dass er gestorben sei. Von da an hatte sich die Familie bemüht, Informationen von offizielle Stellen zu erhalten, bekam jedoch erst im August die offizielle Mitteilung über seinen Tod.

*g.news for the Gambia 14.8.20;
The Voice Gambia 17.8.20;
Antirassistische Initiative Berlin*

4. Juni 20

Sangershausen – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

4. Juni 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppeltstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. Juni 20

Landkreis Schaumburg im Bundesland Niedersachsen. Mitarbeiter:innen der sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Zentralen Polizeidirektion, zwei lokale Streifenwagen-Besatzungen und Beamte:innen der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen rücken gegen 3.30 Uhr an, um eine Familie mit acht Kindern nach Georgien abzuschicken.

Den Eltern werden Handschellen angelegt – dem 11-jährigen Sohn ebenso und zusätzlich noch Fußfesseln. Die Koffer muss die 11-jährige Tochter packen.

Während des Transportes zum Flughafen Düsseldorf werden die Eltern voneinander sowie von ihren Kindern getrennt. Von dort an erfolgt die Abschiebung nach Georgien.

Sechs Jahre lang hat die Familie in Deutschland gelebt, zuletzt in der Gemeinde Lindhorst: das Ehepaar I. mit acht Kindern im Alter von fünf Monaten bis zu elf Jahren. Die drei älteren wurden in Niedersachsen eingeschult, die drei jüngeren hier geboren.

Besonders betroffen ist der einjährige Abdullah, der ohne Hirnanhangdrüse (Hypophyse) geboren wurde und somit schwerkrank ist. Um überhaupt zu überleben, braucht das Kind täglich wichtige Medikamente und Hormon-Kombinationen, die Körperwachstum und Stoffwechsel erhalten. Zudem muss Abdullah medizinisch konsequent und kontinuierlich von medizinischem Fachpersonal betreut werden.

Den Hinweisen der Eltern bei der Abschiebung, dass diese Medikamente mitgenommen werden müssen, haben die Einsatzkräfte keine Beachtung geschenkt.

Auch vier Wochen nach der Abschiebung hat die Familie in Georgien noch keinen Zugang zu einem Facharzt. Das scheitert auch an den fehlenden Papieren der in Deutschland geborenen Kindern, um die sich die deutschen Behörden nicht kümmern, geschweige denn die Eltern darüber informierten.

Nach Aussagen des in Niedersachsen behandelnden Endokrinologen des Jungen hat das Absetzen der Einnahme von Wachstumshormonen einen "sofortigen Wachstumsstopp und möglicherweise eine lebensbedrohliche Unterzuckerung zur Folge".

Das lebenswichtige Medikament Hydrocortison ist in Georgien nicht in der notwendigen Dosierung für das Baby legal zu erhalten. Einer Unterstützungsgruppe in Deutschland gelingt es, Hydrocortison mit Hilfe eines befreundeten Taxifahrers nach Georgien zu bringen, was zunächst die Anschlussbehandlung und -versorgung gewährleistet.

Auch im September hat sich an der katastrophalen Versorgungssituation durch georgische medizinische Einrichtungen nichts geändert.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert den Innenminister Boris Pistorius auf, entweder die lebensnotwendigen Medikamente zur Verfügung zu stellen oder das Kleinkind zur Weiterbehandlung nach Deutschland zurückzuholen.

*FRat NieSa 6.8.20;
FRat NieSa 10.9.20*

5. Juni 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus Niger einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

5. Juni 20

Halberstadt im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt. In der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) unternimmt ein 37 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch. Der Mann kommt für acht Tage ins Krankenhaus Halberstadt und anschließend in die Psychiatrie Blankenburg.

LT DS SaAnh 7/7445

5. Mai 20

Oschersleben – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung schlägt ein 40 Jahre alter Deutscher gegen 19.40 Uhr einem 35-jährigen Flüchtling aus Afghanistan die flache Hand ins Gesicht und verletzt diesen dadurch.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung. Der Täter wird später zu einer Geldstrafe verurteilt.

*LT DS SaAnh 7/6947;
LT DS SaAnh 7/7273;
BT DS 19/26641*

6. Juni 20

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

7. Juni 20

Chemnitz – Ortsteil Sonnenberg – Bundesland Sachsen. Eine Gruppe nicht-weißer Jugendlicher wartet gegen 19.15 Uhr an der Haltestelle Tschakowskistraße in der Augustusburger Straße auf die Bahn. Ein Mann kommt auf sie zu und stößt unvermittelt einen der Jugendlichen aus der Gruppe gegen die Wand des Wartehäuschens. Dann bedroht, beleidigt und beschimpft er sie rassistisch, die daraufhin die Flucht in Richtung Tschakowskistraße ergreifen. Dort stellen sich ihnen zwei Männer und eine Frau entgegen, die die Beschimpfungen und Bedrohungen des ersten Rassisten fortsetzen – offensichtlich sind sie mit diesem bekannt.

Passant:innen greifen ein und versuchen die Betroffenen zu schützen. Dann läuft ein 14-jähriger Iraker aus der Gruppe los. Der Gewalttäter von der Haltestelle, der sich mittlerweile auch in der Tschakowskistraße befindet, setzt ihm nach, holt ihn an einem Spielplatz ein und schlägt ihm mehrfach ins Gesicht. Als Personen dem Iraker zu Hilfe kommen und dieser die Polizei alarmieren kann, entfernen sich die Angreifer:innen. Der Jugendliche erleidet leichte Verletzungen.

Der eintreffenden Polizei gelingt es vier Deutsche – eine 29 Jahre alte Frau, einen 32-jährigen und zwei 30 Jahre alte Männer – an einer Tankstelle in der Clausstraße festzusetzen. Nach Befragung der vier, geht die Polizei von einem rassistischen Motiv für die Angriffe und die Bedrohungen aus. Die Ermittlungen gegen den 32-jährigen deutschen Haupttäter wegen Körperverletzung beginnen.

*Polizei Sachsen 8.6.20;
FP 8.6.20; mdr 8.6.20*

7. Juni 20

Calbe – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

8. Juni 20

Sangerhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Kurz vor 22.00 Uhr beleidigt und beschimpft ein 29 Jahre alter Mann in der Karl-Liebknecht-Straße einen 18 Jahre alten Flüchtling aus Syrien und schlägt ihm dann ins Gesicht.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*MDZ 9.6.20;
LT DS SaAnh 7/6636;
BT DS 19/21647*

8. Juni 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

8. Juni 20

Kreisstadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Vor einem Einkaufsmarkt in der Eglosheimer Hirschbergstraße wartet ein 15 Jahre alter Flüchtling aus Äthiopien auf einen Freund, als er gegen 18.00 Uhr von zwei Männern kurz angesprochen wird. Plötzlich nimmt einer von denen eine Schleuder und feuert unmittelbar und aus kurzer Entfernung eine Stahlkugel auf den Brustkorb des Jugendlichen ab. Dann flüchten die Männer.

Der Betroffene beschreibt den Täter als circa 40 Jahre alten, 1,90 Meter großen Mann, der ein Fahrrad hatte. Auffällig war sein Shirt, auf dem "Donald Trump" stand. Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung werden eingeleitet.

*Polizei Ludwigsburg 9.6.20;
StZ 9.6.20;
Ludwigsburger KrZ 12.6.20;
LT DS BaWü 16/9999;
BT DS 19/24108*

9. Juni 20

Kiel – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

9. Juni 20

Zerbst – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

10. Juni 20

Landkreis Mittelsachsen im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

10. Juni 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 18 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

10. Juni 20

Landkreis Mittelsachsen im Bundesland Sachsen. Ein 28 Jahre alter Flüchtling aus dem Irak tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/3327

11. Juni 20

Braunschweig – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt eine 35 Jahre alte Frau aus Malawi einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

11. Juni 20

Lindow (Mark) im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Eine geflüchtete Familie aus Syrien wird immer wieder von einer Familie aus der direkten Nachbarschaft rassistisch beleidigt. An diesem Tag ermuntern die Erwachsenen ihre Kinder mit rassistischen Sprüchen dazu, die syrischen Kinder, die acht und neun Jahre alt sind, zu schlagen, während sie selbst dabei zusehen und lachen.

Das Ermittlungsverfahren wird letztlich aufgrund der Strafunmündigkeit der Täter eingestellt.

OPP

11. Juni 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

11. Juni 20

Naumburg im Burgenlandkreis – Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Franz-Julius-Hoelz-Straße unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS SaAnh 7/7445

11. Juni 20

Halberstadt im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. In der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) unternimmt ein 38 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch. Der Mann kommt für sechs Tage ins Krankenhaus Halberstadt und anschließend in die Psychiatrie Blankenburg.

LT DS SaAnh 7/7445

13. Juni 20

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 21 Jahre alter Bewohner aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

13. Juni 20

Coburg im Bundesland Bayern. Im Naherholungsgebiet Am Goldbergsee wird eine syrische Flüchtlingsfamilie mit Kleinkindern von drei Männern rassistisch beleidigt und massiv bedroht ("Ich steche Euch ab, Ihr Kanacken"). Einer hält eine Aluminiumstange in der Hand, ein zweiter eine Holzlatte und dann schlägt der erste Mann dem Familienvater die Metallstange mit so starker Wucht auf den Kopf, dass dieser dauerhaft den Großteil seines Hörvermögens verliert. Dann flüchten die Täter mit Fahrrädern in Richtung des Stadtteils Neuses.

Der Tat war wahrscheinlich ein Streit um drei freilaufende Hunde vorausgegangen, denn der Syrer hatte gebeten, diese anzuleinen. Die Hundebesitzer:innen waren daraufhin weggegangen, drei Männer von ihnen allerdings dann kurz darauf bewaffnet zurückgekommen.

Der Schläger kann gefasst werden und kommt später vor Gericht. Obwohl die Staatsanwaltschaft beim Prozess von einer rassistisch motivierten Tat ausgeht und Rassismus im Plädoyer hervorhebt, hält das Amtsgericht Coburg das Angriffsmotiv für ungeklärt und verurteilt den Gewalttäter wegen Körperverletzung zu einer 16-monatigen Haftstrafe. Das Landeskriminalamt Bayern führt den Angriff nicht als PMK-Rechts-Gewalttat. Auch in der Polizeimeldung zwei Tage nach der Tat, stand kein Wort von der Herkunft der Betroffenen und kein Wort von den rassistischen Bedrohungen, sondern es wurde geschrieben, dass dort "mehrere junge Menschen" in einen "Streit" gerieten, der "letztendlich in einer Schlägerei mit Stangen endete".

*Polizei Coburg 15.6.20;
VBRG 16.4.20;
B.U.D. Bayern 30.4.20*

14. Juni 20

Finsterwalde im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Ein syrischer Geflüchteter wird von einem Mann rassistisch beleidigt und angegriffen. Die Polizei ermittelt wegen Körperverletzung.

*OPP (Polizei); BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1871*

15. Juni 20

Dresden – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen

Geflüchteten aus der Türkei im Stadtbezirk Prohlis. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/3680;
BT DS 19/26641*

15. Juni 20

Zwickau – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einer geflüchteten Person in der Straßenbahn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/3681;
LT DS Sachsen 7/3086;
LT DS Sachsen 7/2965;
BT DS 19/24108*

16. Juni 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppeltstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

16. Juni 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Jugendparkweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

16. Juni 20

Samtgemeinde Fredenbeck im Bundesland Niedersachsen. Gegen 4.20 Uhr alarmiert ein Bewohner der Flüchtlingsunterkunft im Kirchweg die Feuerwehr, weil es in einem Wohnraum und am Dachstuhl brennt. Den circa 90 Rettungskräften der Feuerwehren aus Deinste, Helmste und Fredenbeck gelingt es, das Feuer nach zweieinhalb Stunden unter Kontrolle zu bringen. Von den vier Bewohner:innen wird niemand verletzt.

Die aus 24 Einheiten bestehende Containeranlage für Asylbewerber:innen ist nach dem Feuer komplett unbewohnbar. Es stellt sich heraus, dass das Feuer in einem Zimmer eines Bewohners ausgebrochen war, der allerdings nicht anwesend war. Als Brandursache wird ein technischer Defekt an einem Kühlschrank ermittelt.

(siehe auch: 19. Juni 20)

*Polizei Stade 16.6.20;
Feuerwehr Fredenbeck 16.6.20;
KrZ 19.6.20*

17. Juni 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Eulenkrogstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

17. Juni 20

Frankfurt – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

18. Juni 20

Neubrandenburg im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Ein 24 Jahre alter Flüchtling aus

Sierra Leone wird gegen 11.00 Uhr in der Einsteinstraße von einem ihm entgegen kommenden Mann angebrüllt: "You fucking african, go back to your country and leave our country." Dann schlägt er dem Afrikaner ins Gesicht und bedroht ihn weiter. Als dieser die Polizei erwähnt, verschwindet er.

Zwei Beamten eines Streifenwagens fällt der verletzte Mann auf, sie fragen ihn, was passiert ist, und veranlassen seine Einweisung in ein Krankenhaus. Dann beginnen sie mit der Suche nach dem Täter. Erst am nächsten Abend kann dieser festgesetzt werden. Es ist ein 26 Jahre alter Deutscher gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet wird.

*LOBBF;
Polizei Neubrandenburg 19.6.20;
NK 20.6.20; NK 23.6.20;
BT DS 19/24108*

18. Juni 20

Landkreis Emsland im Bundesland Niedersachsen. In der Ortschaft Twist wird am Vormittag der 23 Jahre alte Mamadou Alpha Omar Diallo aus Guinea von einem Polizeibeamten in einer Krisensituation mit einem Schuss aus der Dienstwaffe niedergestreckt. Die Beinarterie des Flüchtlings ist verletzt, auf dem Weg ins Krankenhaus muss der Mann reanimiert werden und stirbt in der folgenden Nacht an den Verletzungen.

Die Polizei war um 10.25 Uhr gerufen worden, weil der Mann zunächst in einer Arztpraxis und dann in dem daneben liegenden Wohnhaus Personen mit einem circa 30 Zentimeter langen Messer bedroht und angegriffen haben soll, wodurch niemand verletzt wurde.

Als die Beamt:innen eintrafen, war er jedoch im Freien, reagierte offensichtlich nicht auf die Aufforderungen, das Messer abzulegen und soll auf den Beamten zugegangen sein, der dann den Schuss auf ihn abgab.

Der Getötete war abgelehnter Asylbewerber und wurde aufgrund nicht möglicher Abschiebung behördlicherseits geduldet.

In der Medizinischen Hochschule Hannover wird später festgestellt, dass Herr Diallo unter hohem Einfluss von Beruhigungsmitteln stand ("intoxikiert"), die als Nebenwirkungen Depressionen, Panikattacken oder Krämpfe haben können.

Im August bewertet die Staatsanwaltschaft Osnabrück die Schussabgabe als Notwehr und stellt somit die Ermittlungen gegen den Beamten ein.

*StA Osnabrück 18.6.20;
ndr 19.6.20; Spiegel 19.6.20;
FRat NieSa 25.6.20; taz 17.7.20;
LT DS NieSa 18/7121; Welt 19.8.20;
LT AusS für Inneres 24.9.20*

19. Juni 20

Bundesland Niedersachsen. Gegen 1.30 Uhr werden die Feuerwehren Wedel, Deinste und Fredenbeck zur Flüchtlingsunterkunft der Samtgemeinde Fredenbeck gerufen, weil im Keller ein Brand entstanden ist. Vor Ort wird deutlich, dass ein Raum im Kellerbereich bereits in Vollbrand steht und sich der Qualm im gesamten Kellergeschoss verbreitet hat. Die Einsatzleitung löst Großalarm aus, weil die Situation wesentlich gefährlicher ist als vorher angenommen.

Mehrere Rettungstrupps unter schwerem Atemschutz durchsuchen das Gebäude und finden im Kellerbereich im Gemeinschaftsraum eine männliche Person, deren Reanimation nicht mehr möglich ist. Es handelt sich um einen 25 Jahre alten Bewohner aus dem Sudan.

Die übrigen fünf Bewohner:innen der Unterkunft, mehrheitlich aus dem Sudan, können sich ins Freie retten – sie kommen mit dem Schrecken davon und bleiben unverletzt. Da das Haus, ein ehemaliges Hotel, durch den Brand unbewohn-

bar geworden ist, werden sie auf andere Unterkünfte verteilt. In der Vergangenheit hat es mehrmals Brände in dem Gebäude gegeben.

Später stellt sich heraus, dass das Feuer durch "heruntergefallene Glut und Asche" ausgebrochen war. Der später gestorbene Mann hatte sich dort mit einem Mitbewohner aufgehalten – sie hatten geraucht.

Als er den Brand bemerkte, hatte er noch versucht, mit einem nassen T-Shirt, die Eingangstür abzudichten. Dies gelang nicht – er wurde ohnmächtig und starb an Kohlenmonoxid-Vergiftung.

Er lebte übergangsweise erst seit drei Tagen in dieser Unterkunft, denn er war nach einem Brand in der circa sechs Kilometer entfernt liegenden Containeranlage in Deinste am 16. Juni hierher umverteilt worden. (siehe auch: 16 Juni 20)

*Polizei Stade 19.6.20; ndr 19.6.20;
Feuerwehr Fredenbeck 19.6.20;
KrZ 19.6.20; ndr 19.6.20;
Polizei Stade 26.6.20;
NOZ 26.6.20*

20. Juni 20

Regensburg – Bundesland Bayern. Am späten Abend bricht in dem Zimmer eines 23-jährigen Geflüchteten aus Äthiopien im AnkER-Zentrum in der Zeißstraße ein Brand aus. Dieser wird gegen 23.15 Uhr der Polizei gemeldet. Wie seine Zimmernachbar:innen im Nachhinein berichten, wollte der 23-jährige nicht das Gebäude, sondern aus Verzweiflung sich selbst anzünden. Zwei Zimmer brennen aus. Er selbst bleibt unverletzt, eine Nachbarin erleidet leichte Rauchverletzungen. Der junge Äthiopier wird von der Polizei festgenommen und der Brandstiftung beschuldigt in Haft genommen.

*Polizei Bayern 21.6.20;
Mittelbayerische Zeitung 23.6.20;
Bündnis gegen Abschiebelager Regensburg 8.7.20*

20. Juni 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

21. Juni 20

Dresden – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden Geflüchtete aus Ägypten im Stadtbezirk Seevorstadt Ost mit Gegenständen beworfen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4957;
BT DS 19/26641*

21. Juni 20

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

21. Juni 20

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

21. Juni 20

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
BT DS 19/24108

22. Juni 20

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung beleidigt ein Mann eine geflüchtete Person mit rassistischen Äußerungen und schlägt auf sie ein.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/14939;
BT DS 19/22641*

23. Juni 20

Schkeuditz im sächsischen Landkreis Nordsachsen im Bundesland Sachsen. In der Aufnahmeeinrichtung im Ortsteil Dölzig unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

23. Juni 20

JVA Zeithain im Bundesland Sachsen. Ein 33 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

23. Juni 20

Leipzig – Ortsteil Lindenau – Bundesland Sachsen. Ein 25 Jahre alter Syrer geht gegen 19.40 Uhr vom Kaufland am Lindenauer Markt kommend in Richtung Demmeringstraße. Unvermittelt beleidigen vier Männer den Geflüchteten rassistisch und beschimpfen ihn mit neonazistischen Parolen. Als er sie deswegen anspricht, versetzt einer der Aggressoren ihm einen Kopfstoß, wodurch er verletzt wird. Die Anderen aus der Gruppe schlagen und treten dann auf ihn ein.

Ein Passant verfolgt die Schläger und ruft die Polizei. Diese nimmt in unmittelbarer Nähe einen 29 und zwei 35 Jahre alte deutsche Männer fest. Gegen drei der vier Täter, die vorbestraft sind, werden Haftbefehle erwirkt. Der polizeiliche Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen, weil von einer politisch motivierten Straftat ausgegangen wird.

*Polizei Sachsen 24.6.20;
mdr 24.6.20; LVZ 25.6.20;
mdr 25.6.20; LT DS Sachsen 7/2965;
LT DS Sachsen 7/3086; BT DS 19/24108*

23. Juni 20

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Straßenbahn der Linie 9 kommt es auf Höhe der Leipziger Chaussee im Stadtteil Reform an der Straßenbahn-Haltestelle Freibad Süd gegen 22.20 Uhr zu einem tätlichen Angriff auf einen Flüchtling aus Äthiopien. Er wird von drei Magdeburgern im Alter von 20, 24 und 36 Jahren attackiert und der Älteste schlägt und tritt auf ihn ein. Sanitäter, die das beobachten, gehen dazwischen und können den Angriff unterbrechen.

Noch vor Eintreffen der Polizei entfernt sich der Betroffene – er lehnt auch medizinische Behandlung ab. Die Täter können allerdings festgesetzt werden und die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

*Polizei Magdeburg 24.6.20;
LT DS SaAnh 7/6947;
LT DS SaAnh 7/7272;
BT DS 19/26641*

24. Juni 20

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

25. Juni 20

Oschersleben – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 21.00 Uhr auf einem Gehweg zu einem tätlichen Angriff durch zwei knapp über 20-jährige Männer auf zwei 23 Jahre alte Flüchtlinge aus Afghanistan, wodurch diese verletzt werden.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
LT DS SaAnh 7/7272;
LT DS SaAnh 7/7273;
BT DS 19/26641*

25. Juni 20

Oschersleben – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 21.20 Uhr auf einem Gehweg zu einem tätlichen Angriff durch einen Mann auf einen 21 Jahre alten Flüchtling aus Afghanistan, wodurch dieser verletzt wird.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf einfache und gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
LT DS SaAnh 7/7272;
BT DS 19/26641*

26. Juni 20

Duisburg – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

26. Juni 20

Neumarkt – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/21647

28. Juni 20

Landkreis Mittelsachsen im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 39 Jahre alter Bewohner aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

28. Juni 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. Ein 23 Jahre alter Flüchtling aus Syrien tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/3327

28. Juni 20

Hansstadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppeltstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

29. Juni 20

Auch in der Corona-Krise finden Abschiebungen nach Serbien statt. So werden frühmorgens eine Romni und ihre drei kleinen Kinder aus dem Schlaf gerissen und nach Serbien abgeschoben. Da der Vater nicht zu Hause ist, wird die Familie durch die Abschiebung getrennt.

Roma Center 27.9.20

30. Juni 20

Parchim im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Ein Flüchtling wird in seiner Ausbildungswerkstatt von einem Gesellen zum wiederholten Male rassistisch beleidigt und aufgefordert, Deutschland wieder zu verlassen. Der Mann schubst ihn mehrfach und wirft dann eine schwere Taschenlampe in seine Richtung, die den Kopf des Angegriffenen knapp verfehlt.

*LOBBI;
BT DS 19/26441*

30. Juni 20

Wittenberge im brandenburgischen Landkreis Prignitz. Am Paul-Lincke-Platz wird ein syrischer Geflüchteter von einer Person aus rassistischen Motiven körperlich angegriffen. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung auf.

*BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/1871;
LT DS Brbg 7/1897*

Ende Juni 20

Die Bundesregierung teilt mit, dass im ersten Halbjahr drei Abschiebungen wegen (versuchter) Selbstverletzungen oder (versuchter) Suizide der Abzuschiebenden abgebrochen werden mussten zwei am Flughafen Frankfurt am Main und eine am Hamburger Flughafen. Bei den Betroffenen handelte es sich um je eine Person aus dem Iran, Nigeria und Marokko.

BT DS 19/21406

Juni 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

Juni 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/3327

Juni 20

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. Im ersten Halbjahr des Jahres unternimmt ein 57 Jahre alter Flüchtling aus Marokko mehrfach Suizidversuche. Er lebt in einem Wohnprojekt, in dem Geflüchtete psychologisch betreut werden.

LT DS Sachsen 7/3327

Juni 20

Landkreis Oldenburg in Niedersachsen. In einer Asylbewerberunterkunft in Wildeshausen droht ein 33 Jahre alter Mann aus Syrien ernsthaft seinen Suizid an.

LT DS NieSa 18/8966

Juni 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus

Algerien einen Suizidversuch, indem er aus dem Fenster springt.

LT DS Hessen 20/5122

Juni 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Juni 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 52 Jahre alter Mann aus Syrien unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juni 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 27 Jahre alter Mann aus Eritrea unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juni 20

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 22 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juni 20

Landkreis Tübingen in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juni 20

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Landkreis Garmisch-Partenkirchen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Garmisch-Partenkirchen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Landkreis Mühldorf a. Inn im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Waldkraiburg unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Landkreis München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Unterschleißheim unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Landkreis Coburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Neustadt b. Coburg unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Landkreis Regensburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Regensburg unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juni 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert die Anwendung von Zwangsmitteln bei einem 12-jährigen Geflüchteten.

Dieser wurde mit Klettfesseln an den Handgelenken und Plastikfesseln um die Oberschenkel und Sprunggelenke fixiert der Bundespolizei übergeben. Als Begründung für diese Maßnahme wurde ein Fluchtversuch des Jugendlichen genannt, als die Polizei ihn, seine Eltern und seine sieben Geschwister abholen wollte. Er soll – wie auch seine Eltern – aktiv Widerstand gegen die Abschiebung geleistet haben.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

Juni 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert eine besondere Art der Entwürdigung eines Abzuschiebenden.

Offenbar aufgrund von Entzugserscheinungen verhielt sich ein Familienvater im Wartebereich des Flughafens aggressiv gegenüber den Behördenvertretenden. Er wurde gefesselt, von seiner Familie getrennt und in einem separaten Raum untergebracht.

Er sollte dann – auch getrennt – mit einem Sprinter zum Flugzeug gefahren werden, während die anderen von Abschiebung Betroffenen diesen Weg mit Bussen zurücklegen konnten.

Der Mann wurde also auf dem Rücken liegend, mit den Füßen voran von mehreren Bundespolizeibeamt:innen durch den Wartebereich getragen, um ihn zum Sprinter zu bringen. Seine Familie musste diese Demütigung mit ansehen – seine Frau und die Kinder waren entsetzt und aufgelöst.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

1. Juli 20

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Vor der Haustür eines Mehrfamilienhauses reißt ein Deutscher seinen syrischen Nachbarn hinterrücks zu Boden und versucht dann, auf ihn einzuschlagen. Dem circa 20-Jährigen gelingt es, den Angriff abzuwehren und die Polizei zu rufen.

Über einen langen Zeitraum ist er bereits von dem Täter wegen seiner Fluchtgeschichte bedroht und beleidigt worden. Dieser hatte ihm auch das Verbot ausgesprochen, sich bei einer gemeinsam genutzten Sitzecke der Wohnanlage aufzuhalten.

OPP

1. Juli 20

Dresden – Ortsteil Prohlis – Bundesland Sachsen. Zwei Geflüchtete aus dem Irak im Alter von 21 und 22 Jahren gehen gegen 10.30 Uhr die Prohliser Allee entlang, als ihnen auf Höhe der Elsterwerder Straße ein Mann mit einem braunen Hund entgegenkommt. Unvermittelt greift der Aggressor die Beiden mit Pfefferspray an und schlägt den 22-jährigen Iraker. Die beiden Attackierten müssen ihre Verletzungen medizinisch versorgen lassen.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzungen und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 31.7.20; DNN 31.7.20;
LT DS Sachsen 7/4196;
BT DS 19/24108*

1. Juli 20

Chemnitz – Ortsteil Sonnenberg – Bundesland Sachsen. Ein 10 Jahre alter Junge, geflüchtet aus Afghanistan, spielt gegen 15.15 Uhr im Innenhof eines Gebäudes zwischen Jakobstraße und Tschaikowskistraße in der Nähe des Kinder- und Jugendzirkus "Birikino". Plötzlich schießt eine Person mit einer Druckluftwaffe auf das Kind. Das Projektil – eine Plastikkugel – trifft den 10-Jährigen am Oberschenkel, wodurch eine blutende Wunde entsteht. Diese kann vor Ort durch Rettungskräfte ambulant behandelt werden.

Der Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung, weil die Polizei ein rassistisches Motiv nicht ausschließt. Die Suche nach dem Täter und die Befragung von Zeug:innen beginnen.

*Polizei Chemnitz 3.7.20;
Spiegel 3.7.20; TS 3.7.20;
CMP 4.7.20; FP 4.7.20; SZ 4.7.20;
LT DS Sachsen 7/4196;
BT DS 19/24108*

2. Juli 20

JVA Dresden im Bundesland Sachsen. Ein 39 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

2. Juli 20

Nürnberg im Bundesland Bayern. In der Nacht kommt die Polizei in eine Unterkunft für Geflüchtete um Familie D., die Eltern und ihre zwei Kinder abzuholen und nach Berlin zu bringen, von wo sie im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Georgien gebracht werden sollen.

Während des Polizeieinsatzes springt Herr D. vor Verzweiflung aus dem Fenster des zweiten Stockwerks, wodurch die Abschiebung abgebrochen wird. Herr D. wird ins Krankenhaus gebracht und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 37-Jährige muss aufgrund vielfacher Knochenbrüche bei der Beine und eines Arms mehrfach operiert werden. Später teilt Herr D. im Krankenhaus mit: "Ich kann nicht zusehen, wie mein Sohn in Georgien stirbt." Der 9-jährige Sohn der Familie leidet an Mukoviszidose. Eine Spezialklinik und der Verein Mukoviszidose e.V. bestätigen in einem Schreiben, dass es in Georgien wenig Behandlungsmöglichkeiten der Krankheit gibt und die medikamentöse Versorgung sehr kostspielig sei.

Auch die 12-jährige Tochter der Familie D. ist behandlungsbedürftig. Sie leidet unter einer Hörschädigung und benötigt eine Operation. In Georgien würde ihr Gehörlosigkeit drohen, wenn die Familie die kostenpflichtige Operation nicht finanzieren könnte.

Familie D. verkaufte in Georgien alles was sie besaß, seit März 2018 leben sie in Deutschland. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Asylanträge jedoch abgelehnt mit der Einschätzung, die Krankheiten könnten in Georgien behandelt werden. Aufgrund der Stoffwechselkrankheit Mukoviszidose gehört der Junge zu den Risikogruppen für eine Covid-Erkrankung.

Eine Petition im Bayerischen Landtag, die von einer ehemaligen Schulsozialarbeiterin der Tochter eingereicht wurde, war im Juni 2020 abgelehnt worden.

Nach dem Abschiebeversuch flüchtet Familie D. aus Deutschland in ein anderes EU-Land weiter.

*FRat Bayern 28.7.20;
FRat Bayern 11.2.21*

3. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppel-

stieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

4. Juli 20

In der bayrischen Landeshauptstadt München wird in der Eduard-Schmid-Straße ein 32-jähriger Mann angegriffen. Der aus Eritrea geflüchtete Mann befindet sich gegen 18.50 Uhr in der Nähe der Reichenbachbrücke, als ihm ein ca. 30-40 Jahre alter Mann in weiblicher Begleitung entgegentritt. Der Unbekannte spricht den Geflüchteten auf seine dunkle Hautfarbe an und schlägt ihm anschließend mit der Faust ins Gesicht. Dann flüchtet er mit seiner Begleitung. Der Eritreer erleidet erhebliche Gesichtsverletzungen und muss zur Behandlung durch einen Rettungsdienst in ein Krankenhaus gebracht werden.

Die polizeilichen Ermittlungen auf Verdacht wegen Körperverletzung führen zunächst zu keinem Ergebnis. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft wird eingestellt.

*Polizei Bayern 23.7.20; AZ Münchner 24.7.20;
LT DS Bayern 18/14939; BT DS 19/24108*

6. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU, UPW) Flughafenstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

7. Juli 20

Eisenhüttenstadt im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree. Ein aus Syrien geflüchteter Jugendlicher sitzt mit zwei Bekannten am Oder-Spree-Kanal auf einer Bank. Die drei rauchen gemeinsam eine Shisha und telefonieren mit einem weiteren Bekannten aus Wien, als ein deutsches Paar mit drei Hundenvorbeikommt. Der Mann beginnt den jungen Syrer rassistisch zu beleidigen und fordert ihn auf, in sein Heimatland zurückzugehen. Der Angesprochene versucht die Lage zu deeskalieren, worauf der Provokateur ihn am Unterarm packt, sein Smartphone entwendet und es in den Kanal wirft. Dabei wird er leicht verletzt.

Dann verständigt er mit dem Telefon seines Freundes die Polizei, die nach dem Eintreffen vor Ort die Personalien der Beteiligten aufnimmt. Der diensthabende Polizist behauptet wahrheitswidrig, der Jugendliche habe das Smartphone selbst in den Kanal geworfen. Gegen den Täter wird Anzeige wegen Beleidigung aufgenommen.

*OPP; BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/2418*

8. Juli 20

Dresden im Bundesland Sachsen. Im Rahmen einer Sammelabschiebung wird ein 28 Jahre alter Flüchtling über den Flughafen Halle/Leipzig nach Georgien abgeschoben und damit von seiner 32-jährigen Frau und Mutter ihrer Kinder, die zwei, fünf und sieben Jahre alt sind, getrennt.

*LT DS Sachsen 7/3179;
FRat Sachsen 8.9.20*

8. Juli 20

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im Bundesland Sachsen. Im Rahmen einer Sammelabschiebung wird ein 30 Jahre alter Flüchtling über den Flughafen Halle/Leipzig nach Georgien abgeschoben und damit von seiner 30-jährigen Frau und Mutter ihrer Kinder, die zwei, zehn und dreizehn Jahre alt sind, getrennt.

*LT DS Sachsen 7/3179;
FRat Sachsen 8.9.20*

10. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

11. Juli 20

Lebach im saarländischen Landkreis Saarlouis. Gegen 22.50 Uhr werden in der Dillinger Straße in Höhe einer Bäckerei zwei iranische Geflüchtete, die auf dem Weg zurück in das AnKER-Zentrum Lebach sind, aus einem entgegenkommenden, langsam fahrenden, weißen BMW von dem Beifahrer viermal beschossen. Es stellt sich heraus, dass es sich um Geschosse handelt, die aus einer entsprechenden Softair-Pistole abgefeuert wurden. Die 32 Jahre alte Frau wird durch ein Geschoss an der Stirn verletzt – ihr 35 Jahre alter Begleiter kommt mit dem Schrecken davon. Nach Abgabe der Schüsse beschleunigt der Pkw und entschwindet in Richtung Kreisverkehr Saarbrücker Straße davon.

Da eine politische Motivation des Angriffs nicht ausgeschlossen werden kann, übernimmt der Staatsschutz die weiteren Ermittlungen.

*Polizei Lebach 12.7.20;
SaZ 12.7.20;
blauricht.report Saarland 12.7.20;
Saarlandwelle 13.7.20*

13. Juli 20

Börßum – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei Flüchtlingskinder gegen 17.45 Uhr von einer Nachbarin unter rassistischen Beleidigungen schwer angegriffen. Einem 10-jährigen Jungen zerreißt sie das T-Shirt und würgt ihn und einem 9-jährigen schlägt sie mit der flachen Hand ins Gesicht und wirft sein Handy auf den Boden, wodurch es kaputt geht.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

14. Juli 20

Bad Gottleuba-Berggießhübel im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Seit einem Tag findet an der deutsch-tschechischen Grenze auf dem Parkplatz "Am Heidenholz" der Bundesautobahn A 17 eine für drei Tage geplante Kontrollmaßnahme des Schwerlastverkehrs statt. Beteiligt sind neben dem Hauptzollamt Dresden auch die Bundespolizei und das Technische Hilfswerk.

Gegen 20.25 Uhr werden in einem aus der Türkei kommenden und mit Melonen beladenen Kühllaster 31 Personen entdeckt, die auf den Kisten im vorderen Bereich des Aufliegers liegen – über sich einen knappen Meter Luft. Es handelt sich um Männer im Alter von 18 bis 47 Jahren, von denen 24 die türkische, drei die syrische, drei die iranische und einer die irakische Staatsangehörigkeit besitzen. Sie sind wahrscheinlich in Ungarn in den Laster gestiegen, alle völlig durchgefroren und fünf von ihnen durch den ungesicherten Transport verletzt.

Der 57 Jahre alte türkische Fahrer wird wegen des Verdachts der Einschleusung von Ausländer:innen vor Ort festgenommen. Am nächsten Tag stellt die Staatsanwaltschaft Dresden einen Antrag auf Erlass eines Haftbefehls.

*BPol Berggießhübel u. StA Dresden 15.7.20;
mdr 15.7.20; Spiegel 15.7.20;
Hauptzollamt Dresden 16.7.20;
BT DS 19/27084*

14. Juli 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Eine geflüchtete Person wird von einem 52-jährigen Mann attackiert, indem dieser versucht, sie mit der Faust und einer Schlüsselkette zu schlagen.

Der Täter wird später zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt.

*BT DS 19/26641;
LT DS SaAnh 8/76*

15. Juli 20

Berlin. Mitten in der Nacht werden Familien mit meist kleinen Kindern aus dem Schlaf gerissen, um sie noch am selben Tag per Sammel-Charterflug in die Republik Moldau (Moldawien) abzuschicken.

Es sind vor allem Angehörige der Roma-Minderheit aus Moldawien. Diese erleidet dort massive Diskriminierung und Ausgrenzung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Über die Hälfte der Roma hat keinen Zugang zur staatlichen Krankenversicherung. Massive Probleme bestehen deshalb beim Zugang zu medizinischer Versorgung, Wohnungen und Schulbildung.

Unter den rund 200 abgeschobenen Menschen befindet sich eine krebskranke Frau, bei der die Chemotherapie noch nicht abgeschlossen ist. Deutlich sichtbar hat sie auch einen künstlichen Darmausgang, an dem ein Stoma-Beutel hängt. Es stellt sich die Frage, wie sie in Moldawien überhaupt weiterbehandelt werden kann. Es ist recht unwahrscheinlich, dass sie den mehrmals täglich zu wechselnden Einmalartikel Stoma-Beutel bekommt und bezahlen kann. Zudem landet sie als Hoch-Risikopatientin per Flugzeug in einem vom Robert Koch Institut definierten Corona-Risikoland.

Der Flüchtlingsrat Berlin kritisiert auch den behördlichen Wortbruch den Flüchtlingen gegenüber, die einer "freiwilligen" Rückkehr zugestimmt hatten. Auch sie werden überfallartig aus ihren Unterkünften abgeholt – ohne die Zeit zu bekommen, sich auf die Rückreise vorzubereiten.

*FRat Berlin 30.7.20;
RomaTrial 19.8.20*

15. Juli 20

Oschersleben – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es gegen 10.00 Uhr zu einem tätlichen Angriff durch vier Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren auf eine Gruppe minderjähriger Flüchtlinge aus Albanien und Afghanistan. Die 15- bis 16-Jährigen werden dabei verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
BT DS 19/26641*

15. Juli 20

Gera im Bundesland Thüringen. Eine schwangere geflüchtete Frau wird am Vormittag beleidigt und tätlich angegriffen. An einer Straßenbahnhaltestelle zeigt der Täter der Betroffenen einen Hitlergruß, zieht sein T-Shirt hoch, um seine Tattoos zu entblößen und beleidigt sie anti-muslimisch und rassistisch. In der Straßenbahn kommt es dann zum tätlichen Übergriff, in dem der Täter versucht die Frau zu schlagen und beim Aussteigen aus der Straßenbahn schubst. Von den mitfahrenden Personen greift niemand ein.

*ezra;
BT DS 19/24108*

16. Juli 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere

Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

17. Juli 20

Kiel – Schleswig-Holstein. Gegen 16.20 Uhr kommt in der Straße An den Birken aufgrund rassistischer Beleidigungen gegen eine Dreier-Gruppe, in der sich ein 25-jähriger Flüchtling aus dem Irak befindet und einer Gruppe Provokateuren, zu einer gegenseitigen Auseinandersetzung.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

17. Juli 20

Berlin. In Gewahrsamsräumen der Bundespolizei am Flughafen Tegel fügt sich eine gefangene Person aus Pakistan am Hals Verletzungen zu. Dies geschieht während der Abschiebung am Flughafen.

BT DS 19/27084

17. Juli 20

Halle an der Saale – Bundesland Sachsen-Anhalt. Zwei syrische Flüchtlinge – Vater und Sohn – sitzen in einem haltenden Pkw am Passendorfer Damm vor einer Gartenanlage, als ein Passant sie deswegen beschimpft und rassistisch beleidigt. Der 17-jährige Syrer steigt aus und fragt nach dem Grund der Anpöbele, woraufhin ihm von dem Mann zweimal ins Gesicht geschlagen wird. Dann verlässt der Täter den Tatort.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Beleidigung und Körperverletzung auf.

*Polizei Halle 18.7.20;
DubistHalle 18.7.20;
BT DS 19/24108;
BT DS 19/26641*

17. Juli 20

Altenburg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

17. Juli 20

Bad Frankenhausen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/2410

18. Juli 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

18. Juli 20

Esens im niedersächsischen Landkreis Wittmund. Gegen 23.00 Uhr wird die Polizei in die Molkereistraße gerufen, weil dort der 30 Jahre alte Hakim S., Flüchtling aus Somalia, niedergeschossen wurde. Der 28-jährige Täter hatte aus circa 20 Metern Entfernung mit einem manipulierten leistungsgesteigerten

Luftgewehr mehrmals auf den Afrikaner geschossen. Dieser kommt lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus und kann nur mit einer Not-Operation gerettet werden.

Dem mehrfachen Familienvater muß ein Teil seiner Lunge entfernt werden – und besonders schwer beeinträchtigen ihn die psychischen Folgen des Angriffs.

Der Tat war eine verbale Auseinandersetzung vor dem Wohnhaus des späteren Täters vorangegangen. Der Mann war dann ins Haus gegangen und hatte seine Waffe geholt. Er wird zwei Tage später festgenommen und kommt in Untersuchungshaft.

Im Januar 2021 muß er sich vor dem Landgericht Aurich zum Vorwurf des versuchten Mordes, gefährlichen Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz verantworten.

Bei dem Prozeß stellt sich heraus, dass dies nicht die Tat eines Einzelnen, sondern in ein rassistisches Umfeld eingebunden war. So versteckten Bekannte des Täters die Waffe nach der Tat und versenkten sie anschließend im Kanal. Die Aussagebereitschaft aus diesem Personenkreis war zudem sehr gering und wenn Aussagen gemacht wurden, dann wurden sie so verfälscht, dass der Täter dadurch entlastet werden sollte. Auch die Hinteründe der Tat und die Weltanschauung des Täters werden vor Gericht eingehend beleuchtet. So spricht der vorsitzende Richter bei der Beschreibung der Chat-Nachrichten vom Handy des Täters von "kleinen Hassreden". Es wird auch festgestellt, dass der Angeklagte in mindestens einer Chat-Gruppe mit nationalsozialistischen Texten und Bildern von Adolf Hitler, Wehrmachtssoldaten und Hakenkreuzen beteiligt war. Der Richter weiter, seine rassistische und rechts-extreme Gesinnung sei tief verwurzelt und die Inhalte auf seinem Mobiltelefon seien eine "Blaupause für die Tat".

Er wird wegen versuchten Mordes aus rassistischen Motiven zu neun Jahren und sechs Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

Hakim S. allerdings, wird seine Angst um sich und seine Familie nicht los und erwägt einen Umzug in einen anderen Ort.

Im April ist dieses Verbrechen noch nicht in der niedersächsischen PMK-rechts Statistik des LKA registriert.

*Polizei Aurich 20.7.20;
Polizei Aurich 22.7.20; taz 4.1.21;
Mobiles Beratungsteam NieSa 24.3.21;
VBRG 16.4.21*

20. Juli 20

Müncheberg im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Ein aus Marokko geflüchteter Mann unterhält sich vor einem Getränkemarkt mit einem deutschen Freund. Ein Richter kommt auf die beiden zu und beleidigt den 26-jährigen Geflüchteten rassistisch. Dieser versucht sich der Situation zu entziehen, doch der Aggressor verfolgt ihn, äußert weitere Beleidigungen und schlägt ihm mit einer Bierflasche auf den Kopf. Der Betroffene erleidet eine blutende Kopfverletzung und eine Verstauchung des Fußes.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*OPP;
LT DS Brbg 7/2739;
LT DS Brbg 7/3555*

20. Juli 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung attackiert ein 43 Jahre alter Deutscher einen syrischen Flüchtling mit Faustschlägen, weil dieser am Telefon nicht deutsch spricht.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf. Der Täter wird später zu einer Geldstrafe verurteilt.

*LT DS SaAnh 7/7273;
BT DS 19/26641*

20. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öru) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

21. Juli 20

Dresden – Ortsteil Albertstadt – Bundesland Sachsen. Eine Frau beleidigt und beschimpft eine 35-jährige Geflüchtete aus Indien rassistisch. Dies geschieht gegen 20.15 Uhr an der Straßenbahn-Haltestelle Staufenbergallee auf der Königsbrücker Straße. Als daraufhin die Betroffene ihr Handy aus der Tasche holen will, schlägt die Provokateurin auf sie ein und versucht, ihr das Telefon zu entreißen. Bevor die Täterin die Haltestelle verlässt, geht sie auf einen Mann mit Rollator zu, nimmt ihm die Brille vom Gesicht und wirft diese auf die Straße.

Die Polizei kann noch in derselben Nacht eine 37-jährige Russin als Tatverdächtige festsetzen. Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit den Ermittlungen.

*Polizei Dresden 22.7.20 + 24.7.20;
Neustadt-Geflüster 22.7.20;
BT DS 19/24108*

21. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

23. Juli 20

JVA-Moabit in Berlin. Nachdem Gefangene deutlich Brandgeruch wahrnehmen, meldet das einer von ihnen um 23.05 Uhr über die Haftraum-Kommunikationsanlage, andere rufen und schreien durch die Zellenfenster in den Gefängnishof hinunter, wo sich Bewachungspersonal aufhält. Sie hören mindestens fünf Minuten lang dumpfes Wummern gegen eine Zellentür und verzweifelte Hilferufe. Als zwei Bedienstete an der Tür der Zelle B 418 erscheinen, beraten sie nach Aussagen der Mitgefangenen circa fünf Minuten lang über ein eventuelles Eingreifen – tun dies aber nicht. Erst als Rettungskräfte der Feuerwehr gegen 23.25 Uhr erscheinen und die Zelle öffnen, wird der Gefangene herausgeholt. Er ist ohne Bewusstsein und Reanimationsmaßnahmen werden gegen 0.28 Uhr für beendet erklärt. Der 38 Jahre alte Ferhat Mayouf ist tot.

Ferhat Mayouf – Flüchtling aus Algerien – befand sich seit dem 1. Juli in Untersuchungshaft, weil er verdächtigt wurde, sich an einem Diebstahl in Neukölln, zusammen mit drei anderen Männern, beteiligt zu haben. Schon bei der Festnahme war er von Polizeibeamt:innen so sehr geschlagen worden, dass er Rippenbrüche erlitt. Er bat danach um medizinische Hilfe und – aufgrund seiner schweren Depressionen – auch um psychologische Hilfe, so eine Aktennotiz.

Am 20. Juli, nur drei Tage vor seinem Tod, wiederholte er bei einem Haftprüfungstermin verzweifelt die Bitte um Hilfe. Er bat vehement um eine Einweisung in ein Krankenhaus und zeigte Schnittwunden am Bauch, die er sich selbst zugefügt hatte.

Die verantwortliche Richterin nahm dieses Verlangen nicht nur ins Protokoll auf, sondern auch in das sogenannte Haftblatt, das mit dem Gefangenen zurück in die JVA gebracht wird. Zudem wies sie die begleitenden Justizwachmeister:innen mündlich an, sein Begehren in der JVA bekannt zu geben. Maßnahmen wurden hiernach jedoch nicht ergriffen.

Nach Bekanntwerden und Skandalisierung des Verbrennungstodes des Flüchtlings im Beisein von Wachleuten der JVA äußert sich die Senatsverwaltung für Justiz in folgender Weise: Der Gefangene habe das Feuer selbst gelegt und dann nicht um Hilfe gerufen, nicht gegen die Tür geklopft und auch nicht das Notsignal bedient. Er hätte den Türbereich verbarrikiert, was darauf schließen ließe, dass er nicht gerettet werden wollte – man gehe von einem Suizid aus.

Allerdings gibt die JVA-Leitung gegenüber Mayoufs Rechtsanwalt Benjamin Düsberg zu, dass die gerichtlichen Anweisungen und Informationen über den Hilferuf von Ferhat Mayouf beim Haftprüfungstermin bei der JVA untergegangen seien.

Das viel zu späte Öffnen der Zellentür rechtfertigt die Justizverwaltung mit der Äußerung, dass ein vorheriges Öffnen der Zellentür durch Justizbedienstete gefahrlos nicht möglich gewesen sei.

Der aus London angereiste Bruder von Ferhat Mayouf, Dahmane M., erfährt bei seinen Erkundigungen, dass Justizbeamte seinen Bruder und ihre Mutter, beleidigt hatten. Als der Gefangene sich verbal dagegen wehrte, wurde er zusammengeschlagen und anschließend für zwei Tage im sogenannten Bunker isoliert.

Wenige Wochen später erhält Dahmane M. den Einstellungsbescheid der Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft. Der Tod seines Bruders sei durch eigenes Verschulden verursacht, fahrlässige Tötung scheidet aus.

Ferhat Mayouf, der im Jahre 2015 oder 2016 nach Deutschland kam und in Düsseldorf einen Asylantrag gestellt hatte, war es nie gelungen, einen Aufenthaltsstatus zu erhalten.

Im Herbst 2022 entschließt sich Dahmane M., eine Strafanzeige "wegen der rechtswidrigen und schuldhaften Begehung eines Tötungsdelikts" gegen die Schließer zu stellen, die in der Nacht des Brandes vor der Tür standen und nichts taten.

Die Widersprüche zwischen offiziellen Aussagen und den Berichten von Zeug:innen sind offensichtlich. Die Aussage, dass die Zellentür nicht geöffnet werden konnte, weil sie durch das Feuer zu heiß gewesen sei, widerlegt allein der Obduktionsbericht von Ferhat Mayouf. Todesursache war eine Kohlenmonoxid-Vergiftung und der Leichnam wies keinerlei äußerliche Verbrennungsspuren auf.

Es hat sich in der Zelle offensichtlich nicht um ein lodernes, heißes Feuer gehandelt, sondern um einen Schwelbrand. Ein Schwelbrand ist eine unvollständige Verbrennung bei niedriger Verbrennungstemperatur und ungenügender Sauerstoffzufuhr.

So kann auch die Tür nicht "zu heiß" oder "verbogen" gewesen sein und wurde dann auch von der später eintreffenden Feuerwehr schnell geöffnet.

Da Zellentüren generell nach außen zu öffnen sind, wäre auch eine Verbarrikadierung für das Bewachungspersonal kein Hindernis gewesen, den ohnmächtigen Gefangenen herauszuholen. Wenn sie es unverzüglich nach ihrem Eintreffen getan hätten, hätte er mit hoher Wahrscheinlichkeit überlebt.

taz 5.8.20;
The Lower Class Magazin 28.8.20;
CAF - Interview Dreyeckland 12.10.20;
RAV – Infobrief 120 - 2020;
Benjamin Düsberg – Rechtsanwalt;
CAF 14.11.22

23. Juli 20

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Am Cottbuser Hauptbahnhof wird ein aus Guinea geflüchteter Jugendlicher von einem 26-Jährigen rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

OPP (Polizei);
BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/2194;
LT DS Brbg 7/2418

23. Juli 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In der Aufnahmeeinrichtung SFZ CoWerk unternimmt ein 45 Jahre alter Bewohner aus Ghana einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

23. Juli 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Tessenowweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

23. Juli 20

Gnarrenburg im niedersächsischen Landkreis Rotenburg (Wümme). Gegen 2.30 Uhr entdeckt einer der Bewohner des Wohn- und Geschäftshauses in der Hindenburgstraße einen Brand in dem im Erdgeschoss liegenden Restaurant "Hexenkeller". Als die Feuerwehr eintrifft, sind die drei Bewohner:innen der drüberliegenden Wohnung unverletzt im Freien – das Inventar der Gaststätte brennt inzwischen lichterloh. Es stellt sich heraus, dass das Feuer nach einem Einbruch gelegt wurde.

Aufgrund eines seitenverkehrten Hakenkreuzes, das an der Hauswand entdeckt wird, schaltet sich der Staatsschutz ein, um eine rechtsradikale Motivation der Brandstifter:innen zu ermitteln. Der Verdacht einer politisch motivierten Brandstiftung wird auch im Hinblick auf andere Brandstiftungen von Restaurants in Ganderkesee und Syke verstärkt, bei denen ebenfalls Hakenkreuze hinterlassen wurden und diese Lokale alle von Migrant:innen geführt werden.

Das Restaurant wird seit Dezember 2019 von vier Personen geführt, die vor fünf Jahren aus Syrien geflohen waren. Als sie im Januar 2020 begannen, arabische Speisen anzubieten, bekamen sie Bedrohungen und schlechte Bewertungen im Internet.

Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung sind bei diesem Anschlag in Gnarrenburg einer oder mehrere Geflüchtete betroffen, aber nicht verletzt.

Rotenburger KrZ 24.7.20;
Ems-Zeitung 27.7.20;
taz 29.7.20; *PAZ* 19.10.20; *ak* 20.10.20;
Rotenburger KrZ 5.11.20;
LT DS NieSa 18/8983; *BT DS*19/26641

24. Juli 20

Im bayrischen Deggendorf im gleichnamigen Landkreis kommt es zu einem Überfall auf einen Geflüchteten. Der 31-jährige Mann aus Eritrea ist gegen 17.30 Uhr auf dem Heimweg von einer Fahrschule. Auf der Straße wird er von zwei Männern massiv rassistisch beleidigt und anschließend zu Boden gestoßen und gewürgt. Einer der Angreifer bedroht ihn mit einem Messer und entwendet ihm das Handy aus der Hosentasche – dann fliehen die beiden Täter.

Als die beiden Angreifer allerdings am nächsten Tag zurückkehren, um eine Halskette zu suchen, die einer von ihnen

bei dem Raub verloren hatte, werden sie von einem Zeugen beobachtet, der die Polizei benachrichtigt. Dabei stellt sich heraus, dass es sich bei ihnen um einen 32-jährigen Deutschen und einen 31-jährigen Slowaken handelt.

Als bei der Wohnungsdurchsuchung bei dem Deutschen das geraubte Handy und auch Betäubungsmittel gefunden werden, kommt dieser in Untersuchungshaft.

*Polizei Bayern 10.8.20;
PNP 11.8.20;
LT DS Bayern 18/14939;
BT DS 19/24108*

26. Juli 20

Landeshauptstadt Hannover – Niedersachsen. In der JVA Hannover versucht sich ein 19 Jahre alter Mann aus Somalia mit Stoffstreifen einer Decke zu strangulieren und durch Einatmen von Schaumstoff aus der Matratze zu ersticken. Nach medizinischer Versorgung in einem öffentlichen Krankenhaus wird er in die JVA zurückverlegt.

LT DS NieSa 18/8966

28. Juli 20

Salzwedel im Altmarkkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Ein 43 Jahre alter und ein 16-jähriger Flüchtling, beide aus Syrien, befinden sich in der Ernst-Thälman-Straße auf Höhe der dortigen Aral-Tankstelle auf dem Fußweg, als ihnen gegen 11.30 Uhr ein Radfahrer entgegen kommt. Dieser beschimpft die beiden mit rassistischen Beleidigungen und fährt den älteren Syrer mit dem Fahrrad an, dann schlägt er dem Jugendlichen ins Gesicht. Beide werden dadurch verletzt.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung auf.

*Polizei Salzwedel 29.7.20;
LT DS Sa.Anh 7/7090;
BT DS 19/26641*

29. Juli 20

Haldensleben – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann gegen 8.00 Uhr an einer Kindertagesstätte eine 30 Jahre alte Geflüchtete aus Eritrea an und verletzt diese.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*LT DS Sa.Anh 7/7270;
BT DS 19/26641*

30. Juli 20

Berlin. Sammelabschiebung von abgelehnten Flüchtlingen nach Moldawien. Mitten in der Nacht werden die Familien aus ihren Unterkünften geholt und mit einer Charter-Maschine ausgeflogen.

Während die Mutter von zwei Kindern (ein und drei Jahre) im Krankenhaus liegt, wird ihr Mann mit den Kindern abgeschoben.

Eine zweite Familie wird getrennt, weil die Frau mit den Kindern zum Zeitpunkt der Abschiebung nicht im Lager ist und der Mann dann alleine mitgenommen wird.

RomaTrial 19.8.20

30. Juli 20

Landeshauptstadt Hannover – Niedersachsen. Im Warteraum der Polizeistation Raschplatz versucht sich ein 30 Jahre alter Mann aus Marokko zu strangulieren.

LT DS NieSa 18/8966

31. Juli 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

Juli 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 63 Jahre alter Flüchtling aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

Juli 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 63 Jahre alter Flüchtling aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

Juli 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch, indem er aus dem Fenster springt.

LT DS Hessen 20/5122

Juli 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Juli 20

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Durlacher Allee) unternimmt eine 25 Jahre alte Frau aus Eritrea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Freudenstadt in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 43 Jahre alter Mann aus Syrien unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 24 Jahre alter Mann aus dem Iran begeht Suizid.

LT DS BaWü 16/9998

Juli 20

Landkreis Roth im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Greding unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juli 20

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Deggendorf unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Juli 20

Würzburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Somalia einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/14429

1. August 20

JVA Leipzig im Bundesland Sachsen. Ein 20 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/5133

1. August 20

Erfurt im Bundesland Thüringen. Im Süden der Stadt werden gegen 3.00 Uhr drei Männer aus Guinea von zehn bis zwölf Neonazis erst verbal und dann tätlich angegriffen. Ein 21-jähriger Betroffener wird mit schwersten Kopfverletzungen, zwei 18-Jährige mit leichten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Der Gesundheitszustand des Schwerverletzten ist auch in den nächsten Tagen noch kritisch.

Der Tatort des Übergriffs liegt unmittelbar an einem bekannten Objekt der rechten Szene im Erfurter Süden. Das Gebäude ist in Besitz der Nazi-Partei "Der III. Weg".

Ermittlungen werden aufgenommen und zwölf deutsche Verdächtige können innerhalb weniger Minuten festgestellt und in Gewahrsam genommen werden. Es sind zehn Männer und zwei Frauen im Alter von 20 bis 38 Jahren, die dem rechtsradikalen "III. Weg", dem Verein "Neue Stärke Erfurt" und der so genannten Volksgemeinschaft politisch zugeordnet werden.

Als die Staatsanwaltschaft Erfurt entscheidet, dass keine Haftbefehle beantragt und alle Tatverdächtigen nach wenigen Stunden wieder entlassen werden, entsteht öffentliche Kritik und Empörung. Selbst Innenminister Georg Meier (SPD) twittert: "Die Nazi-Schläger von Erfurt laufen alle wieder frei rum für die Opfer und die Menschen am Herrenberg ist das eine Katastrophe".

Die Ermittlungen beziehen sich einerseits auf die Aktivitäten der Neonazis, jedoch geht die Staatsanwaltschaft auch der Anzeige wegen Körperverletzung eines Nazis nach, in der einer der Guineer beschuldigt wird, ihn angegriffen zu haben. Dieses soll unmittelbar vor dem Angriff auf die Afrikaner geschehen sein.

*Polizei Erfurt 1.8.20;
t-online 1.8.20;
jW 3.8.20; jW 4.8.20;
TLZ 4.8.20; Welt 5.8.20;
BT DS 19/24108*

2. August 20

Bad Oldesloe – Schleswig-Holstein. In der Straße mit Namen Teichkoppel wird gegen 19.00 Uhr ein 43 Jahre alter Flüchtling aus dem Iran von zwei Männern niedergeschlagen und ausgeraubt. Die Täter suchen dann mit 130 Euro Beute das Weite.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung und schwerem Raub auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

4. August 20

Eutin – Schleswig-Holstein. Gegen 21.30 Uhr wird ein 22 Jahre alter syrischer Flüchtling im Meinsdorfer Weg von einem 23-jährigen Deutschen so stark angegriffen, dass das T-Shirt zerreißt.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

5. August 20

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Zwei aus Syrien geflüchtete Jugendliche, 14 und 19 Jahre alt, fahren mit dem Fahrrad gegen 17.15 Uhr durch die Franz-Mehring-Straße in Cottbus-Sandow. Im Vorbeifahren werden sie von einer 21-jährigen Deutschen mit arabischen Schimpfwörtern rassistisch beleidigt, sie ist in Begleitung eines 45-jährigen Deutschen. Als die beiden Jugendlichen anhalten und die Frau auf die Beleidigungen ansprechen, werden sie durch die beiden Erwachsenen auf Deutsch weiter beleidigt. Dann schlägt die Frau mit starker Wucht einem der Jugendlichen mit der Faust ins Gesicht und trifft ihn am linken Auge. Die Verletzungen müssen später im Krankenhaus behandelt werden.

Beide Jugendliche verständigen die Polizei. Diese nimmt Personalien auf und erstattet Strafanzeige wegen Beleidigung und Körperverletzung.

*OPP; Polizei Brandenburg 6.8.20;
LT DS Brbg 7/2309;
LT DS Brbg 7/2418*

7. August 20

Güstrow im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Rostock. Nach dem Verlassen einer Spielothek wird ein junger Syrer von zwei Neonazis im Auto verfolgt. Sie holen ihn ein, bremsen den Wagen und greifen ihn auf offener Straße an. Sie schlagen ihm mit Fäusten ins Gesicht und als er zu Boden geht, treten sie gegen seinen Oberkörper.

LOBBI (Polizei)

7. August 20

Dresden – Sachsen. In der Prager Straße wird gegen 20.15 Uhr ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus dem Libanon von einem 57-jährigen Deutschen zunächst rassistisch angepöbeln und beschimpft. Dann beginnt der Mann mit einer Bierflasche auf den Libanesen einzuschlagen und verletzt diesen am Kopf und Ellbogen. Der Betroffene lehnt eine medizinische Behandlung ab.

Der Polizei gelingt es, den Angreifer noch am Tatort festzunehmen. Die Beamt:innen erstatten Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den Tatverdächtigen. Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit Ermittlungen.

*Polizei Dresden 9.8.20;
SäZ 9.8.20; Welt 9.8.20;
LT DS Sachsen 7/4041;
LT DS Sachsen 7/4196;
BT DS 19/24108*

10. August 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es gegen 22.20 Uhr zu einem tätlichen Angriff durch einen Mann auf einen männlichen und eine

weibliche Geflüchtete aus Syrien, wobei diese 21- und 22-jährigen Betroffenen verletzt werden.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
BT DS 19/26641*

11. August 20

Bundesland Nordrhein-Westfalen. In Gewahrsamsräumen der Bundespolizei am Flughafen Köln/Bonn fängt sich eine gefangene Person aus Bosnien-Herzegowina Verletzungen mit einem Draht zu.

BT DS 19/27084

12. August 20

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

13. August 20

Landkreis Verden in Niedersachsen. In der Jugendarrestanstalt Verden (JAA) versucht sich ein 18 Jahre alter Mann aus Syrien mit dem Kabel seines Radioweckers zu strangulieren. Der Arrest wird unterbrochen und er kommt in ein öffentliches Krankenhaus.

LT DS NieSa 18/8966

15. August 20

Teublitz in der Oberpfalz, Bundesland Bayern. Herr L. aus dem Irak wird gegen 21.00 Uhr im Garten der Asylunterkunft Teublitz-Koppenlohe attackiert.

Nach einem gemeinsamen Grillen verbleibt der 37-Jährige im Garten der Unterkunft. Ein Unbekannter schleicht sich von hinten an Herrn L. heran und sticht ihn mehrfach in den Rücken. Mit dem Stichwerkzeug, vermutlich einem Messer, fügt er ihm mehrere Wunden zu. Herr L., wird ins Krankenhaus gebracht und dort operiert.

Der Täter entkommt unerkant. Trotz einer relativ klaren Täterbeschreibung durch Herrn L. bleiben die Ermittlungen der Polizei ohne Ergebnisse. Herr L. lebt zu diesem Zeitpunkt seit zwei Jahren in Deutschland.

*br 24 17.8.20;
MbZ 3.9.20*

15. August 20

Trier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

15. August 20

Trier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

16. August 20

Schmalkalden im thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meinungen. Am Nachmittag werden vier Kinder im Alter von

11 bis 13 Jahren in einem Schwimmbad von zwei weiblichen und zwei männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren rassistisch beleidigt und tätlich angegriffen. Zunächst werden die Kinder beschimpft, bevor eines der Kinder an den Haaren festgehalten und ein anderes auf den Oberschenkel und ins Gesicht geschlagen wird. Zudem werfen die Jugendlichen den Rucksack eines der Kinder ins Wasser. Die Täter:innen flüchten anschließend Richtung Schmiedegasse.

Die Polizei ermittelt wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung.

*thüringen24 17.8.20;
Polizei Suhl 17.8.20;
BT DS 19/24108*

17. August 20

Angermünde im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Eine 19 Jahre alte Serbin, Frau F., und ihr 20-jähriger Begleiter, Geflüchteter aus Afghanistan, werden von einem deutschen Paar, das sie mit Fahrrädern, Kinder-Anhänger und einem angeleinten Hund überholt aufs übelste rassistisch beschimpft. Die Provokateur:innen halten an und werden gewalttätig.

Der 31-jährige Deutsche schubst und schlägt den Afghanen, seine 38 Jahre alte Lebensgefährtin geht auf die zierliche Frau F. zu, zieht an ihren Haaren, reißt sie zu Boden, wobei der Kopf auf das Pflaster schlägt, kniet auf ihr und traktiert mit beiden Fäusten ihr Gesicht, bis sie das Bewusstsein verliert.

Diese Szene beobachten die Eltern der Serbin aus dem Wohnungsfenster heraus, der Vater ruft laut und macht sich sofort auf den Weg, um der Tochter zu helfen, die Mutter filmt mit ihrem Handy den Angriff.

Als Herr F. den freilaufenden Hund der Angreifer:innen sieht, nimmt er eine Eisenstange von einer Baustelle und hält ihn damit auf Abstand. Er benutzt die Eisenstange noch einmal gegen die Täterin, die auf seiner Tochter sitzt und auf sie einprügelt.

Als der Lebensgefährte der Gewalttäterin ihm von hinten gegen den Rücken Boxhiebe verpasst, setzt Herr F. erneut die Eisenstange ein, und bricht dem Angreifer damit den Ellenbogen.

Gegen Herrn F. wird später wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Das Verfahren wird allerdings – aufgrund der eindeutigen Notwehr-Situation – eingestellt.

Die Täter:innen werden im Mai 2022 vom Schöffengericht zu Haftstrafen von 27 Monaten für den vorbestraften Mann und 12 Monaten für die Frau verurteilt. Letztere auf drei Jahre Bewährung und die Zahlung von 3000 Euro Schadensersatz.

Begründung: gemeinschaftlich begangene gefährliche Körperverletzung, Volksverhetzung und Beleidigung,

Die Folgen für die 19-jährige Serbin sind verheerend, weil sie nicht nur körperlich sondern vor allem seelisch schwer traumatisiert wird. Sie leidet unter Angstzuständen und Panikattacken. Sie verliert die Ausbildungsstelle, auch eine Arbeitsstelle und muss sich immer wieder therapeutischen Behandlungen unterziehen

*OPP (Polizei);
BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/2418;
rbb 3.5.22;
gegenrede 4.5.22*

17. August 20

Bramsche – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 48 Jahre alter Mann aus Nord-Mazedonien einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

18. August 20

Friedrichshafen im baden-württembergischen Bodenseekreis. Vor einer Gaststätte in der Uferstraße wird gegen 23.30 Uhr ein 27 Jahre alter Flüchtling aus Kamerun von fünf Männern angegriffen. Sie reißen ihn an den Haaren zu Boden und schlagen ihm ins Gesicht. Seinen Rucksack und sein Fahrrad werfen sie in den Bodensee. Zuvor hatte der Angegriffene die Männer mit dem Vorwurf zur Rede gestellt, dass sie sein Fahrrad gestohlen hätten.

Die gerufene Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf und prüft den Diebstahlsvorwurf.

*Polizei Friedrichshafen 18.8.20;
LT DS BaWü 16/9999;
BT DS 19/24108*

19. August 20

Erfurt – Landeshauptstadt von Thüringen. In dieser Nacht werden Eltern mit ihren drei Kindern (8, 10 und 16 Jahre alt), die seit sechs Jahren in Erfurt leben, aus dem Schlaf geholt und in den Kosovo abgeschoben. Damit ist die Familie getrennt.

Nicht mit abgeschoben werden ein 24 Jahre alter Sohn und eine 19-jährige Tochter, die noch in der Ausbildung sind, und eine volljährige kranke Tochter. Diese ist besonders schutzbedürftig und auf die Betreuung des jetzt abgeholt Vaters angewiesen.

Im Kosovo werden die Abgeschobenen als Angehörige der Roma-Minderheit einen schweren Stand haben. Es gibt ohnehin keine öffentliche Krankenversicherung und die Corona-Pandemie hat das Land bereits im Juni zum Risiko-Gebiet gemacht.

Sie sind nicht die Einzigen, die in dieser Nacht die Abschiebung erleben müssen. Sowohl in der Stauffenbergallee und Rosengasse – als auch in der Körnerstraße werden Menschen aus Unterkünften und Wohnungen geholt und nach Serbien oder Kosovo ausgeflogen. Es sind 14 Personen insgesamt.

*FRat Thür 19.8.20; Welt 19.8.20;
mdr 19.8.20; TA 20.8.20*

19. August 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftscenter Bargkoppelstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

19. August 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

20. August 20

Nauen im brandenburgischen Landkreis Havelland. In der Nähe des Nauener Bahnhofs werden zwei aus Pakistan geflüchtete Männer, 23 und 34 Jahre alt, von einem 38-jährigen Deutschen rassistisch beschimpft. Dieser ruft unter anderem "Ausländer raus!" und greift die Betroffenen schließlich körperlich an. Einem der Männer, die dort sitzen, schlägt er mit der Faust gegen das Knie, den anderen trifft er im Gesicht und wirft dann eine Bierflasche nach ihm, die seinen Kopf nur knapp verfehlt. Als die beiden versuchen sich der Situation zu entziehen, zieht der Mann eine Schreckschusswaffe, läuft hinter ihnen her und zielt dabei auf sie, während er weitere rassistische Beschimpfungen ruft.

Eine Frau, die die Tat beobachtet, ruft die Polizei. Mit Hilfe der Personenbeschreibung kann bei einer Nahbereichsfahndung ein Tatverdächtiger festgestellt werden, er wird vorläufig festgenommen. Bei dem 38-jährigen deutschen Staatsbürger ohne festen Wohnsitz wird eine Schreckschusswaffe gefunden und sichergestellt. Bei seiner Festnahme und im weiteren Verlauf verhält er sich weiter aggressiv. Der Mann wird schließlich in Polizeigewahrsam gebracht. Eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Verstoß gegen das Waffengesetz, versuchter gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung und Nötigung wird aufgenommen. Der Staatsschutz ermittelt.

*OPP;
Polizei Brandenburg 21.8.20;
MAZ 25.8.20;
LT DS Brbg 7/2418*

20. August 20

Beverstedt im niedersächsischen Landkreis Cuxhaven. In einem Mehrfamilienhaus, das in der Alten Bundesstraße liegt, bemerken Anwohner:innen gegen 23.30 Uhr einen brennenden Gegenstand an einem auf Kipp gestellten Fenster im Erdgeschoss.

Der 30 Jahre alte Bewohner, der in dem betreffenden Zimmer schläft, kann unverletzt ins Freie geholt werden. Nach einer starken Raumentwicklung erlischt das Feuer von alleine – so dass vor allem die Fensterelemente durch die Hitze zerstört worden sind.

In diesem Haus sind neben Deutschen auch Flüchtlinge und Asylbewerber:innen untergebracht. Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Brandstiftung.

*Polizei Cuxhaven 21.8.20;
NORD24 21.8.20; NORD24 26.8.20;
LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

20. August 20

Schmega im Landkreis Lüchow-Dannenberg – Bundesland Niedersachsen. Morgens um 3.00 Uhr verschaffen sich Polizeibeamt:innen gewaltsam Zugang zu der Wohnung einer Roma-Familie, indem sie die Eingangstür der Wohnung eintreten. Sie nehmen den 40-jährigen Herrn R. und seine sieben minderjährigen Kinder gegen seinen Willen mit und schieben alle per Flugzeug nach Serbien ab.

Damit ist die Familie getrennt, denn Frau R. liegt im Altmark-Klinikum Salzwedel und muss sich wegen Komplikationen einer Risikoschwangerschaft stationär behandeln lassen.

Die Ausländerbehörde hatte die 33-Jährige – nachts um 3.00 Uhr – noch vor die Entscheidung gestellt: Abschiebung der Familie ohne sie oder Abbruch der medizinischen Behandlung im Krankenhaus.

Später wird der Landkreis sich mit der verzerrten Ausrede rechtfertigen, indem behauptet wird, Frau R. hätte sich "freiwillig" entschieden.

Inzwischen hat sie dem immensen Druck nachgegeben und sich entschlossen, der Familie am 29. August zu folgen, weil sie – aufgrund ihrer Schwangerschaft – auch dringend auf die Unterstützung von Mann und Kindern angewiesen ist.

Ursprünglich sollte sie für die "freiwillige" Rückreise einen Bus nehmen – allein aufgrund der Intervention von Unterstützer:innen konnte durchgesetzt werden, dass sie ein Flugticket bekam.

Die Familie war vor neun Jahren und acht Monaten nach Deutschland geflüchtet.

*FRat NieSa, ZuFlucht Lüchow und
Migrationsberatung BLEIBEN 27.8.20;
FRat NieSa 287.8.20;
Sulinger KrZ 28.8.20;
FRat NieSa*

21. August 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS19/26641

22. August 20

Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam. Auf einem Spielplatz im Stadtteil Schlaatz werden zwei Jungen von einem Mann mit einem Messer bedroht, der dabei rassistische Beleidigungen ruft. Die Kinder laufen weg und der Mann rennt mit gezogener Klinge hinterher. Als sich die Kinder trennen, verfolgt er nur noch einen Zehnjährigen. Als es diesem gelingt, zu anderen Menschen zu flüchten, wendet sich der Täter ab und verschwindet.

Wenige Wochen später sieht der Junge den Mann wieder. Und dieser beginnt wieder mit rassistischen Beleidigungen und versucht, ihn einzuholen, doch dem Kind gelingt die Flucht mit dem Fahrrad.

Seit diesen Angriffen ist er stark verängstigt und geht nur noch mit seinem Vater auf die Straße. Auch seine Mutter, die ein Kopftuch trägt, wurde von dem Mann schon beleidigt.

OPP

22. August 20

Meißen im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 21 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

22. August 20

Landkreis Zwickau im Bundesland Sachsen. Eine 25 Jahre alte Geflüchtete aus Indien tötet sich selbst.

LT DS Sachsen 7/5133

22. August 20

Wuppertal – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

22. August 20

Speyer – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

23. August 20

Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 24 Jahre alter Flüchtling aus Indien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

23. August 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

23. August 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

23. August 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

23. August 20

Erstaufnahme-Einrichtung Sedanstraße im niedersächsischen Osnabrück. Der 23 Jahre alte afghanische Flüchtling Hadi S. hat einen Gesprächstermin um 8.15 Uhr bei der Lagerleitung.

Er hatte sich vorher beim stellvertretenden Lagerleiter erkundigt, ob es denn ein wichtiger Termin sei, denn er hätte zur gleichen Zeit einen Termin in einer ärztlichen Praxis wahrzunehmen. Es sei ein wichtiger Termin, wurde geantwortet, er solle seine medizinischen Dokumente zu dem Termin mitbringen.

Als Hadi S. etwas verspätet vor Ort erscheint, erwarten ihn der stellvertretende Lagerleiter und ein Sozialarbeiter aus Afghanistan. Sie nehmen ihm seine medizinischen Berichte ab und setzen sich mit ihm in den Empfangsraum, als unvermittelt drei Polizeibeamt:innen in den Raum kommen. Ohne auch nur ein Wort zu sagen, treten und schlagen sie auf Hadi S. ein, zerren seine Arme nach hinten und legen ihm Handschellen an. Sie werfen ihn auf den Boden und tasten ihn ab. "Du wolltest Dich doch umbringen, wo ist eine Waffe?" fragen sie ihn.

Hadi S. gerät in Panik und erlebt einen völligen Kontrollverlust, wirft sich hin und her und versucht, seinen Kopf gegen die Autotür zu schlagen.

Später werden seine Hände vom Rücken auf den Bauch und am Gürtel festgebunden, damit er die Arme nicht hochheben kann. Mit dieser Fixierung wird er bis zur niederländischen Grenze gefahren. Als die deutschen Polizeibeamt:innen mit den holländischen Kolleg:innen sprechen, gelingt es ihm, eine Rasierklinge aus seiner Kleidung zu holen und sich damit am linken Arm zu verletzen. Er hatte vorher oft angekündigt, dass er nicht lebend nach Holland zurück wolle.

Nachdem Sanitäter:innen die stark blutende Wunde versorgt haben, wird die Übernahme des Flüchtlings von niederländischen Grenzbeamt:innen verweigert.

Nicht im Krankenwagen, der schon vor Ort ist, sondern im Polizeiwagen wird der Verletzte zurück nach Osnabrück ins Krankenhaus gebracht – später in die psychiatrische Klinik Ameos nach Bremen.

Danach kommt er in die Flüchtlingsunterkunft Bramsche und kann die Entscheidung über sein Asylverfahren in Deutschland abwarten, weil die Dublin-Frist verstrichen ist. Und das ist ein großes Glück für ihn, denn sein Ziel war es gewesen, mit seiner Mutter und seinen zwei Brüdern zusammen zu sein, die in Göttingen leben.

FRat NieSa 15.7.20;

FRat NieSa

25. August 20

Landkreis Hameln in Niedersachsen. In der Jugendanstalt Hameln (JA) springt ein 19 Jahre alter Mann aus Somalia in ein vorher gelöstes Sicherungsnetz im Treppenhaus. Nach medizinischer Versorgung in einem öffentlichen Krankenhaus

wird er in die JA zurückverlegt, allerdings dann – nach Aufhebung des Haftbefehls – einer Rehabilitationsmaßnahme zugeführt.

LT DS NieSa 18/8966

26. August 20

Mecklenburg-Vorpommern. Es findet eine landesweite Sammelabschiebung von Flüchtlingen in einer Chartermaschine in Richtung Ukraine statt. Schon am Vorabend beginnen die Abholungen aus den Unterkünften von Einzelpersonen und Familien. Diese werden zunächst zu zwei Sammelorten, Stralsund und Neubrandenburg, gebracht und von dort mit Polizeibussen zum Flughafen Halle/Leipzig gefahren.

Gegen 1.00 Uhr wird eine Ukrainerin abgeholt und damit von ihrem deutschen Ehemann getrennt. Sie wird in Handschellen gelegt und im Nachthemd und ohne Unterwäsche abgeführt. "Alle Nachbarn haben mich nackt gesehen, weil das Unterhemd hochgerutscht ist."

Die Frau hat einen Anspruch auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels und der Anwältin gelingt es tatsächlich, eine Eilantragsstellung beim Verwaltungsgericht Greifswald einzureichen, so dass ein Richter um 9.24 Uhr seine Entscheidung, dass die Abschiebung nicht rechtmäßig ist, telefonisch noch übermitteln kann. Sechs Minuten vor dem Abflug kann die Frau das Flugzeug wieder verlassen. Sie hat massive Verletzungen durch Angehörige der Landespolizei erlitten, auch ihre Anwältin beschreibt die polizeilichen Maßnahmen als Folter und rät ihr, Anzeige zu erstatten.

Während der Abholung aus der Gemeinschaftsunterkunft in Stralsund – am Vorabend gegen 22.45 Uhr – fügt sich eine Frau mit Rasierklingen drei lange, parallel und quer verlaufende tiefe Schnitte oberhalb des linken Handgelenks zu. Im Beisein ihres Kindes wird sie in Handschellen gelegt – im Krankenwagen werden die Wunden ohne Betäubung zusammengetackert. Am Flughafen Halle/Leipzig muss sie sich komplett entkleiden und man habe bei ihr jede Körperöffnung untersucht. Dies geschieht auch im Beisein von männlichen Beamten, obwohl sie gebeten hatte, dass diese nicht dabei sind. Später im Flugzeug ist sie mit einem speziellen Gurt fixiert und zudem von ihrem Kind getrennt, weil es ganz hinten alleine sitzt.

In Ribnitz-Damgarten sind vier Personen in Schutzmontur in den Bus gestiegen und einer von ihnen hat gerufen, dass er Tbc habe und positiv auf Corona getestet sei. Deshalb wird er von den anderen drei Personen mit Gewalt niedergedrückt, es entwickelt sich ein Handgemenge, "überall sei Blut gewesen". Der Mann trägt eine Kopfverletzung davon.

Im Nachhinein berichten einige Abgeschobene, dass die Landespolizei deutlich brutaler mit ihnen umging ("besonders grausam"), die Bundespolizei am Flughafen hingegen "wesentlich freundlicher" gewesen sei.

Bemerkenswert ist die offizielle Aussage des Innenministeriums, dass im Vorfeld der Abschiebung keine (!) Testungen auf Corona gemacht wurden, allerdings Fotos von mehreren Ausfertigungen medizinischer Zertifikate, sogenannten Medical Certificate (Covid-19), mit negativen Testergebnissen bzgl. Corona-Infektionen, ausgestellt am heutigen Tag, dem 26.8.2020, dem Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern vorliegen.

Das Innenministerium geht auf diesen Widerspruch nicht ein, beschreibt aber das gesamte Abschiebungsverfahren als "rechtmäßig" und behauptet, dass die vielen Verletzungen bei den abgeholt Menschen von ihnen selbst zugefügt waren.

FRat Mecklenburg-Vorpommern 28.8.20;

Innenministerium MV 15.9.20;

FRat Mecklenburg-Vorpommern 2.10.20;

Pro Asyl 18.12.20

28. August 20

Osnabrück – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 38 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

29. August 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS19/26641

29. August 20

Hansestadt Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Ein jugendlicher Flüchtling unterhält sich in einer Parkanlage mit einem anderen Jugendlichen auf Arabisch. Er wird dann aus einer Gruppe anderer Jugendlicher heraus aufgefordert, deutsch zu sprechen und das Land zu verlassen. Es kommt zu einer verbalen Auseinandersetzung, an deren Ende der junge Araber tätlich angegriffen wird. Am Boden liegend erhält er noch Tritte ins Gesicht.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

29. August 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

29. August 20

Hallstadt – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einem Mann – politisch-motiviert – geschlagen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung auf.

*LT DS Bayern 18/14939;
BT DS 19/22641*

29. August 20

Hallstadt – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/22641

29. August 20

Hallstadt – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/22641

30. August 20

Crotone an der südöstlichen Küste Italiens. In Sichtweite der italienischen Küste ertrinkt der 15 Jahre alte Omar Ali Osman bei einem Bootsunglück im Mittelmeer.

Acht oder neun Tage war das kleine motorisierte Segelschiff von der Türkei mit circa 20 Flüchtlingen bereits unter-

wegs. Schon in der Nähe der Küste gingen die Schlepper nachts von Bord und überließen die Passagiere ihrem Schicksal. Diese setzten einen Notruf ab und gegen morgen erschien ein Boot des italienischen Zolls.

Dieses schleppte das Segelboot ab, es hatte aber zu wenig Leistung und war sehr langsam. Zwei Beamten versuchten dann, den Motor des Segelbootes zu reparieren. In dieser Situation und nahe der Küste fühlten sich die Geflüchteten sicher und gerettet und einige zogen bereits ihre Rettungswesten aus.

Dann gab es einen Brand am Motor und der Löschversuch erzeugte eine starke Explosion, bei der sich einige Passagiere schwere Brandverletzungen zuzogen – die meisten sprangen in Panik ins Wasser. Unter ihnen war auch Omar Ali Osman – er ertrank und seine Leiche wurde eine Woche später ans Ufer gespült. Mit ihm ertranken drei weitere Menschen.

Er war vor dem Terror in Somalia geflohen und wollte zu seinem älteren Bruder, der im brandenburgischen Landkreis Barnim mit einer Ausbildungsduldung lebt.

Eine vermögende und solidarische Somalierin, die in Italien lebt, organisierte die Überführung des Leichnams in den Norden des Landes nach Varese. Sie ersparte den Angehörigen dadurch eine der anonymen Grabstätten, wie sie in der Regel für ertrunkene Geflüchtete entlang der Mittelmeer-Küsten eingerichtet werden.

Die Familie in Mogadischu und der Bruder in Deutschland durften nicht dorthin reisen und konnten nur per "Videokonferenz" an der Beerdigung teilnehmen, um von Omar Ali Osman Abschied zu nehmen.

Barnim für alle!

30. August 20

Suhl im Bundesland Thüringen. An der Haltestelle Oberland der Buslinie nach Suhl-Nord steigen gegen Mitternacht eine circa 20-jährige Frau und zwei 25 Jahre alte Männer ein und beginnen damit, einen Flüchtling aus Guinea rassistisch zu beleidigen. Die sonstigen Fahrgäste verhalten sich dem gegenüber passiv. Bevor die Rassist:innen an der Haltestelle Ringbergstraße aussteigen, schlagen sie dem Guineer mehrfach mit einer Glasflasche gegen den Kopf. Der Busfahrer ruft daraufhin die Polizei, die die Täter:innen kurze Zeit später stellen kann. Der Betroffene erleidet mehrere starke Platzwunden an Kopf und Gesicht und kommt mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Körperverletzung auf.

*ezra;
AGST 31.8.20;
Polizei Suhl 1.9.20;
BT DS 19/24108*

31. August 20

Techentin im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Ein jugendlicher Flüchtling wird von einer Frau rassistisch beleidigt und aufgefordert, das Land zu verlassen. Als er erwidert, dass er das nicht tun werde, greift ihn der Begleiter der Frau an und schlägt ihm mehrfach ins Gesicht.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

31. August 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. In einem Wohngebiet nahe der Unterkunft für Geflüchtete wird ein 13-jähriger Geflüchteter aus der Russischen Föderation von einem 23-jährigen Mann rassistisch beleidigt und körperlich

angegriffen. Die Verletzungen des Jungen müssen medizinisch behandelt werden.

Der Täter muss sich im März 22 vor dem Amtsgericht Prenzlau verantworten.

*OPP (Polizei); BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/2309;
gegenrede 24.3.22*

August 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 58 Jahre alter Flüchtling aus Libyen einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

August 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 25 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

August 20

Landkreis Gifhorn in Niedersachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 22 Jahre alter Mann aus Ägypten einen Suizidversuch, indem er sich Verletzungen mit einer Rasierklinge am Unterarm zufügt.

LT DS NieSa 18/8966

August 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Somalia einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

August 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus Guinea einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

August 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 18 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

August 20

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 36 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

August 20

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 45 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

August 20

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 39 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

August 20

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Deggendorf unternimmt eine Person aus

Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Rosenheim im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Landkreis Weilheim-Schongau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Penzberg unternimmt eine Person aus Eritrea einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Wunsiedel unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Kleinaitingen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

August 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert während einer Abschiebung die Selbstverletzung oder den Suizidversuch einer geflüchteten Person aus Nordrhein-Westfalen.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

August 20

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert eine Familientrennung.

Eine schwangere Frau litt unter starken Unterleibsschmerzen, sodass der Begleitarzt des Sammelcharterflugs entschied, dass die Frau nicht flugfähig sei und in einem Krankenhaus untersucht werden müsse.

Daraufhin beschloss die Ausländerbehörde, den Ehemann mit den drei gemeinsamen Kindern abzuschieben.

Da zur Familie noch eine volljährige Tochter gehört, die ebenfalls schwanger war und zudem an einer psychischen Erkrankung litt, aber nicht abschiebebedroht war, sollte die Mutter bei ihr untergebracht werden.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

1. September 20

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Morgens um 5.30 Uhr verschaffen sich circa 20 Polizeibeamt:innen, eine Ärztin und ein Dolmetscher Zugang zu der Wohnung einer Flüchtlingsfamilie. Sie sind gekommen, um den 80 Jahre alten Ahmet X. abzuschieben.

Die Frau des Mannes verrichtet ihr Morgengebet, was zwei Polizisten dazu verleitet, sich neben sie zu hocken, sie nachzuahmen und sich lustig zu machen.

Ihr Mann – schwer an fortgeschrittener Demenz und hohem Blutdruck, niedriger Sehkraft und Schwindel leidend – darf keine Medikamente, keine Kleidung und auch kein Handy mitnehmen. Wegen der verschiedenen Krankheiten steht er unter medizinischer Kontrolle und hat im Dezember Untersuchungstermine in der Kardiologie und Radiologie.

Trotz vieler medizinischer und neurologischer Atteste und Bescheinigungen wird er nach 27 Jahren Deutschland-Aufenthalt über den Flughafen Berlin-Tegel um 10.55 Uhr in Richtung Türkei ausgeflogen.

Dort verliert sich zunächst seine Spur. Sein Sohn versucht von Deutschland aus, Bekannte zum Flughafen zu bitten, die nach seinem Vater suchen sollen. 25 Personen kommen der Bitte nach, jedoch bleiben sie nach stundenlanger Suche erfolglos.

Später stellt sich heraus, dass Ahmet X., der im Flughafen-Gelände auf einer Bank sitzend, von einem Polizisten angesprochen worden war. Dieser sorgte dann dafür, dass der Abgeschobene mit einem Flugzeug weiter nach Adana fliegen konnte, wo ihn ein Sohn aus erster Ehe in Empfang nahm.

Erst 24 Stunden nach der Abschiebung gelingt es den Angehörigen in Deutschland, den Kontakt zu ihm herzustellen.

Ahmet X. war 1993 mit Frau und vier Kindern nach Deutschland gekommen. Zwei weitere Söhne wurden in Staßfurt geboren. Später kam die Familie in Magdeburg unter. Ahmet X. hatte nach Ablehnung seines Asylersuchens bis zur Abschiebung lediglich immer nur Duldungen erhalten.

twitter 1.9.20;

Pro Asyl 18.12.20; mdr 18.12.20;

FRat Sa-Anh. 28.1.21

1. September 20

Bundesland Sachsen. Im Zuge einer Sammelabschiebung nach Georgien werden insgesamt 30 Personen in ihren Unterkünften abgeholt und über den Flughafen Halle/Leipzig nach Tiflis ausgeflogen. Dabei werden vier Familien getrennt und vier weitere zusammen abgeschoben.

Aus der Kreisstadt Meißen wird ein 40 Jahre alter Mann nach einem zweijährigen Deutschland-Aufenthalt abgeschoben und damit von seiner 45-jährigen Frau und dem zwölf Jahre alten gemeinsamen Kind getrennt.

Aus dem Erzgebirgskreis wird ein 43 Jahre alter Mann nach einem einjährigen Deutschland-Aufenthalt abgeschoben und damit von seiner 41-jährigen Frau und dem elf Jahre alten gemeinsamen Kind getrennt.

Ebenfalls aus dem Erzgebirgskreis wird eine 37 Jahre alte Frau mit ihren sechs und vier Jahre alten Kindern nach einem achtjährigen Deutschland-Aufenthalt abgeschoben und damit von ihrem 39-jährigen Mann und Vater der Kinder getrennt.

Aus dem Landkreis Zwickau wird eine 34 Jahre alte Frau mit ihren ein und fünf Jahre alten Kindern nach einem zweijährigen Deutschland-Aufenthalt abgeschoben und damit von dem 31-jährigen Vater der Kinder getrennt.

FRat Sachsen 2.9.20;

FRat Sachsen 8.9.20;

LT DS Sachsen 7/3774;

LT DS Sachsen 7/4199

1. September 20

Bundesland Sachsen. Ebenfalls im Rahmen der oben beschriebenen Sammelabschiebung wird um Mitternacht eine 15-Jährige aus einer Jugendhilfe-Einrichtung in Dresden herausgeholt, um sie – zusammen mit ihrer Mutter – aus dem Landkreis Meißen nach Georgien abzuschieben.

Weil die Mutter aus gesundheitlichen Gründen ihren Fürsorgepflichten nicht nachkommen konnte, war die Tochter in der Jugend-WG in Dresden untergebracht worden. Ihre Mitbewohner:innen und die Betreuer:innen sind zutiefst bestürzt und betroffen von dem nächtlichen Eindringen der Polizei und Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde.

In den frühen Morgenstunden kann erreicht werden, dass die Abschiebung – sowohl der Mutter als auch der Tochter – abgebrochen wird.

Am 10. November dringen nachts erneut Polizist:innen in den Dresdner Schutzraum für gefährdete Jugendliche ein, um das Mädchen abzuschieben. Auch dieses Vorgehen kann letztlich gestoppt werden.

*FRat Sachsen 2.9.20;
FRat Sachsen 11.11.20;
FRat Sachsen 13.11.20;
FRat Sachsen 20.1.21*

2. September 20

Templin im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am späten Nachmittag wird ein 13 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak während einer Linienbusfahrt von Templin nach Lychen von einem 16 Jahre alten Jugendlichen angegriffen. Als er von seinem Sitzplatz aufsteht, um einem Freund eine Jacke zu geben, wird er von dem älteren Jugendlichen rassistisch beschimpft und durch einen Faustschlag ins Gesicht verletzt. Der Fahrer des Busses kann die Situation letztlich unter Kontrolle bringen.

Der Staatsschutz ermittelt wegen Beleidigung und Körperverletzung.

*Polizei Brandenburg 3.9.20;
BeZ 4.9.20; BM 4.9.20;
MAZ 4.9.20; MOZ 4.9.20;
NK 4.9.20; LT DS Brbg 7/2461;
BT DS 19/2664*

2. September 20

Bad Salzungen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

3. September 20

Ulm – Baden-Württemberg. Laut Aussage der Landesregierung greift ein Jugendlicher vier Flüchtlinge – drei Türken und einen Mann aus Nigeria – körperlich an.

Die gerufene Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

LT DS BaWü 16/9999

5. September 20

Güstrow im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Rostock. Nach einem verbalen Streit schlägt ein Mann einem jungen afghanischen Flüchtling mit einem Fahrradschloss ins Gesicht. Der Betroffene wird an der Lippe und an einem Zahn verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

5. September 20

Leipzig – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es im Stadtteil Leutzsch zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus der Ukraine. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4041;
LT DS Sachsen 7/4196;
BT DS 19/24108*

5. September 20

Landkreis Emsland in Niedersachsen. In der JVA Lingen versetzt sich ein 26 Jahre alter Mann aus dem Irak mit einer Rasierklinge Schnittverletzungen am Arm und am Bauch. Nach medizinischer Versorgung im Krankenhaus der JVA kommt der Mann in die Vollzugsabteilung.

LT DS NieSa 18/8966

6. September 20

Hansestadt Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. In einem Imbiss beschimpft ein Mann die Angestellten und schlägt dann auf einen von ihnen, einen Geflüchteten, ein, der Prellungen und Nasenbluten erleidet.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

6. September 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

6. September 20

Weingarten im Landkreis Ravensburg – Baden-Württemberg. Als es am Samstagabend an die Tür einer 27-jährigen Bewohnerin klopft, gerät sie in Panik und springt mit ihrem fünf Monate alten Säugling im Arm aus dem Fenster ihres Zimmers der Flüchtlingsunterkunft. Durch den Sturz aus 3,80 Meter Höhe zieht sie sich schwere Verletzungen an der Wirbelsäule zu – ihr Baby überlebte unverletzt.

Später stellt sich heraus, dass es ihr Ehemann war, der an ihre Tür geklopft hatte und sie besuchen wollte.

*Polizei Ravensburg 7.9.20;
swr 8.9.20*

7. September 20

Nürnberg – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

8. September 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftscenter Bargkoppelweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

11. September 20

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Gegen Mitternacht wird der 23 Jahre alte Brazile A. aus Kamerun am Prenzlauer Bahnhof von Ramon A. angegriffen und verletzt.

Brazile A. hatte den Bahnhof auf der Rückseite verlassen und war in der Fußgängerunterführung Richtung Brüssower Straße unterwegs. Nachdem ihn eine vierköpfige alkoholisierte Männergruppe passieren ließ, wurde er dann von dem polizeibekanntem Ramon A. rassistisch beleidigt, und mit der Faust in den Nacken geschlagen und dadurch verletzt. Als er den Angreifer nach dem Grund des Schlages fragte, wurde er weiter beleidigt und erneut körperlich angegriffen.

Die gerufene Polizei kann Videoaufnahmen von vier Überwachungskamera sicherstellen und im Rahmen der Ermittlungen auf Verdacht der Körperverletzung auswerten.

Am 8. Oktober 21 wird Ramon A. vor dem Amtsgericht Prenzlau in erster Instanz zu einer neunmonatigen Haftstrafe wegen des Angriffs und wegen Fahrens eines E-Rollers unter Alkoholeinwirkung verurteilt. Aufgrund der zahlreichen Vorstrafen des Nazis wurde keine Bewährung ausgesprochen.

*OPP; UK 13.9.20;
BT DS 19/26641;
LT DS Brbg 7/2461;
gegenrede*

13. September 20

Tönning – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

13. September 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 41 Jahre alter Flüchtling aus Kamerun einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

13. September 20

Bautzen – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

13. September 20

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Im Übergangwohnheim unternimmt eine 18 Jahre alte Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch und wiederholt diesen am 24. Oktober. Die Frau wird über acht Monate von verschiedenen Beratungsstellen beraten und begleitet.

LT DS SaAnh 7/7445

13. September 20

Burg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es in einem Restaurant gegen 18.00 Uhr nach üblen Beschimpfungen vonseiten eines 48-Jährigen zu einem tätlichen Angriff auf einen 24 Jahre alten Flüchtling aus Syrien, wodurch dieser verletzt wird.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
LT DS SaAnh 7/7273;
BT DS 19/26641*

13. September 20

Jena – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flücht-

linge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

13. September 20

Landkreis Marburg-Biedenkopf in Hessen. Gegen 14.00 Uhr wird ein 19 Jahre alter Asylbewerber auf einem Feldweg an der Landstraße 3071 zwischen Neustadt und Gleimhain nahe eines Schäferhundevereins schwer verletzt vorgefunden. Nach medizinischer Erstversorgung durch Rettungskräfte kommt er ins Universitätsklinikum Marburg.

Vier Stunden vorher war bereits seine blutverschmierte Jacke im Bereich eines ehemaligen Munitionsdepots gefunden und die Polizei informiert worden.

Als der Verletzte später vernehmungsfähig ist, berichtet er, dass er am Morgen dieses Tages im Zeitraum zwischen 6.00 Uhr und 7.00 Uhr am Neustädter Bahnhof von drei jungen Männern überfallen worden war. Diese wandten auch Schlagwerkzeuge gegen ihn an. Die Täter sprachen nicht deutsch, eventuell türkisch, vermutet der Verletzte. Einer der Täter mit Vollbart und schwarzer Sportkleidung hatte vor dem Überfall in einem etwas größeren schwarzen BMW gesessen.

Mitte Januar 2021 ermitteln die Staatsanwaltschaft und die Kripo Marburg mittlerweile wegen des Verdachts der versuchten Tötung und suchen immer noch nach Personen, die Aussagen zu diesem Fall machen können.

*Polizei Marburg 15.1.21;
mittelhessen.de 15.9.21;
TAG 24 15.1.21*

15. September 20

Köthen – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 12.00 Uhr zu einem tätlichen Angriff auf einen 18 Jahre alten Flüchtling aus Syrien, wodurch dieser verletzt wird.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 7/6947;
BT DS 19/26641*

16. September 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

16. September 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

16. September 20

Arnsdorf – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

17. September 20

Emden – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Flüchtling gegen 23.00 Uhr von einem vorbeigehenden Mann bespuckt – danach tritt dieser ihm auch noch in den Rücken.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

18. September 20

Elpersbüttel – Schleswig-Holstein. In Elpersbüttel kommt es gegen 3.20 Uhr zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei deutschen und vier afghanischen Nachbar:innen aufgrund von rassistischen Motiven gegen die Geflüchteten.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS19/26641*

19. September 20

Steinbergkirche – Schleswig-Holstein. Gegen 14.30 Uhr brüllt vor einer Flüchtlingsunterkunft ein 46 Jahre alter Däne rassistische Parolen und wirft dann eine Bierflasche gegen einen 24-jährigen Deutschen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*Innenministerium S-H 6.4.21;
BT DS 19/26641*

19. September 20

Lathen – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person gegen 22.30 Uhr rassistisch beleidigt und dann mit einer Bierflasche beworfen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

22. September 20

Dresden – Stadtteil Reick – Bundesland Sachsen. Ein 27-jähriger Mann, Geflüchteter aus Syrien, fährt mit seinem Fahrrad gegen 8.20 Uhr den Gehweg der Moränenende Straße entlang. Auf Höhe der Haltestelle des Dobritzer Haltepunktes stellt sich ihm plötzlich ein 50 Jahre alter Mann in den Weg und stoppt seine Fahrt. Der Provokateur fordert den Syrer auf, woanders zu fahren und macht ein Foto von ihm. Als der Betroffene mit seinem Fahrrad wieder losfahren möchte, beschimpft ihn der Mann rassistisch und schlägt mit der Faust auf ihn ein.

Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit den Ermittlungen und sucht nach dem Gewalttäter und Zeug:innen.

*Polizei Sachsen 23.9.20;
TAG24 23.9.20;
LT DS Sachsen 7/4710;
BT DS 19/26641*

22. September 20

Gelsenkirchen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

23. September 20

Sassnitz – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf

einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26441

23. September 20

Heidenau – Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – Bundesland Sachsen. Eine 23 Jahre alte Afghanin geht die Gabelsbergerstraße in Richtung Dresdner Straße entlang, als sie gegen 7.05 Uhr von drei Männern rassistisch beleidigt und beschimpft wird. Dann schubsen sie die Frau, reißen ihr das Kopftuch weg und schlagen sie. Die Betroffene erleidet leichte Verletzungen.

Der Staatsschutz der Polizei Dresden beginnt mit den Ermittlungen wegen Körperverletzung, Beleidigung und Volksverhetzung und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Sachsen 24.9.20;
DNN 24.9.20;
TAG24 24.9.20*

24. September 20

Lübbecke – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

25. September 20

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

25. September 20

Ellrich im thüringischen Landkreis Nordhausen. Eine geflüchtete Person unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/4141

26. September 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

26. September 20

Lohr – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/22641

27. September 20

Dresden – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es im Stadtbezirk Seevorstadt Ost zu einem körperlichen Angriff auf einen Geflüchteten aus Syrien in einem öffentlichen Verkehrsmittel. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4397;
BT DS 19/26641*

27. September 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen

oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

28. September 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es in der Straße Nicolaiplatz zu einem tätlichen Angriff auf einen 24-jährigen irakischen Flüchtling, der dadurch verletzt wird.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung auf.

*LT DS SaAnh 7/7090;
BT DS 19/26641*

28. September 20

Bad Arolsen-Mengeringhausen im hessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge fügt sich ein Mann nach einem Streit selbst Schnittverletzungen zu und kündigt danach seinen Suizid an. Da er sich gegenüber den Rettungssanitäter:innen nicht kooperativ zeigt, wird die Polizei gerufen.

Für diese wird die Lage unübersichtlich, als sich Bewohner:innen mit dem Mann solidarisieren und dieser sich andererseits ins Gebäude zurückzieht. Deshalb wird das Gebäude geräumt und Spezialeinsatzkräfte gerufen, die den verletzten Mann finden und festnehmen. Er kommt in Gewahrsam.

*Polizei Korbach 28.9.20;
Wolfhagener Allgemeine 29.9.20*

29. September 20

Erstaufnahme-Einrichtung in Suhl – Bundesland Thüringen. Aufgrund einer vermeintlichen Ruhestörung durch Kinder dringen drei Angestellte des Sicherheitsdienstes gewaltsam in ein Zimmer ein. Als die Bewohnerin und Mutter der Kinder beginnt, das Geschehen mit ihrem Handy zu filmen, wird ihr dieses entrissen und sie vor den Augen ihrer schreienden Kinder geschlagen, an den Haaren gezogen und auf den Boden gedrückt.

Als Nachbar:innen hinzukommen, um der Frau zu helfen, eskaliert die Situation und mindestens noch eine Frau und ein Mann werden geschlagen und verletzt. Polizei und Rettungsdienst müssen gerufen werden.

Eine von der Gewalt der Securities betroffene Frau hatte vor wenigen Wochen durch unterlassene Hilfeleistung ihr ungeborenes Kind im siebten Schwangerschaftsmonat verloren. Aufgrund massiver Schwangerschaftsbeschwerden hatte sie tagelang um medizinische und frauenärztliche Untersuchungen gebeten. Diese Anfragen wurden vom medizinischen Dienst des Lagers bagatellisiert und ignoriert, bis sie schließlich ins Suhler Krankenhaus eingeliefert werden musste. Dort konnten die Ärzt:innen nur noch den Tod ihres Kindes feststellen.

Am heutigen Tag hat sie Strafanzeige gegen den in der Unterkunft zuständigen medizinischen Dienst gestellt.

Die Mitarbeiter:innen des privaten Sicherheitsdienstes werden vorerst nicht mehr im Heim arbeiten, bis die Zwischenfälle geklärt sind.

*FRat Thür 1.10.20; Welt 1.10.20;
Südthüringer Ztg 2.10.20;
FW 2.10.20; TA 5.10.20*

29. September 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Feuerbergstraße

gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

30. September 20

Berlin-Charlottenburg. Ein 19 Jahre alter Geflüchteter wird gegen 20.00 Uhr in der U-Bahn am Bahnhof Zoologischer Garten von einem Mann beleidigt, bedroht und bespuckt.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*Berliner Register (Polizei 14.1.21);
BT DS 19/26641;
LT DS 18/26776*

30. September 20

Potsdam in Brandenburg. Während des Errichtens der Sukka (Laubhütte) für das Sukka-Fest auf dem Gelände der Jüdischen Gemeinde wird ein 62 Jahre alter Geflüchteter aus Aserbaidschan von einer Leiter gestoßen, indem ein Mann gegen die Leiter tritt. Zuvor hatte der Täter versucht, den Betroffenen und weitere Personen vom Aufbau des Laubhüttenfestes abzuhalten und sie aufgefordert, das Errichten der Hütte zu unterlassen. Durch den Sturz von der Leiter verletzt sich der Betroffene am Knie.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*LT DS 7/3067;
LT DS Brbg 7/35555;
BT DS 19/26641*

30. September 20

Jahnsdorf – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greifen Unbekannte mit Steinen eine geflüchtete Person an. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4196;
LT DS Sachsen 7/4397;
BT DS 19/26641*

30. September 20

Bad Salzungen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

30. September 20

Nürnberg im Bundesland Bayern. Gegen 4.30 Uhr wird Herr F. aus einer Nürnberger Unterkunft abgeholt, um ihn im Rahmen einer Sammelabschiebung in die Ukraine zu bringen. Der 64-jährige ist schwer krank, er leidet an Krebs, Diabetes mellitus und Asthma. Trotz Fieber, Husten und Atemnot wird er mitgenommen. Da er unter dem Einfluss eines starken Schmerzmittels steht, ist es ihm nicht möglich, all seine Sachen mitzunehmen.

Herrn F.s Ärzte haben im Vorhinein eindringlich vor einer Abschiebung gewarnt. Die Zentrale Ausländerbehörde Oberbayern war hierüber in Kenntnis, auch dass Herr F. zu den Risikogruppen der Covid 19 Infektion gehört, ist bekannt.

Herr F. kommt aus dem Kriegsgebiet Donbas, in anderen Regionen der Ukraine hat er keinerlei soziale Kontakte. Wo er in der Ukraine bleiben kann, weiß er nicht.

FRat Bayern 1.10.20

30. September 20

Krefeld – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

September 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 43 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

September 20

Wolfsburg in Niedersachsen. Aus Angst vor Abschiebung unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

September 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

September 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

September 20

Landkreis Biberach in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 34 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 43 Jahre alte Frau aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landkreis Heilbronn in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Somalia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 21 Jahre alte Frau aus Nigeria begeht Suizid.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Eine 48 Jahre alte Frau aus Georgien unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 19 Jahre alter Mann aus Kamerun unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landkreis Biberach in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 40 Jahre alter Mann aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

September 20

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Deggendorf unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Freyung-Grafenau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Thurmansbang unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Deggendorf unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Dachau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Markt Indersdorf unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Landsberg am Lech im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Landsberg am Lech unternimmt eine Person aus Eritrea einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Rosenheim im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Raubling unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Coburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Gambia einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

September 20

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Kleinaitingen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

3. Quartal 20

Hansestadt Hamburg. In Flüchtlingsunterkünften haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres fünf Männer aus Afghanistan versucht, sich zu töten.

(Diese Suizidversuche sind höchstwahrscheinlich bereits dokumentiert – nur ohne Angabe der Herkunftsländer)

Hamburgische Bürgerschaft DS 21/2465;

3. Quartal 20

Hamburg. In der Rückführungseinrichtung unternimmt ein 32 Jahre alter Flüchtling aus Libyen einen Suizidversuch. Er soll entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Italien rückgeschoben werden.

*Hamburgische Bürgerschaft DS 22/2175;
BT DS 19/31669*

1. Oktober 20

Biesenthal im brandenburgischen Landkreis Barnim. Ein 29 Jahre alter Asylbewerber aus Tansania fährt mit einem Fahrrad an einem 47-jährigen Mann vorbei, von dem er dann rassistisch beleidigt und anschließend mit einer Bierflasche ins Gesicht geschlagen wird.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung auf.

*LT DS Brbg 7/2739;
BT DS 19/26641*

1. Oktober 20

Neuruppin im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ein 49 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran wird von einem 65-jährigen Mann, vorgeblich wegen Corona-bedingter Warteregeln, rassistisch beleidigt und mit den Händen vor die Brust gestoßen.

LT DS Brbg 7/2739

3. Oktober 20

Berliner Bezirk Hohenschönhausen. Am S-Bahnhof Lichtenberg wird ein 31 Jahre alter Flüchtling aus Syrien gegen 3.30 Uhr von einem Mann und einer Frau rassistisch beleidigt und geschlagen. Dann versuchen sie, dem Syrer den Zugang in die Bahn zu verhindern, steigen selbst mit ein und setzen ihre Attacken fort. Erst am S-Bahnhof Gehrenseestraße verlassen sie den Waggon.

Der Betroffene ruft die Polizei und eine Frau stellt sich als Zeugin zur Verfügung.

*Polizei Berlin 3.10.20;
BZ 4.10.20; TS 4.10.20;
BT DS 19/26641;
LT DS 18/26776*

3. Oktober 20

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Münchenhofstraße unternimmt ein 26 Jahre alter Be-

wohner aus dem Iran einen Suizidversuch. Der Mann kommt zu einer dreitägigen stationären Behandlung in das Universitätsklinikum Magdeburg.

LT DS SaAnh 7/7445

5. Oktober 20

Landeshauptstadt Schwerin von Mecklenburg-Vorpommern. Ein junger Flüchtling wird von einem Rassisten beleidigt, der ihm dann mit beiden Fäusten traktiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

5. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) August-Kirch-Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

5. Oktober 20

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

5. Oktober 20

Rülzheim – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

7. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Lademannbogen gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

8. Oktober 20

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Saalestraße unternimmt ein 26 Jahre alter Bewohner aus Gambia einen Suizidversuch. Der Mann kommt dauerhaft in eine Betreuungseinrichtung.

LT DS SaAnh 7/7445

8. Oktober 20

Kreisstadt Meiningen im thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Zwei junge Flüchtlinge werden gegen 20.00 Uhr auf ihrem Heimweg nach dem Einkaufen von einer Frau rassistisch beleidigt. Dann schlägt sie einem der Geflüchteten eine Fahrradkette ins Gesicht und verletzt ihn dadurch am Hals.

Als die Polizei erscheint, nehmen die Beamt:innen nicht nur die Frau mit der Fahrradkette, sondern auch die beiden Flüchtlinge mit auf die Wache. Die Ermittlungen werden zunächst gegen beide Seiten eingeleitet, jedoch bezüglich des Verletzten später wieder eingestellt.

Dieser muss sich noch am selben Tag im Krankenhaus behandeln lassen.

*ezra;
BT DS 19/24108*

8. Oktober 20

Weiden im Bundesland Bayern. Mehrere Geflüchtete aus dem AnkER-Zentrum Bamberg sollen an diesem Tag in der völlig überfüllten Gemeinschaftsunterkunft in der Kasernenstraße untergebracht werden.

In einem der Zimmer weigern sich drei Bewohner:innen, dass eine vierte Person hinzukommt, denn einerseits hat ein Mitbewohner die Corona-Infektion schon erlebt und andererseits wären dann die Hygienerichtlinien gar nicht mehr einzuhalten.

Die Heimleitung ruft die Polizei, die in "voller Montur" anrückt, woraufhin der Covid-positiv-getestete Mann in Panik gerät. Die Beamt:innen fesseln ihn und stellen ihn – wie Videos zeigen – mit Medikamenten ruhig. Dann nehmen sie ihn in Gewahrsam.

Danach kommt er ins Krankenhaus, in dem seine durch die Festnahme bedingten Verletzungen zwei Tage lang behandelt werden.

Er erscheint nicht wieder in der Unterkunft – seine Mitbewohner:innen wissen nicht, was mit ihm passiert ist.

In der Flüchtlingsunterkunft wohnen pro Zimmer drei bis vier Personen – 30 bis 40 Personen müssen sich drei Toiletten, Duschen und eine Küche teilen.
(siehe auch: Kasten auf S. 1271)

FRat Bayern 21.10.20

9. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

12. Oktober 20

Landkreis Biberach – Bundesland Baden-Württemberg. Am frühen Morgen erscheinen bei dem Ehepaar Miri G. und Sali K. eine Ärztin und vier Polizeibeamt:innen, um die Abschiebung der beiden durchzuführen. Durch diese staatliche Maßnahme werden sie nach fast 29 Jahren Deutschland-Aufenthalt von ihren sechs Kindern, 17 Enkeln, einem Urenkel und der 92-jährigen Mutter von Miri G. gewaltsam getrennt. Sie werden über den Baden-Airpark gemeinsam mit 16 weiteren Abgeschobenen in den Kosovo ausgeflogen, in einen Staat, den es noch gar nicht gab, als sie vor dem Balkan-Krieg nach Deutschland flohen. Sie sind in der kleinen bayerischen Stadt verwurzelt, integriert, ihre Kinder und Enkel sind hier aufgewachsen und sie sind krank und betreuungsbedürftig. Kümmern sich andererseits um die Kinder, wenn die Eltern arbeiten müssen.

Der 62 Jahre alte Sali K. ist Diabetiker und hat mit drei Eingriffen am Herzen drei Stents gesetzt bekommen. Er steht unter medizinischer Kontrolle und muss regelmäßig kurzfristige Termine im Krankenhaus wahrnehmen. Er wird ohne jegliche Medikamente abgeschoben – auch seine Psychopharmaka bleiben in der Wohnung zurück. Seine 64-jährige Frau leidet unter chronischer Bronchitis, sodass sie beide zur Corona-Risikogruppe zählen und durch die Abschiebung in den Corona-Hotspot Kosovo in große gesundheitliche Gefahr kommen.

Erschwerend kommt hinzu, dass sie ohne Pässe abgeschoben werden, weil sie nie welche bekommen hatten. Davon abgesehen, dass sie im Kosovo keinerlei Unterkunft oder familiäre Verbindungen haben, werden sie ohne Pässe auch keine medizinische Versorgung oder so etwas wie Sozialhilfe bekommen.

Im Januar sind sie in einem Zimmer untergekommen, das schimmelt, in dem sie Wasser mit Eimern auffangen und Holz sammeln müssen zum Heizen und Kochen. Die Gemeinde hat ihnen mitgeteilt, dass sie keinerlei Unterstützung bekommen werden.

Ihre Kinder und Enkelkinder bemühen sich von Deutschland aus, eine Unterkunft für sie zu bekommen und Menschen zu finden, die ihnen im Alltag zur Seite stehen können.

Das Auswärtige Amt warnt in diesen Tagen Personen, die eine andere (!) Reise in den Kosovo beabsichtigen mit den Worten: "Führen Sie einen ausreichenden Vorrat wichtiger Medikamente mit sich, der auch noch einige Zeit über das geplante Rückreisdatum hinaus reicht."

Nach der Abschiebung verschlechtert sich der Gesundheitszustand von Herrn K. immens, denn eine angemessene medizinische Behandlung ist für ihn im Kosovo nicht möglich. Auf einen Antrag zur Wiedereinreise des Ehepaares reagiert das Regierungspräsidium nicht. Eine Klage gegen die Abschiebung wird erhoben und mit einer Online-Petition unterstützen 41.000 Personen die Bemühungen um die Rückkehr.

In der Nacht vom 11. auf den 12. März 21, fünf Monate nach der Abschiebung, erliegt Sali K. seinen schweren Erkrankungen. Er stirbt – gewaltsam getrennt – vom Großteil seiner Angehörigen. Die Unterstützer:innen gehen davon aus, dass er noch leben würde, wenn er nicht abgeschoben worden wäre.

Die Erlaubnis der Wiedereinreise von Miri G. wird schließlich mit Hilfe einer Vereinbarung ihrer erwachsenen Kinder mit der Ausländerbehörde Biberach und dem Regierungspräsidium Tübingen erkämpft.

Nach wochenlangen Verzögerungen im Visumsverfahren kann sie offiziell am 12. Juni 21 über den Flughafen Stuttgart wieder einreisen.

Kontext Wochenzeitung 25.11.20;

Pro Asyl 18.12.20;

Aktion Bleiberecht 22.1.21;

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung

und FRat BaWü 12.3.21;

Aktion Bleiberecht 13.6.21

13. Oktober 20

Dresden – Stadtteil Laubegast – Bundesland Sachsen. Eine 27 Jahre alte Geflüchtete aus dem Libanon sitzt mit ihrem dreijährigen Kind auf einer Bank im Bereich der Haltestelle Burgenlandstraße auf der Salzburger Straße, als sie gegen 12.15 Uhr von einer Frau rassistisch beleidigt und beschimpft wird. Diese reißt ihr dann das Kopftuch weg und schlägt ihr mit einem Beutel mehrmals auf den Arm. Die Betroffene erleidet keine Verletzungen.

Der polizeiliche Staatsschutz beginnt mit den Ermittlungen wegen Körperverletzung und Beleidigung und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

Polizei Dresden 13.10.20;

DNN 13.10.20;

SäZ 13.10.20;

LT DS Sachsen 7/5135;

BT DS 19/26641

13. Oktober 20

Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im thüringischen Weimar. Um 5.00 Uhr morgens erscheinen drei Polizeibeamt:innen im Krankenzimmer und ein sogenannter Begleitarzt in roter Notarzt-Uniform und fordern die Patientin auf, aufzustehen und ihre Sachen zu packen – sie würde jetzt abgeschoben werden.

Schon beim Anblick der Uniformierten geriet die Frau in einen akuten Erregungszustand mit Hyperventilation und bekam einen Krampf der rechten Hand. Auch Versuche, die Frau mit Medikamenten zu beruhigen, beenden ihren Zustand

nicht. Erst als die Frau zusammenbricht und bewusstlos wird, erfolgt der Abbruch des Einsatzes von Polizei und Ausländerbehörde.

Dieses Vorgehen verstößt unzweifelhaft gegen einen Thüringer Erlass vom 15. März 2019, der Abschiebungen aus einem Krankenhaus untersagt. Dieser Erlass besagt, dass bei medizinisch indizierten, stationären Aufenthalten eine Reiseunfähigkeit vorliegt und somit Abschiebungen abzubrechen seien.

Die betroffene Frau sollte als einzige einer fünfköpfigen afghanischen Familie entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Finnland zurückgeschoben werden. Dort waren die Asylbegehren der Familie bereits abgelehnt worden.

Diese Information hatte sie erst am Tag zuvor erhalten und dann ihrer behandelnden Psychiaterin gegenüber zunehmende Suizidabsichten geäußert, woraufhin diese sie zur stationären Behandlung in die Psychiatrie eingewiesen hatte.

*Frat Thür 15.10.20;
TA 21.10.20;
Frat Thür 27.5.21;
LT DS Thüringen 7/2708*

13. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

15. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

15. Oktober 20

Buchholz – Niedersachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Asylbewerber gegen 14.20 Uhr rassistisch beleidigt und anschließend mit Schlägen ins Gesicht traktiert.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS NieSa 18/8983;
BT DS19/26641*

16. Oktober 20

In der bayrischen Landeshauptstadt München kommt es am U-Bahnhof „Innsbrucker Ring“ zu einem rassistisch motivierten Angriff auf eine Geflüchtete mit togoisch Familienhintergrund. Der 43-Jährigen wird am Bahnsteig unvermittelt ein Bein gestellt, woraufhin sie zu Boden stürzt und sich verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen auf Verdacht wegen Körperverletzung führen zunächst zu keinem Ergebnis.

*Polizei Bayern 21.10.20;
LT DS Bayern 18/14939*

16. Oktober 20

Landkreis Osnabrück in Niedersachsen. In einer Zelle der Polizei Nordhorn verletzt sich ein 33 Jahre alter Mann aus Liberia durch Aufkratzen seiner Haut mit den Fingernägeln. Er wird in die psychiatrische Station einer Klinik eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

17. Oktober 20

Landeshauptstadt Magdeburg – Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 21.00 Uhr wird ein 19 Jahre alter Syrer im Rathaus-

viertel von einer Vierergruppe junger Männer (14 bis 21 Jahre alt) aus dem Bördekreis in eine Auseinandersetzung verwickelt. Die Deutschen schlagen auf den Syrer ein, wodurch er sich eine Verletzung an der Hand zuzieht. Daraufhin beginnt er, die Angreifer mit einem Messer in der Hand auf Abstand zu halten.

Der gerufenen Polizei erzählen die Deutschen, dass der Syrer sie mit einem Messer bedroht habe, woraufhin sie sich gewehrt hätten. Die Aussagen stehen gegeneinander, Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung werden eingeleitet, Platzverweise für alle ausgesprochen.

*Polizei Magdeburg 18.10.20;
LT DS SaAnh 7/7090;
LT DS SaAnh 7/7272;
BT DS 19/26641*

17. Oktober 20

Leinefelde-Worbis – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/24108

17. Oktober 20

Limburgerhof – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/26641

19. Oktober 20

Bollberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

20. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Harburger Poststraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

21. Oktober 20

Berlin. In Gewahrsamsräumen der Bundespolizei am Flughafen Tegel fügt sich eine gefangene Person aus dem Iran nach Widerstandshandlungen eine Verletzung zu.

BT DS 19/27084

21. Oktober 20

Erstaufnahme-Einrichtung Nostorf-Horst in Mecklenburg-Vorpommern. Als ein 33-jähriger Iraner von der Polizei zur Abschiebung festgenommen wird, gelingt es ihm plötzlich und für die Beamt:innen unvorhersehbar, sich mit einem scharfen Gegenstand im Nackenbereich zu verletzen. Nach anfänglicher Erster Hilfe durch die Polizei wird er mit einem Rettungshubschrauber in eine Lübecker Klinik geflogen.

Nach medizinischer Versorgung der körperlichen Verletzungen soll er in psychologische Behandlung kommen.

*Polizei Ludwigsb. 22.10.20;
LN 23.10.20*

21. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppeltstieg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

22. Oktober 20

Templin im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am Abend wird ein 32 Jahre alter Geflüchteter aus der Türkei an seinem Arbeitsplatz, einem Döner-Imbiss in der Straße "Am Markt", von einem 30 Jahre alten Mann attackiert. Der Angreifer pöbelt antiislamische und rassistische Parolen, zerreißt dem Flüchtling das T-Shirt, bringt ihn zu Boden und verletzt ihn dadurch leicht. Die Polizei wird gerufen.

Bei Eintreffen der Beamt:innen ist der Täter verschwunden, kehrt jedoch kurz darauf wieder zu dem Imbiss zurück. Hier stößt er erneut Drohungen gegen den Türken aus. Der sichtlich Alkoholisierte verbringt die kommenden Stunden im Polizeigewahrsam. Dort wird ein Atemalkoholwert von 1,48 Promille gemessen. Ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Bedrohung, Beleidigung und Sachbeschädigung wird eingeleitet.

*gegenrede:
LT DS Brbg 7/2739*

22. Oktober 20

Eisenach – Bundesland Thüringen. Gegen 23.30 Uhr wird ein 30 Jahre alter syrischer Geflüchteter von einem 32 Jahre alten deutschen Täter zunächst beleidigt und daraufhin unvermittelt ins Gesicht geschlagen. Laut Polizei verlassen die beiden Personen daraufhin den Tatort und der betroffene Syrer verständigt die Polizei.

Die Beamt:innen finden am Tatort die Geldbörse des Täters und stellen fest, dass gegen den Mann zwei Haftbefehle vorliegen und können ihn daher aufsuchen und festnehmen. Zu diesem Zeitpunkt ist er mit 1,39 Promille erheblich alkoholisiert. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

*Polizei Gotha 23.10.20;
BT DS 19/24108*

22. Oktober 20

Deggendorf im Bundesland Bayern. Im AnKER-Zentrum Deggendorf versucht ein geflüchteter Mann aus Eritrea sich das Leben zu nehmen. Gegen 6.00 Uhr morgens steht der 34-Jährige auf dem Dach der Unterkunft, im Begriff herunterzuspringen.

Passant:innen, die dies beobachten, rufen Polizei und Feuerwehr. Polizeibeamt:innen können den Mann beruhigen, während die Feuerwehr eine Drehleiter aufbaut. Die Rettungskräfte erreichen ihn und bringen ihn in Sicherheit, und er wird ins Bezirksklinikum gebracht.

Donau Anzeiger 24.2.20

23. Oktober 20

Potsdam in Brandenburg. Im Stadtteil Waldstadt wird ein Kinderwagen einer Frau in einem Mehrfamilienhaus so stark beschädigt, dass eine weitere Nutzung nicht möglich ist. Die Frau ist Mitte zwanzig, geflüchtet aus Kamerun und schwanger.

Zuvor wurde ihr Partner von einer Nachbarin rassistisch beleidigt, der Kinderwagen bereits mehrfach beschädigt und mit Müll verunreinigt. Auch standen eines Tages zwei unbekannte Männer mit Handwaffen vor der Haustür und bedrohten die Schwangere, ihre zweijährige Tochter und den Partner der Frau. Die gesamte Familie ist psychisch stark belastet und strebt einen Auszug an.

OPP

25. Oktober 20

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

25. Oktober 20

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 19/24108

26. Oktober 20

Dresden – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es im Stadtbezirk Johannstadt-Süd zu einem tätlichen Angriff auf einen Geflüchteten aus Syrien. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4710;
LT DS Sachsen 7/5135;
BT DS 19/26641*

26. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Tessenowweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

28. Oktober 20

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 22 Jahre alter Flüchtling aus Somalia einen Suizidversuch – am nächsten Tag wiederholt er dieses.

LT DS Sachsen 7/5133

28. Oktober 20

Celle – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Außenstelle der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

29. Oktober 20

Hamburg – Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

30. Oktober 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Björnsonweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

30. Oktober 20

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

31. Oktober 20

Landeshauptstadt Hannover – Niedersachsen. In Polizeigewahrsam versucht sich ein 32 Jahre alter Mann aus Marokko mit Schaumstoff aus der Matratze des Haftraumes zu ersticken.

LT DS NieSa 18/8966

Oktober 20

Landkreis Verden in Niedersachsen. In Kirchlinteln unternimmt ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) aus Angst vor Abschiebung einen Suizidversuch. Er wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.

LT DS NieSa 18/8966

Oktober 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Oktober 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Oktober 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Oktober 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Oktober 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt ein Geflüchteter aus dem Iran während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.

LT DS Hessen 20/5122

Oktober 20

Baden-Württemberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen in Eggenstein-Leopoldshafen unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Eritrea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Enzkreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 19 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 26 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 35 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Landkreis Heilbronn in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen begeht ein 22 Jahre alter Mann aus Gambia Suizid.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Stadt Ulm in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Landkreis Rottweil in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt eine 26 Jahre alte Frau aus Kamerun einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Oktober 20

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Landkreis Regen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Böbrach unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Landkreis Dachau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Petershausen unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Landkreis Ebersberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ebersberg unternimmt eine Person aus dem Senegal einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Landkreis Starnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Andechs unternimmt eine Person aus

Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

Oktober 20

Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

1. November 20

Königs Wusterhausen im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Einer 35 Jahre alten Geflüchteten aus Kamerun wird von einem 24-Jährigen von hinten in den Rücken getreten. Die Betroffene empört sich bei dem Täter über seine Handlung und wird daraufhin rassistisch beschimpft.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung auf.

LT DS Brbg 7/2913

5. November 20

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Ein junger Geflüchteter, der auf einer Parkbank sitzt, wird von einem Nazi mit einer Glasflasche beworfen, die ihr Ziel allerdings verfehlt. Dann bedroht der Aggressor den Flüchtling und zeigt mit einer Handbewegung, dass er ihm die Kehle durchschneiden könnte.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

5. November 20

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

6. November 20

Hafenbereich der Landeshauptstadt Kiel – Schleswig-Holstein. Kurz nach 15.00 Uhr versucht ein 21 Jahre alter Asylbewerber aus Afghanistan unter einem LKW näher an die Frachtfähren zu gelangen, die gerade beladen werden, um dann als sogenannter blinder Passagier nach Schweden oder Norwegen zu gelangen. Bei diesem verzweifelten Versuch verunglückt er tödlich.

Er hatte sich außerhalb des Hafengeländes unter dem Sattelschlepper versteckt und so unbemerkt die unzähligen Überwachungskameras und den Kontrollposten des Terminaleingangs zum Norwegenkai passiert.

Der Fahrer eines Sattelschleppers steuerte den Vorstaubereich des Kais an und wollte dort auf einem Parkplatz den Auflieger abkoppeln und mit der Zugmaschine den Hafen wieder verlassen. Beim Zurücksetzen bemerkte er den verunglückten Mann.

Dass der 21-jährige Flüchtling, der in Pinneberg gemeldet ist, gerade nach Schweden weiterflüchten wollte, sieht der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein als pure Verzweiflungstat an – in Anbetracht der Tatsache, dass Schweden schon lange rigoros nach Afghanistan abschiebt.

In Deutschland hatten die geplanten Sammelabschiebungen wegen der Corona-Pandemie seit März nicht mehr stattgefunden, sollten aber demnächst, in 10 Tagen wieder fortgesetzt werden.

Laut Global Peace Index 2020 ist Afghanistan bereits das zweite Jahr in Folge das unsicherste Land der Welt.

Eskalierende Gewalt, organisierte Kriminalität und die sich ausbreitende Corona-Pandemie bestimmen die Situation im Lande.

Vor zwei Tagen sind in Kabul durch einen Anschlag der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) auf die Universität mindestens 35 Menschen gestorben und 22 verletzt worden. Zuvor war vom IS eine Schule in Kabul angegriffen worden, wodurch 22 Schüler:innen zu Tode kamen.

Die Angst und Verunsicherung unter den afghanischen Flüchtlingen ist groß, denn in Afghanistan haben sie keine Chance auf ein Leben in Sicherheit.

*KN 10.11.20; Pro Asyl 12.11.20;
FRat SH 18.11.20;
KN 19.11.20; ZBBS 23.11.20;
BT DS 19/27084*

7. November 20

Leipzig – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Geflüchteter aus Syrien körperlich angegriffen und verletzt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/4957;
LT DS Sachsen 7/5135;
BT DS 19/26641*

8. November 20

Bundesland Rheinland-Pfalz. In einer Abschiebungseinrichtung verletzt sich eine gefangene Person selbst, indem sie sich Schnittwunden zufügt.

BT DS 19/31669

8. November 20

Kassel im Bundesland Hessen. Mitten in der Nacht randaliert der angetrunkene Amar H., Flüchtling aus Syrien, im Vorraum seiner Gemeinschaftsunterkunft und entleert dabei auch einen Feuerlöscher. Angestellte der Einrichtung rufen Polizei und Rettungskräfte.

Als die Beamt:innen eintreffen setzen sie Pfefferspray gegen Herrn H. ein, weil dieser – laut Polizeibericht – mit einer Alu-Leiter auf sie losstürmt und sie auch bespuckt. Er wird überwältigt und auf einer Trage an Händen, Füßen und Leib fixiert. Er liegt auf dem Rücken und ist nur mit einer Unterhose bekleidet. Um ihn herum stehen mehrere Polizeibeamt:innen, als einer der Sanitäter mit Schwung drei Schritte auf ihn zugeht, und ihn mit der Faust brutal gegen den Kopf schlägt. Der Kopf schwingt zur anderen Seite – die Polizeibeamt:innen greifen nicht ein.

Sie nehmen den 32-jährigen verletzten Mann mit zur Wache, wo er den Rest der Nacht in einer Ausnüchterungszelle ausharren muss.

Ermittlungen gegen ihn wegen "tätlichen Angriffs auf Rettungskräfte, Widerstand gegen Polizeibeamte, Beeinträchtigung von Nothilfemitteln und Sachbeschädigung" werden eingeleitet.

Der Betroffene lässt sich am nächsten Tag untersuchen und es werden bei ihm Blutergüsse, Prellungen und ein doppelter Jochbeinbruch diagnostiziert. Mit Hilfe seines Anwalts erstattet er nun Anzeige gegen den 44-jährigen Sanitäter.

Als ein Überwachungsvideo aus der Unterkunft vorgelegt wird und den Angriff überzeugend dokumentiert, wird deutlich, dass die Gewalttat des Sanitäters in der polizeilichen Presseerklärung explizit nicht erwähnt ist. Auf Nachfrage von Journalist:innen kommt die Antwort, dass diese allerdings im Bericht der Beamt:innen erwähnt ist, es allerdings nicht sicher sei, ob der Kopf des Syrers überhaupt getroffen wurde.

Die Staatsanwaltschaft Kassel beginnt daraufhin auch ein Ermittlungsverfahren gegen die Beamt:innen wegen Strafverletzung im Amt und eröffnet Disziplinarverfahren.

Der Sanitäter, angestellt beim Arbeiter-Samariter-Bund, wird entlassen – polizeiliche Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung werden eingeleitet.

*Polizei Kassel 9.11.20;
BZ 12.3.21;
ntv 12.3.21; HNA 12.3.21;
Spiegel 13.3.21;
TAG24 25.3.21*

8. November 20

Abschiebehaft in der JVA Ingelheim in Rheinland-Pfalz. Nach zwei Monaten Gefangenschaft und zwei Tage vor seinem Abschiebungstermin schneidet sich Muhammad Azhar Shah, Flüchtling aus Pakistan, am späten Nachmittag mit einer Klinge tiefe Wunden in den seitlichen Brustbereich und in den Nacken. Stark blutend bricht der 41-Jährige im Flur des Zellentraktes zusammen.

Nachdem die großen Verletzungen im Krankenhaus medizinisch versorgt sind, kommt der Mann in die Rheinhessen-Fachklinik Alzey (Psychiatrie). Keine 24 Stunden später wird er dort für haftfähig erklärt und kommt zurück in die JVA. Hier allerdings – aufgrund seines Suizidversuchs – in Isolationshaft, in der er kontrolliert und nachts häufig geweckt wird und bestimmte Gegenstände wie ein für ihn als Raucher wichtiges Feuerzeug nicht erlaubt sind.

Bereits beim ersten Abschiebungsversuch im September war es Herrn Shah gelungen, durch massive Selbstverletzungen einen Abbruch der staatlichen Maßnahme zu erreichen. Er hatte am Flughafen mit seinem Kopf gegen den Polizeiwagen und auf den Betonboden geschlagen und den Beamt:innen gesagt, dass er lieber hier in Frieden sterbe als dort in Folter.

Muhammad Azhar Shah ist Kaschmiri, hat in Pakistan als Journalist für die Befreiungsbewegung Kaschmirs gearbeitet und geriet damit in den Fokus der Verfolgung. Als bei seiner Familie von Milizionären nach seinem Aufenthalt gefragt und seine Tötung angedroht wurde, verließ er im Jahre 2011 Pakistan.

In Griechenland kam er aufgrund einer verhängnisvollen Namensverwechslung in Haft. Erst drei Jahre später wurde der tatsächlich polizeilich gesuchte Mann (sein Name Muhammad Shah) gefasst, so dass Herr Shah freigelassen werden musste.

Als er nach seiner Entlassung weiterhin journalistisch arbeitete, die regierungskritischen Texte auch in Pakistan veröffentlicht wurden, wurde seine Familie erneut von Angehörigen der pakistanischen Miliz besucht und er beschloss, nach Deutschland weiterzuziehen.

Wegen organisatorischer Abschiebungshindernisse – Pakistan nimmt zu dieser Zeit keine Abgeschobenen zurück – muss Herr Shah am 20. November aus der Abschiebehaft entlassen werden – allerdings mit der Auflage, sich zweimal pro Woche bei der Ausländerbehörde Birkenfeld zu melden.

Am 7. Dezember wird er bei solch einem Meldetermin in der Ausländerbehörde völlig unerwartet erneut festgenommen und kommt so wieder in Abschiebungshaft. Und erneut wird er in Isolation gehalten, darf sich weder rasieren noch die Nägel schneiden.

Mit einer online-Petition fordern an die 45.000 Personen einen Abschiebestop für den von Folter und Tod bedrohten Journalisten. Auch das PEN-Zentrum setzt sich bei der Landesregierung und dem Bundesinnenministerium für seinen Schutz ein. Doch weder dem Rechtsanwalt noch den vielen Unterstützer:innen gelingt es, die Abschiebung zu verhindern.

Am 18. Januar 21 um 22.06 Uhr startet das Flugzeug vom Flughafen Frankfurt am Main, mit dem er, zusammen mit

anderen Flüchtlingen, in Polizeibegleitung und an Händen und Füßen gefesselt, nach Pakistan ausgeflogen wird. Nachdem die Maschine um 8.17 Uhr Ortszeit in Islamabad gelandet ist, erfolgt noch am Flughafen seine Verhaftung unter Schlägen durch die Polizei und er wird in ein Gefängnis gebracht.

Es dauert eine zeitlang, bis Freund:innen in Erfahrung bringen, an welchen Ort er sich befindet und mit Unterstützung und Bestechungsgeldern gelingt es, ihn aus der Haft frei zu bekommen. Seitdem muß er sich versteckt halten.

*Radio Dreyeckland 10.11.20;
Welt 13.1.21; ndr ZAPP 14.1.21;
swr 15.1.21; change.org 29.1.21;
Stefanie Kriening – Unterstützerin*

8. November 20

Speyer im Bundesland Rheinland-Pfalz. Seit dem 22. Oktober wurden in den Abend- und Nachtstunden bei mehreren Angriffen sieben Asylbewerber:innen attackiert. Dies geschah in den meisten Fällen in der Spalddinger Straße, in der sich auch ihre Gemeinschaftsunterkunft befindet.

Aus fahrenden oder stehenden Autos heraus wurden sie gezielt mit rohen Eiern beworfen. Zwei Personen zogen sich Schnittverletzungen beim Abwehren der Wurfgeschosse zu – andere wurden mit Eigelb bekleckert oder konnten ausweichen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen auf und sucht nach einem blauen BMW, einem dunklen und einem hellfarbenen Mercedes, in denen sich mehrere Menschen aufgehalten hatten.

*Polizei Ludwigshafen 11.11.20;
Die Neue Welle 11.11.20;
Die Rheinpfalz 11.11.20*

9. November 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird gegen 12.30 Uhr im Bereich der Fichtestraße und dem Ambrosiusplatz ein 19 Jahre alter Flüchtling aus Syrien von einem Mann tätlich angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf.

*LT DS SaAnh 7/7270;
BT DS 19/26641*

10. November 20

Vogtlandkreis im Bundesland Sachsen. Im Rahmen einer Sammelabschiebung wird eine Familie getrennt und nach Georgien abgeschoben, weil der Vater der Kinder beim Erscheinen der Polizei nicht anwesend war.

FRat Sachsen 13.11.20

11. November 20

Berlin im Stadtteil Reinickendorf. Gegen 11.00 Uhr klingeln Polizist:innen in Zivil an der Tür einer Jugendhilfeeinrichtung. Noch bevor der 19 Jahre alte A., Flüchtling aus dem Libanon, öffnen kann, wird die Tür von außen aufgehebelt und vier Polizeibeamt:innen dringen laut und aggressiv in den geschützten Jugendraum ein. Sie tragen Waffen und kugelsichere Westen, aber keine Mund- und Nasenbedeckungen. Sie weisen sich nicht aus und legen auch keinen Duchsuchungsbeschluss vor.

Sie befehlen dem Jugendlichen, sich mit dem Bauch auf den Boden zu legen und fesseln seine Hände auf dem Rücken. Er hat große Angst, und kann sie zudem nicht ganz verstehen, weil sie ausschließlich Deutsch sprechen. Sie zeigen ihm ein Foto von einer Person, die er nicht kennt und durchsuchen dann sein Zimmer, den Schrank und gehen weiter in andere Räume dieser geschützten Einrichtung.

Nach circa einer Viertelstunde nehmen sie seine Personal-Daten auf, lösen die Fesseln und verlassen den Ort.

Auf Nachfrage zeigt sich die Kriminalpolizei wenig offen: Sie hätten eine Person gesucht, die dort zwar nicht wohne, aber mit einigen Bewohnern bekannt sei – einen Durchsuchungsbeschluss haben sie auch im Februar 2021 noch nicht vorgelegt.

FRat Berlin, ReachOut, KOP 5.2.21

11. November 20

Bremen – Bremen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS19/26641

11. November 20

Schwelm – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

11. November 20

Kreisstadt Schwelm des nordrhein-westfälischen Ennepe-Ruhr-Kreises. Gegen 2.00 Uhr morgens randalieren drei Männer vor der Flüchtlingsunterkunft in der Kaiserstraße, werfen mit Steinen und schlagen mit Stangen auf Verkehrsschilder. Ein 21-jähriger Bewohner aus Syrien geht daraufhin in ihre Richtung, um zu schauen, was los ist. Als die Männer ihn entdecken, beleidigen sie ihn mit arabischen Schimpfwörtern und provozieren einen Streit. Dann versucht der Syrer zurück in die Einrichtung zu flüchten, wird jedoch von den Provokateuren eingeholt und von einem der Männer in den "Schwitzkasten" genommen – die beiden anderen prügeln auf ihn ein. Ein Wachmann der Einrichtung geht dazwischen und kann so die Auseinandersetzung auflösen. Die Täter rennen weg.

Schnell wird deutlich, dass die Angreifer der rechtsradikalen Szene angehören, sodass sich der Staatsschutz in die Ermittlungen einschaltet. Der mutmaßliche Haupttäter Robin Z., der durch mehrere dutzende Ermittlungsverfahren überörtlich polizeibekannt ist, wird am 13. November festgenommen und kommt in Untersuchungshaft. Der zweite Täter, der 21-jährige Patrick R, verrät sich selbst auf der facebook-Seite der Zeitung Westfälische Rundschau durch rassistische und zur Gewalt auffordernde Äußerungen, die der Staatsschutz mitgelesen hat. Am 1. Dezember kommt auch er in Untersuchungshaft. Beide Festgenommenen bewegen sich seit Jahren in der Nazi-Szene. Nach dem dritten Täter wird weiter gefahndet.

Im Januar 2021 verurteilt das Schöffengericht Schwelm Robin Z. wegen "Nötigung und versuchter Körperverletzung" zu einer Haftstrafe von fünf Monaten. Es ist seine 12. Verurteilung – er verbüßt zu dieser Zeit auch eine Gefängnisstrafe in der Vollzugsanstalt Remscheid von zweieinhalb Jahren. Der Tatvorwurf musste aufgrund der unterschiedlichen Aussagen des Betroffenen heruntergestuft werden, sodass auch die Strafe sehr milde ausfällt – der Mittäter wird sogar freigesprochen und die Gerichtskosten trägt der Staat.

*WP 20.11.20; WR 21.11.20;
WR 7.12.20; WR 22.2.21;
LT DS NRW 17/12646*

12. November 20

Freilassing im Bundesland Bayern. In der Grenzstadt zu Österreich wird eine Person aus dem Irak bei dem Versuch der Festnahme von Angehörigen der Bundespolizei verletzt.

BT DS 19/27084

13. November 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Walddörfer Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

14. November 20

Tecklenburg – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

15. November 20

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/22641

16. November 20

Neustadt-Glewe im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Ein Flüchtlingsjunge wird von einer Angreiferin zu Boden gestoßen und dann – am Boden liegend – weiter mit Füßen getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 19/26441*

17. November 20

Meißen im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt eine 43 Jahre alte Geflüchtete aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

19. November 20

Halle in Sachsen-Anhalt. In der Gemeinschaftsunterkunft Ludwig-Wucherer-Straße unternimmt ein 34 Jahre alter Bewohner aus Niger einen Suizidversuch. Der Mann wird nach einer eintägigen Aufnahme in der Psychiatrie entlassen und ambulant weiter behandelt.

LT DS SaAnh 7/7445

20. November 20

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 21.30 Uhr werden vier junge Geflüchtete aus dem Iran in der Breite Straße aus einer circa 20-köpfigen Gruppe, augenscheinlich Deutsche, heraus rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Sowohl die drei männlichen Flüchtlinge im Alter von 14, 16 und 23 Jahren, als auch eine junge Frau werden dabei verletzt. Die Angreifer:innen verlassen dann den Tatort.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI;
Polizei Rostock 21.11.20;*

20. November 20

Wandlitz im brandenburgischen Landkreis Barnim. Ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran wird von einem 17-Jährigen vor die Brust geschubst, rassistisch beleidigt und bekommt durch Handgesten Schläge angedroht.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*BT DS 19/24108;
LT DS Brbg 7/2913*

21. November 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Noltkestraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

21. November 20

Bramsche – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.
LT DS NieSa 18/8966

26. November 20

Stadt Leipzig im Bundesland Sachsen. Ein 32 Jahre alter Flüchtling aus Syrien tötet sich selbst.
LT DS Sachsen 7/5133

26. November 20

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
LT DS NRW 17/12646

27. November 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

27. November 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Sieversstücken 3 gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

November 20

Grafschaft Bentheim in Niedersachsen. In Nordhorn unternimmt eine 26 Jahre alte Frau aus dem Iran aus Angst vor Abschiebung einen Suizidversuch. Sie wird daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert.
LT DS NieSa 18/8966

November 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt eine Bewohnerin aus dem Iran einen Suizidversuch durch Tabletteneinnahme.
LT DS Hessen 20/5122

November 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/5122

November 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt ein Geflüchteter aus Syrien während des Vollzugs einer Ab-

schiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.
LT DS Hessen 20/5122

November 20

Laut Aussage des hessischen Innenministeriums unternimmt ein Geflüchteter aus Russland während des Vollzugs einer Abschiebungs- oder Überstellungsanordnung einen Suizidversuch. Die staatliche Maßnahme wird abgebrochen.
LT DS Hessen 20/5122

November 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus Sri Lanka einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Ghana einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Eine 29 Jahre alte Frau aus Afghanistan unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 32 Jahre alter Mann aus Nigeria unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Ein 38 Jahre alter Mann aus Pakistan unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Neckar-Odenwald-Kreis in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 37 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. Ein 29 Jahre alter Mann aus Syrien unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 28 Jahre alter Mann aus Kamerun unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Landkreis Tübingen in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 42 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

November 20

Ortenaukreis in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

November 20

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung Freiburg unternimmt eine Person einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

November 20

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

November 20

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Jordanien einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/14429

November 20

Landkreis Altötting im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Burghausen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/14429

November 20

Landkreis Pfaffenhofen a.d. Inn im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Wolnzach unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

November 20

Landkreis Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Kleinaitingen unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

November 20

Landkreis Rhön-Grabfeld im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Fladungen unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/14429

1. Dezember 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung werden gegen 13.30 Uhr zwei Geflüchtete – ein 22 Jahre alter Syrer und ein 28-jähriger Marokkaner – auf einem Grundstück der Straße Am Schäferbrunnen von einem Mann und einer Frau tödlich angegriffen.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung auf.

LT DS SaAnh 7/7270

5. Dezember 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Noltkestraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

5. Dezember 20

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

6. Dezember 20

Meißen im Bundesland Sachsen. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt ein 31 Jahre alter Flüchtling aus der Russischen Föderation einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

6. Dezember 20

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

7. Dezember 20

Magdeburg – Bundesland Sachsen-Anhalt. Die 32-jährige Nigar A. und ihr Mann sind am Abend bei Nachbarn, als an ihrer Wohnung zehn Polizeibeamt:innen und zwei Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde klingeln und den abwesenden minderjährigen Kindern deutlich machen, dass ihre Abschiebung jetzt stattfindet. "Ihr könnt mich nicht abschieben, ich schreib morgen die letzte Klassenarbeit", sagt der 12-jährige Sohn der Familie. Seine Mutter, die an einer schweren Depression leidet, bricht wenig später ohnmächtig zusammen.

Freund:innen und Nachbarn der Familie kommen hinzu, die Stimmung ist angstbeladen und angespannt. Herr A. muss mit den Kindern in einen Kleinbus der Polizei einsteigen – die bewusste Frau A. kommt auf dem Boden dieses Busses zu sich, die Hände gefesselt, einen Schuh im Gesicht und einen anderen auf ihrem Fuß.

Als ihr Bruder eintrifft und laut rufend aus seinem Auto steigt, zieht einer der Beamt:innen einen Gegenstand hervor, den einige Anwesende als Pistole definieren, die Polizei später jedoch als Pfefferspray.

Gegen 21.00 Uhr ergreift die 13-jährige Tochter die Flucht aus dem Kleinbus und rennt davon – ihr 12 Jahre alter Bruder folgt ihr.

Da die Kinder zu dieser Zeit nicht gefunden werden, wird entschieden, dass der Vater zunächst bleiben darf, um sie zu suchen. Die Mutter mit dem dreijährigen Sohn und der sieben Jahre alten Tochter muss jedoch im Bus bleiben.

Vom Flughafen Frankfurt am Main wird Nigar A. nach 22 Jahren Deutschland-Aufenthalt mit ihren Kindern nach Armenien abgeschoben.

Sie und ihr Mann sind Jesiden und sprechen gar kein Armenisch – ihre vier in Deutschland geborenen Kinder natürlich auch nicht.

Um ihren späteren Mann als 17-Jährige gegen den Willen der Eltern heiraten zu können, hatten die beiden den Fehler gemacht, von Niedersachsen nach Sachsen-Anhalt zu gehen und als syrisches Flüchtlingspaar – also unter falscher Identität – Asyl zu beantragen. Dieses wurde dann 2006 abgelehnt, so dass die beiden nur mit Kettenduldungen in Deutschland bleiben konnten und von Asylbewerber-Leistungen leben mussten, die zudem gekürzt wurden, als sie ihre wahre Identität bekannt machten.

In Armenien ist die Lage kurz nach dem Krieg mit Aserbaidschan um Bergkarabach prekär und die Situation für die

psychisch kranke Frau mit der Kindern – auch angesichts der Corona-Pandemie – verzweifelt.

Einige Tagen nach der Abschiebung taucht die 13-jährige Tochter wieder auf und muss sich in stationäre psychiatrische Behandlung begeben – ihr Bruder bleibt vorläufig verschwunden.

*ND 13.12.20; mdr 17.12.20;
mdr 18.12.20*

7. Dezember 20

Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS SaAnh 7/7445

10. Dezember 20

Landkreis Göttingen. Ein 20-jähriger Rom wird von seiner Freundin und der gemeinsamen Tochter getrennt und nach Serbien abgeschoben. Der junge Mann, der in Göttingen geboren ist und dort sein ganzes Leben wohnte, war zuvor noch nie in Serbien, und er spricht auch kein Serbisch. In Serbien erwartet ihn, verschlimmert durch Winter und Pandemie, ein Leben auf der Straße.

FRat NieSa 11.12.20

11. Dezember 20

Berlin. Eine 73 Jahre alte Frau wird mitten in der Nacht aus ihrer Unterkunft für besonders Schutzbedürftige abgeholt und zusammen mit 45 weiteren abgelehnten Asylbewerber:innen nach Moldawien abgeschoben.

Die Frau war nach einer Tuberkulose-Behandlung gerade aus einer Lungenklinik entlassen worden, um die medikamentöse Therapie – entsprechend dem Infektionsschutzgesetz – ärztlich überwacht ambulant fortzusetzen. Eine Unterbrechung der Medikamentengabe birgt die Gefahr der Entwicklung von multiresistenten Tuberkulose-Erregern.

Auch ihre sonstigen schweren Erkrankungen missachtend erfolgt die Abschiebung.

FRat Berlin 21.12.20

11. Dezember 20

Potsdam im Bundesland Brandenburg. Auf der Intensivstation des Ernst-von-Bergmann-Klinikums erliegt die 74 Jahre alte Zina Elzhurkaeva ihren Erkrankungen.

Frau Elzhurkaeva, die in einer Sammelunterkunft in Nauen lebte, hatte bereits Anfang November einen Antrag auf eine geeignete Unterkunft außerhalb des Lager gestellt, denn sie war schwer herz- und kreislaufkrank und galt demzufolge als Risiko-Patientin angesichts der Corona-Pandemie und angesichts der unhygienischen Bedingungen im Heim.

Sie hatte zwar ein Einzelzimmer, jedoch musste sie sich das Bad und die Küche mit sechs bis sieben anderen Familien teilen.

Den Antrag auf Umzug lehnte das Sozialamt mündlich ab, ohne bei seiner Entscheidung die gesundheitliche Situation von Frau Elzhurkaeva zu berücksichtigen, was im Rahmen der behördlichen Ermessungsausübung zwingend notwendig gewesen wäre. Es war nicht bereit, die Kosten dafür zu übernehmen.

Frau Elzhurkaeva infizierte sich dann tatsächlich mit dem Corona-Virus und bekam innerhalb von Tagen hohes Fieber, zunehmend schwere Atemnot und wurde ins Krankenhaus eingewiesen. Es kamen innere Blutungen hinzu und auch durch künstliche Beatmung konnte ihr Leben nicht mehr gerettet werden.

Nachdem ihr Ehemann und ihre Tochter in Tschetschenien gestorben waren, flüchtete ihr Enkelsohn mit ihr außer Landes, so dass sie im Juni 2016 in Deutschland Asyl beantragten. Ihre Hoffnung auf eine sichere Zukunft und eine gesundheitliche Stabilität hat sich nicht erfüllt.

(siehe auch: Kasten auf S. 1271)

*FRat Brbg 10.12.20;
FRat Brbg 17.12.20*

11. Dezember 20

Gera im Bundesland Thüringen. Ein Mann wird von seinen drei Kindern getrennt und nach Serbien abgeschoben.

Der Vater, der Sorgerecht für seine minderjährigen Kinder hat, lebte von ihrer Mutter getrennt. Er hatte sich aber intensiv um sie gekümmert und ein enges und vertrautes Verhältnis zu ihnen gehabt.

Der Flüchtlingsrat Thüringen und die NaturFreunde kritisieren die Abschiebung und die damit einhergehende Familienentrennung und Kindeswohlgefährdung scharf und fordern die Ermöglichung einer Wiedereinreise und die Übernahme der durch die Abschiebung entstandenen Kosten durch die Ausländerbehörde.

FRat Thüringen / NaturFreunde Thüringen 30.3.21

11. Dezember 20

Bernburg im Landkreis Harz - Sachsen-Anhalt. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung unternimmt eine 56 Jahre alte Bewohnerin aus dem Irak einen Suizidversuch. Die Frau kommt für fünf Tage zur stationären Behandlung ins Krankenhaus Bernburg.

LT DS SaAnh 7/7445

11. Dezember 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

13. Dezember 20

Halle an der Saale – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26641

14. Dezember 20

Haldensleben in Sachsen-Anhalt. Morgens um 4.00 Uhr wird eine 54-jährige Frau von der Polizei aus ihrer Unterkunft abgeholt und zum Münchener Flughafen gebracht, um sie nach Armenien ausfliegen zu lassen.

Die Frau ist schwer krank, leidet unter anderem an einer chronischen Nieren-Insuffizienz, einem schwer kontrollierbaren Bluthochdruck und Diabetes mellitus. Ihre Tochter, mit der sie zusammen und den zwei Enkeln in Deutschland ist, hatte sich bisher um sie gekümmert. Jetzt wird sie von alleine abgeschoben und darf wichtige Medikamente nicht mitnehmen. Die letzten 50 Euro werden ihr abgenommen.

Bei einem Zwischenstopp in der Ukraine, wird sie aus dem Flugzeug geholt, weil ihre Reisefähigkeit angezweifelt wird.

Sie kommt im Flughafen-Transitbereich in Gewahrsam und leidet unter den zunehmenden Symptomen ihrer ver-

schiedenen Krankheiten und die notwendigen Medikamente zum Lindern der Symptome hat sie nicht.

Nach vier Tagen im Transit wird ihre Abschiebung nach Armenien fortgesetzt.

*FRat SaAnh 15.5.20;
FRat SaAnh 21.5.20;
FRat SaAnh*

14. Dezember 20

Meiningen im Bundesland Thüringen. Ohne Vorankündigung wird ein Vater zusammen mit seinen 13 und 15 Jahre alten Kindern um 2.30 Uhr aus der Unterkunft in Meiningen abgeholt und über den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden nach Albanien ausgeflogen. Da die psychisch kranke Mutter der Kinder bei Bekannten übernachtet, ist die Familie jetzt getrennt. Noch am 1. Dezember war ihnen eine Duldung für drei Monate ausgestellt worden.

Die Ausländerbehörde Schmalkalden-Meiningen äußert sich der Presse gegenüber, dass sie zu dem Schluss gekommen sei, dass der Vater die beiden minderjährigen Kinder versorgen und die Mutter nachreisen könne.

Das Haus, in dem die Familie in Albanien gelebt hatte, wurde während des schweren Erdbebens 2019 zerstört, so dass sie dorthin nicht zurückkehren können.

Die Ausländerbehörde jedoch sieht die Unterbringung als gesichert an, die Abgeschobenen könnten bei Verwandten unterkommen – auch die aktuelle Pandemie stelle keinen Hinderungsgrund dar.

*FRat Thür 17.12.20;
Meininger TB 17.12.20;
TLZ 17.12.20;
OtZ 19.12.20*

14. Dezember 20

Fallingbostal-Oerbke – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

14. Dezember 20

Leonberg im baden-württembergischen Landkreis Böblingen. Morgens um 6.00 Uhr erscheinen Polizeibeamt:innen in einer Jugendhilfe-Einrichtung der Waldhaus GmbH, um zwei Geschwister, ein 16-jähriges Mädchen und ihren zwölf Jahre alten Bruder, herauszuholen und nach Albanien abzuschleppen. Diese werden aus dem Schlaf gerissen, bekommen keine Gelegenheit, sich bei ihren Bezugspersonen zu verabschieden und werden mitgenommen.

Seit vier Jahren leben sie in Deutschland, ihre Eltern sind vor zwei Jahren in die Illegalität gegangen, so dass die Kinder vom Jugendamt in Obhut genommen wurden.

Durch die Abschiebung werden sie abrupt aus ihrem sozialen Umfeld gerissen, der Junge spielt im Tischtennis-Verein und ist bei den Pfadfindern, und seine Schwester befindet sich kurz vor ihrem Hauptschulabschluss, um danach die Mittlere Reife machen zu können. Sie war letztes Jahr Sprecherin ihrer Schulklasse und ist Mitglied der Tanzgruppe des Jugendcafés Siesta in Leonberg.

Das Landratsamt Böblingen hat die Abschiebung vorbereitet und durchgeführt – auch gegen den Willen und unter Protest des Jugendamtes.

In Tirana werden die Kinder – statt wie vom Landratsamt bekundet von einem Kinderschutzbeauftragten in Empfang genommen und in eine entsprechende Einrichtung gebracht, tatsächlich von der Polizei abgeholt und mit zur Wache genommen. Dort erscheinen irgendwann ein Halbbruder und

danach der hochbetagte Großvater, mit denen die Kinder aber nicht mitgehen wollen. Erst als die Polizei damit droht, dass sie mit Kriminellen zusammen eingesperrt werden, gehen sie mit.

Es geht ihnen dort schlecht, wie sie ihren Bezugspersonen in Deutschland per Handy berichten. Sie haben keine Tagesstruktur, keine gesicherte Aufsicht und auch finanziell sind sie nicht abgesichert. "Ich möchte wieder nach Hause, ich möchte nicht hierbleiben. Ich habe hier niemanden", berichtet die 16-Jährige.

Ein Rechtsanwalt aus Freiburg übernimmt die Vertretung der Kinder und erhebt Klage gegen die gesetzeswidrige Abschiebung der Kinder.

*StZ 29.12.20; StN 30.12.20;
FRat BaWü u. Waldhaus GmbH 8.2.21*

15. Dezember 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Tessenowweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

16. Dezember 20

Flughafen Leipzig/Halle in Sachsen. Um 21.18 Uhr startet eine Maschine der spanischen Fluggesellschaft Privilege Style mit 30 Personen an Bord, die nach Afghanistan abgeschoben werden. Es ist die 34. Sammelabschiebung seit Dezember 2016 und es beteiligen sich 13 Bundesländer daran – Bayern liefert mit 12 Personen, als größte Gruppe der Abzuschleppenden.

Unter den Zwangspassagieren befindet sich ein junger Mann, der an Krücken geht, weil ein Bein seit einer lebensgefährlichen Messerstich-Verletzung im Juli weitgehend gelähmt ist. Das Attest des Arztes, das beschreibt, dass er mit dieser Behinderung "nicht alleine ohne Unterstützung und schon gar nicht in unsicheren Gebieten leben kann", war nicht von den Gerichten nicht akzeptiert worden, weil es den Formalien nicht genügte.

Das Regierungspräsidium gab dann den Weg in die Abschiebehaft und damit zur Abschiebung des Mannes frei. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt in die Abschiebungshaft Pforzheim eingeliefert. In Kabul geht es ihm schlecht, er schläft irgendwo auf dem Boden bei 3 Grad ohne Heizung. Es taucht ein Papier auf, in dem steht, dass er die afghanische Staatsangehörigkeit haben soll, obwohl er im Iran geboren und aufgewachsen ist und auch seine Mutter dort seit Jahrzehnten lebt.

Aus Berlin wird der 21 Jahre alte Semal X. in Anstaltskleidern der Jugendstrafanstalt und ohne Hab und Gut bei minus 10 Grad Kälte in Kabul auf die Straße gesetzt. Er war bei der Festnahme in Berlin blutig geschlagen worden.

Als unbegleiteter Minderjähriger war er vor sechs Jahren nach Deutschland gekommen. Seine schwere Traumatisierung aufgrund von Gewalterfahrungen führte zur Drogenabhängigkeit, wodurch er dann auch straffällig geworden war. Er hatte jetzt diese Strafe abgesessen, seinen Schulabschluss gemacht und seine Sucht überwunden.

*FRat Berlin 14.12.20;
Aktion Bleiberecht 18.12.20;
wordpress.com 17.12.20*

16. Dezember 20

Essen – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

17. Dezember 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Sportallee gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

17. Dezember 20

Bramsche – Niedersachsen. In der Flüchtlingsunterkunft der Landesaufnahmebehörde unternimmt ein 37 Jahre alter Mann aus Liberia einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

18. Dezember 20

Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam. Am Hauptbahnhof werden ein 20 Jahre alter Flüchtling aus Syrien und sein Begleiter von vier Personen beleidigt. Dann versucht einer der Provokateure, den Syrer zu schlagen, der den Angriff abwehren kann. In diesem Moment schlägt ihm eine Frau die Faust ins Gesicht. Umstehende Zeug:innen greifen nicht ein, so dass die Angreifer:innen mit einem Bus davonfahren können. Der Syrer muss seine Verletzungen von einem Arzt behandeln lassen.

OPP

18. Dezember 20

Herne – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

21. Dezember 20

Rostock – Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 19/26441

21. Dezember 20

Frankfurt (Oder) – Brandenburg. Ein 27 Jahre alter Geflüchteter aus Gambia wird beim Pizza-Ausliefern an einer Wohnungstür rassistisch beleidigt, bedroht und einem versuchten körperlichen Angriff ausgesetzt.

Als der Betroffene an der Tür eines Bestellers der Pizza klingelt, ruft dieser in die Wohnung: "...ey Jungs, der ist schwarz ...", dann dreht er sich zurück und zeigt dem Afrikaner den sogenannten Hitlergruß.

Dieser flieht daraufhin ins Treppenhaus, wird von dem Nazi verfolgt, der versucht, dem Mann von hinten das Standbein wegzutreten. Der Gambier kann dem gerade noch ausweichen und ein Fallen verhindern. Der Angreifer droht ihm an, dass er ihn umbringen werde, wenn er ihn das nächste Mal sehen würde.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*LT DS Brbg 7/3067;
BT DS 19/24108*

21. Dezember 20

Potsdam – Brandenburg. Ein 10 Jahre alter Flüchtlingsjunge aus Syrien wird von einer Rassistin beschimpft und aufgefordert, in sein "Land zurückzugehen". Als sie ihn schlagen will, gelingt es ihm, den Angriff abzuwehren.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf.

*LT DS Brbg 7/3067;
BT DS 19/24108*

21. Dezember 20

Frankfurt (Oder) – Brandenburg. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS Brbg 7/35555

23. Dezember 20

Wusterhausen/Dosse im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ein 30 Jahre alter Mann beleidigt und beschimpft eine Gruppe von drei bis vier Personen ausländischer Herkunft. Als mindestens zwei Jugendliche auf den Provokateur zugehen, nimmt dieser eine Glasflasche aus seiner Jacke und schlägt damit um sich. Ein 17 Jahre alter Flüchtling aus der Türkei und ein 16 Jahre alter Jugendlicher aus Bulgarien werden dadurch verletzt.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung auf.

LT DS Brbg 7/3067

23. Dezember 20

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die dezentrale Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Sportallee gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternahm.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/4846

26. Dezember 20

Bochum – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Landesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Flüchtlinge. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 17/12646

28. Dezember 20

Eichstätt im Bundesland Bayern. Um 11.35 Uhr wird die 33-jährige Mimi T. aus der Abschiebehaftanstalt Eichstätt abgeholt und von Polizist:innen zum Flughafen nach Frankfurt a. M. gebracht. Dort wird sie in ein Flugzeug der Turkish Airlines gezwungen. Gegen 24.00 Uhr landet die Maschine in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba. Mimi T., noch immer mit der Gefängnisuniform bekleidet und im Rollstuhl sitzend, wird ohne Bargeld und ohne ihr Gepäck von deutschen Polizist:innen am Flughafen abgestellt. Hier bekommt sie ihr Handy zurück – allerdings mit leerem Akku.

Die Ausländerbehörde Nürnberg hatte bereits am 26. November 20 versucht, Mimi T. abzuschleppen. Der Versuch musste abgebrochen werden, da Mimi T. Widerstand leistete und die Fluggesellschaft sich weigerte, sie mitzunehmen.

Mimi T. war bereits am 23. November 20 verhaftet und ohne einen gültigen Haftbeschluss in der Abschiebehaftanstalt Eichstätt eingeliefert worden. Mehrere Kontaktpersonen berichteten von ihrem desolaten körperlichen und psychischen Gesundheitszustand, da sie nicht mehr schlief, aß und trank.

Während der mehrwöchigen Haft verlor Mimi T. 15 kg Körpergewicht: weinte viel, hatte Angst und Panik-Attacken, mochte nicht mehr die Augen schließen, weil sie die Alpträume nicht ertrug. Sie wünschte sich ein Mittel, das ihr Leben schnell beendet. Zum Laufen benötigte sie Gehhilfen – konnte sich mit eigener Kraft nicht auf den Beinen halten, hangelte sich an der Zellenwand entlang.

Als sie versuchte, sich tatsächlich das Leben zu nehmen, bemerkten es Wachleute und verhinderten das Schlimmste. Am 16. Dezember kam Frau T. ins Klinikum Ingolstadt, wo ihr eine "akut psychiatrische Erkrankung" attestiert wurde – mit dem Zusatz, dass sie "nicht reisefähig" sei.

Zwei unterschiedliche psychiatrische Gutachten, die unter anderem durch die Haftanstalt beauftragt wurden, beschrieben, dass Mimi T. dringend psychiatrische und internistische Behandlung benötige, eine Abschiebung sehr wahrscheinlich nicht überleben würde und andauernd suizidal sei. Der Anstaltsarzt der Abschiebehaftanstalt stempelte sie trotz der Gutachten reisefähig.

Neben Protesten durch den Flüchtlingsrat Bayern, Pro Asyl, Amnesty International und dem Aktionsbündnis gegen Abschiebehaft Eichstätt wurden verschiedene Rechtsmittel eingelegt, um einen Abschiebestopp zu erreichen.

Das Verwaltungsgericht Ansbach erkannte jedoch die psychiatrischen Atteste nicht an, da sie den gesetzlichen Anforderungen nicht genügten.

In dieser Zeit berichtete Mimi T. einem Bekannten am Telefon, dass der Gefängnisarzt ihr am 25. Dezember 20 eine Infusion verabreichte; ein Wachmann kommentierte dies mit dem Hinweis, sie solle besser hier essen, in Afrika gäbe es nichts mehr.

Mimi T. hat Äthiopien 2009 verlassen. Wegen oppositioneller Tätigkeiten wurde sie in ihrem Heimatland verfolgt und erfuhr dort während ihrer Inhaftierung sexualisierte Gewalt. Ebenso in Dubai, wo sie dann lebte, erfuhr sie als Hausangestellte sexualisierte Gewalt.

Vor acht Jahren ist Mimi T. nach Deutschland gekommen – im Psychosozialen Zentrum Nürnberg wurde sie die vergangenen eineinhalb Jahre aufgrund einer schweren Depression mit Verdacht auf eine posttraumatische Belastungsstörung behandelt.

Mimi T. lebte vor der Festnahme zur Abschiebung in Nürnberg, wo sie fest in ihre Kirchengemeinschaft integriert war. Seit drei Jahren ist sie mit einem äthiopischen Mann kirchlich verheiratet. Nachdem ihr Asylantrag 2014 abgelehnt wurde, lebte sie mit dem Status der Duldung.

In Äthiopien hat Mimi T. keine sozialen Kontakte mehr, ihre Familie konnte sie auch mithilfe des Roten Kreuzes nicht mehr ausfindig machen.

Das Land ist seit Anfang 2020 von einer Heuschreckenplage betroffen, die zu extremen Versorgungsengpässen führt. Ebenso ist die politische Situation instabil, der Konflikt zwischen der nördlichen Region Tigray und der Zentralregierung eskalierte Ende 2020, wobei bereits mehrere hundert Zivilist:innen starben und über 40.000 Menschen auf der Flucht sind.

Das Auswärtige Amt warnt aktuell vor Reisen nach Äthiopien. Covid-19 hat das Land außerdem stark getroffen, und das Gesundheitssystem ist längst an seine Belastungsgrenze gestoßen.

Menschenrechtsaktivist:innen und Unterstützungsgruppen protestieren nach Mimi T.s Abschiebung wiederholt vor der Haftanstalt Eichstätt und fordern ihre Rückholung aus Äthiopien, die durch ein Gerichtsverfahren erreicht werden soll. Die Anwältin von Mimi T., Giannina Mangold, hat Beschwerde gegen die Abweisung ihrer Eilrechtsschutzanträge eingelegt.

In Äthiopien haben Bekannte aus Deutschland kurzzeitig Unterstützung vor Ort für Mimi T. organisiert. Da sie vollkommen mittellos und auf sich alleine gestellt ist, wird ihr zunächst ein Pensionszimmer in Addis Abeba vermittelt, übergangsweise wohnt sie danach bei einer Mitarbeiterin der Caritas. Mimi T.s Gesundheitszustand ist weiterhin kritisch.

Mitte Januar kommt sie ins Bethzatha General Hospital, wo ein lebensbedrohlicher Darmverschluss behandelt werden muss. Die Ärzt:innen beschreiben zudem eine Angststörung, Lethargie und einen Erschöpfungszustand.

Der bayerische Flüchtlingsrat hat ein Spendenkonto eingerichtet, da Mimi T. absolut mittellos ist.

*FRat Bayern 25.11.20;
BR 24 27.11.20; Nordbayern.de 27.11.20;
FRat Bayern 24.12.20;
DK 27.12.20; DK 28.12.20;
Nordbayern.de 28.12.20;
FRat Bayern 29.12.20; FR 30.12.20;
FRat Bayern 12.1.21;
FR 3.2.21; FR 7.2.21;*

29. Dezember 20

Graben-Neudorf im baden-württembergischen Landkreis Karlsruhe. Gegen 3.15 Uhr trifft ein Notruf bei der Feuerwehr ein, weil Rauch aus dem Gebäude einer Asyl- und Sozialunterkunft in Graben dringt. Zwei brennende Kinderwagen können schnell gelöscht werden, nachdem die Bewohner:innen unverletzt ins Freie gekommen sind.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen fahrlässiger oder absichtlicher Brandstiftung auf.

*Polizei Karlsruhe 29.12.20;
Die Rheinpfalz 29.12.20;
BNN 29.12.20*

30. Dezember 20

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. An der Straßenbahn-Haltestelle Westring gegen 13.00 Uhr warten zwei Frauen in einem Auto an der roten Ampel – eine von ihnen trägt ein islamisches Kopftuch. Da geht ein Mann mit abwertenden und aggressiven Handbewegen vor ihrem Auto vorbei, beschimpft und beleidigt die Frauen. Dann zieht er eine Schusswaffe und zielt auf sie.

Die Frauen rufen die Polizei und auch im Beisein der Beam:innen beleidigt der Mann die Frauen weiter. Ermittlungen wegen Bedrohung werden eingeleitet – der polizeiliche Staatsschutz übernimmt diese dann.

*Mobile Beratung SaAnh;
Mobile Beratung SaAnh (Polizei 10.2.21);
BT DS 19/26641*

Dezember 20

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Gewährswohnung unternimmt ein 29 Jahre alter Flüchtling aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/5133

Dezember 20

Schmölln im thüringischen Landkreis Altenburg. Eine geflüchtete Person unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS Thüringen 7/4141

Dezember 20

In einer Flüchtlingsunterkunft der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen (EAEH) unternimmt ein Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/5122

Dezember 20

Rhein-Neckar-Kreis in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 38 Jahre alter Mann aus Sri Lanka einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Dezember 20

Landkreis Schwäbisch Hall in Baden-Württemberg. Eine 18 Jahre alte Frau aus dem Irak unternimmt einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

Dezember 20

Landkreis Biberach in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Georgien einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

Dezember 20

Landkreis Konstanz in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein Bewohner aus Indien einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 16/9998

Dezember 20

Landkreis Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Ergolding unternimmt eine Person aus Sierra Leone einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.
LT DS Bayern 18/14429

Dezember 20

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Überfahrenlassen.
LT DS Bayern 18/14429

Dezember 20

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/14429

Dezember 20

Landkreis Starnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Krailling unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/14429

4. Quartal 20

Hamburg. In der Rückführungseinrichtung unternimmt ein 18 Jahre alter Flüchtling aus Marokko einen Suizidversuch. Er soll entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Italien rückgeschoben werden.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/2850

4. Quartal 20

Hamburg. In der Rückführungseinrichtung werden von zwei Gefangenen ernsthafte Suizidandrohungen geäußert: Von einem 20 Jahre alten libyschen Flüchtling, der in die Niederlande zurückgeschoben und von einem 37 Jahre alten Geflüchteten, der in den Libanon abgeschoben werden sollte.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/2850

Im Jahre 2020

Schleswig-Holstein. Das Innenministerium gibt bekannt, dass es in einigen Landesunterkünften für Asylsuchende zu mindestens drei Suizidversuchen gekommen ist. Diese geschahen durch Tabletten-Einnahme oder durch das Öffnen von Pulsadern.
Innenministerium S-H 19.4.21

Im Jahre 2020

Hansestadt Bremen. Der Bremer Senat gibt bekannt, dass ein 24 Jahre alter Flüchtling – rassistisch motiviert – körperlich angegriffen wurde. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts einer Körperverletzung auf.
Bremische Bürgerschaft DS 20/973

Im Jahre 2020

Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung wurde in zehn Fällen die Polizei gerufen, weil Geflüchtete Suizid begingen – in einem zusätzlichen Fall handelte es sich um einen Suizidversuch.
LT DS MeckPom 8/615

Im Jahre 2020

Nach Auskunft der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat sich eine geflüchtete Person selbst getötet.
Abgeordnetenhaus Berlin 18/27437

Im Jahre 2020

Nach Auskunft der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales haben sich 16 Geflüchtete selbst verletzt oder versucht, sich umzubringen.
Abgeordnetenhaus Berlin 18/27437

Im Jahre 2020

Nach Aussage der Landesregierung Sachsen-Anhalt haben sich im Zusammenhang mit zwangsweisen Rückschiebungen zwei Suizidversuche von Geflüchteten in Ausländerbehörden ereignet.
LT DS SaAnh 7/7280

Im Jahre 2020

Landeshauptstadt Erfurt in Thüringen. In diesem Jahr kommt es bei minderjährigen, unbegleiteten, geflüchteten Personen in drei Fällen zu selbstverletzendem Verhalten.
LT DS Thüringen 7/4141

Im Jahre 2020

Im thüringischen Jena äußert in diesem Jahr eine geflüchtete Person Suizidabsichten.
LT DS Thüringen 7/4141

Im Jahre 2020

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. In diesem Jahr kommt es bei geflüchteten Personen in acht Fällen zu selbstverletzendem Verhalten.
LT DS Thüringen 7/4141

Im Jahre 2020

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen. In diesem Jahr kommt es bei einer geflüchteten Person zu einem Suizidversuch oder einer Suizidandrohung.
LT DS Thüringen 7/4141

Im Jahre 2020

Wolfsburg in Niedersachsen. In einer dezentralen Unterkunft unternimmt eine geflüchtete Person einen Suizidversuch.
LT DS NieSa 18/8966

Im Jahre 2020

Landkreis Lüneburg in Niedersachsen. In einer dezentralen

Unterkunft unternimmt eine geflüchtete Person einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

Im Jahre 2020

Landkreis Oldenburg in Niedersachsen. In einer dezentralen Unterkunft unternimmt eine geflüchtete Person einen Suizidversuch.

LT DS NieSa 18/8966

Im Jahre 2020

Bundesland Niedersachsen. Die Landesregierung teilt mit, dass sich zwei geflüchtete Personen, die nicht in Besitz von Arbeits- und Ausbildererlaubnissen sind, versucht haben, sich zu töten. Eine von ihnen hatte Asyl beantragt und befand sich einer Justizvollzugsanstalt in Untersuchungshaft.

LT DS NieSa 18/8966

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Ein 26 Jahre alter Mann aus der Türkei unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Ein 26 Jahre alter Mann aus der Türkei unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Ein 25 Jahre alter Mann aus Nigeria unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Eine 19 Jahre alte Frau aus dem Irak begeht Suizid.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Eine 30 Jahre alte Frau aus Kamerun unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Eine 23 Jahre alte Frau aus der Türkei unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Ein 21 Jahre alter Mann aus Afghanistan unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Landeshauptstadt Stuttgart – Baden-Württemberg. Eine 15 Jahre alte Jugendliche aus Afghanistan unternimmt einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Landkreis Biberach in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 28 Jahre alter Mann aus Afghanistan mehrere Suizidversuche.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Die Bundesregierung gibt bekannt, dass in diesem Jahr bei fünf Abschiebungs- und zwei Überstellungsversuchen die Abschiebung per Linienflug abgebrochen werden musste, weil es dabei zu Selbstverletzungen von Flüchtlingen gekommen war.

Dies geschah bei zwei Versuchen auf dem Flughafen Berlin-Tegel, bei drei Versuchen auf dem Flughafen Frankfurt am Main und bei jeweils einem Versuch in Hamburg und Köln/Bonn.

Zwei betroffene Personen kamen aus dem Iran und jeweils eine Person aus Nigeria, Marokko, Pakistan, Bosnien-Herzegowina und Libanon.

BT DS 19/27007

Im Jahre 2020

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert im Vorfeld von Abschiebungen die Selbstverletzungen oder die Suizidversuche von zwei geflüchteten Personen.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

Im Jahre 2020

Nordrhein-Westfalen. Die Abschiebebeobachtung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn dokumentiert Abholungen von Betroffenen aus stationären Behandlungen in mindestens drei Fällen – zwei davon erfolgten aus psychiatrischen Einrichtungen.

In einem weiteren Fall wurde die Abholung eines Mannes aus stationärer psychiatrischer Behandlung durch die Klinik unterbunden. Seine Ehefrau und die zwei Kinder wurden trotzdem abgeschoben.

Abschiebungsbeobachtung NRW 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein nigerianischer Geflüchteter wird von Polizeibeamt:innen aus dem Krankenhaus abgeholt und zum Flughafen gebracht, im Rahmen des Dublin III-Verfahrens soll er nach Italien überstellt werden. Er wird ohne Gepäck und ohne Geld nach Mailand abgeschoben. Der Mann war am Abend vor seiner Abschiebung in Ohnmacht gefallen und ins Krankenhaus eingeliefert worden, wo man ihn über Nacht stationär behandelte.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein aus der Türkei geflüchteter Mann wird mit seinen drei Kindern im Alter von drei, acht und zehn Jahren zum Flughafen gebracht. Sie sollen nach Ankara abgeschoben werden, was 1300 km vom Herkunftsort der Familie entfernt liegt. Da sich seine Frau wegen einer Risikoschwangerschaft im Krankenhaus befindet, soll der Mann alleine mit den Kindern abgeschoben werden. Das jüngste der Kinder leidet an Epilepsie.

Später wird die Frau, im Rollstuhl sitzend, zu ihrer Familie gebracht. Die Abschiebebeobachtung übersetzt die Gespräche zwischen Familie und Beamt:innen der Bundespolizei, welche schließlich die Abschiebung abbricht.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein aus Nigeria geflüchteter Mann wird von Bundespolizist:innen aus seiner Unterkunft abgeholt. Sie bringen ihn zum Flughafen, von wo aus seine Abschiebung nach Rom erfolgt, wodurch er von seiner Familie getrennt wird.

Seine Frau und die gemeinsamen Kinder bleiben in Deutschland zurück, weil der Abschiebeauftrag der Bundespolizei sich ausschließlich auf ihn bezieht.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein aus Serbien geflüchteter Mann wird gemeinsam mit seinen drei Kindern im Alter von vier, sieben und zehn Jahren abgeschoben. Die Familie wird dabei getrennt, denn die Ehefrau und Mutter befindet sich zum Zeitpunkt der Abschiebung in der Psychiatrie.

Zwei Wochen später willigt sie ihrer Entlassung und Abschiebung zu, um wieder bei ihrer Familie sein zu können.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein Ehepaar mit fünf Kindern, die zwischen sieben und einem Jahr alt sind, wird abgeschoben. Die Familie gehört der Minderheit der Roma an: Der Vater und die älteste Tochter besitzen die serbische Staatsbürgerschaft, die Mutter und die jüngeren vier Geschwister die nordmazedonische Staatsbürgerschaft.

Als die Chartermaschine in Belgrad landet, müssen der Vater und die älteste Tochter aussteigen – seine Frau und die anderen Kinder werden weiter nach Skopje geflogen.

Die Mutter muss sich am dortigen Flughafen nicht nur um die vier kleinen Kinder, von denen das Jüngste knapp ein Jahr alt ist, sondern um das Gepäck, die Versorgung und Unterbringung alleine kümmern.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Eine aus Albanien geflüchtete Frau wird mit ihrem zwölf Jahre alten Sohn nach Albanien abgeschoben. Die Frau ist schwanger und leidet an Depressionen. Ihre Abschiebung wird durch eine Ärztin begleitet. Als sich Bundespolizist:innen besprechen, was zu tun sei, falls die Abschiebung abgebrochen würde, ruft die Ärztin laut in den Raum: „Das [Scheitern] will ich nicht hören, dann war vorher alles umsonst“.

Laut der Abschiebebeobachtung Frankfurt könnte die Aussage der Ärztin bedeuten, dass sie ein eigenes Interesse am Vollzug der Maßnahme hat, da es von der Flugreisetauglichkeit der betroffenen Person abhängt, ob Begleitärzt:innen überhaupt zum Einsatz kommen und dafür ein Honorar beziehen oder nicht.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein aus Georgien geflüchtetes Paar wird gemeinsam mit ihrem fünfzehnjährigen Kind, das an einem Gendefekt leidet, nach Georgien abgeschoben. Vor Ort sind Beamt:innen der georgischen Regierung anwesend, die die Annahme der Abgeschobenen prüfen.

Die Eltern versuchen während der Übergabe durch die Bundespolizei an die georgischen Behörden, einen der georgischen Vertreter davon zu überzeugen, sie abzulehnen. Daraufhin schaltet sich die Begleitärztin der deutschen Seite ein. Sie ruft, für alle Umstehenden hörbar, den Bundespolizist:innen zu, dass sie die Familie schnell an den georgischen Vertretern vorbei ins Flugzeug bringen sollen. Die Krankheit sei nicht heilbar. Zudem hätten "wir" der Familie genug Geld für die Therapie in Georgien gegeben.

Der leitende Beamte der Bundespolizei erklärt der Ärztin daraufhin, dass die Prüfung hier ordnungsgemäß abgeschlossen werden müsse, da sonst eine Ablehnung bei Ankunft in Georgien drohe und er daher die Prüfung weder beschleunigen, noch die Familie daran vorbeischleusen werde.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein Mann mit türkischer Staatsbürgerschaft wird von Beamt:innen der Landespolizei in seiner Wohnung abgeholt. Er soll nach Istanbul abgeschoben werden. Der Mann, der bei seiner Festnahme zu einem Messer gegriffen haben soll, wird dabei an Kopf und Händen verletzt. Er wird zum Flughafen Frankfurt gebracht, seine Abschiebung wird durch Beamt:innen der Bundespolizei sowie durch eine Ärztin begleitet. Die Ärztin, die bei der Festnahme nicht anwesend war, stellt die Flugreisetauglichkeit aus und attestiert seine Gewahrsamsfähigkeit.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

Im Jahre 2020

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Ein Geflüchteter mit tadschikischer Staatsbürgerschaft wird nach Riga in Lettland abgeschoben. Da der Mann sich in der Vergangenheit Schnittverletzungen zufügte und eine Suizidgefahr besteht, wird die Abschiebung von Bundespolizist:innen sowie einem Arzt begleitet. Der Mediziner stellt sich dem Mann weder als Arzt vor, noch nimmt er während der Abschiebung Kontakt zu ihm auf.

Abschiebungsbeobachtung FFM 2020

In den Jahren 2016 bis 2020

Landkreis Altenburger Land in Thüringen. In dieser Zeit fanden drei Suizidversuche von Geflüchteten statt, von denen einer tödlich endete.

Es handelte sich um zwei männliche und eine weibliche Geflüchtete aus den Ländern Somalia und Afghanistan im Alter von 17 bis 33 Jahren.

(Der Suizid eines 17-jährigen Somaliers wurde hier bereits unter dem Datum 21. Oktober 16 dokumentiert.)

LT DS Thüringen 7/3434;

LT DS Thüringen 7/4141

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein Bewohner unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein Bewohner unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein Bewohner unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine Person unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Kamerun einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt eine Person unbekannter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 26 Jahre alter Mann aus Nordafrika einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber:innen unternimmt eine 22 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 16/9998

Im Zeitraum von Juni 2018 bis 2020

Ellwangen in Baden-Württemberg. In einer Landeserstaufnahme-Einrichtung unternahm im oben genannten Zeitraum 13 Bewohner:innen Suizidversuche.

LT DS BaWü 16/9998

Im Jahre 2020

Trier im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu 10 Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2020

Speyer im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu 14 Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2020

Kreisstadt Kusel im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu drei Suizidversuchen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2020

Hermeskeil im Landkreis Trier Saarburg – Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu 10 Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Zusammenfassung des Jahres 2020

Mindestens drei Personen starben
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen,
12 Geflüchtete verletzten sich
auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen.

28 Menschen töteten sich selbst angesichts
ihrer drohenden Abschiebung
oder starben beim Versuch,
vor der Abschiebung zu fliehen.
Davon befand sich eine Person in Haft.

Mindestens 498 Geflüchtete verletzten sich selbst
oder versuchten sich umzubringen und
überlebten z.T. schwer verletzt.
Davon befanden sich 35 Personen in Haft.

Neun Geflüchtete wurden durch
Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen
während der Abschiebung verletzt.

Fünf Geflüchtete wurden nach der Abschiebung
mißhandelt oder hilflos sich selbst überlassen.
Eine Person starb aufgrund schwerster Erkrankungen.

Bei Maßnahmen wie Abschiebungen, Festnahmen,
in der Haft, in Behörden oder auf der Straße
durch Polizei, anderes Bewachungspersonal
oder Verantwortliche
wurden 29 Geflüchtete verletzt.
Eine Person starb durch Polizeikugeln.

Durch unterlassene Hilfeleistung
starben sechs Personen.

Bei Bränden und Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte
und durch sonstige Umstände in Lagern wurden
13 Personen z.T. erheblich verletzt oder erkrankten.
Eine Person starb bei einem Brand.

Bei rassistischen Attacken im öffentlichen Bereich
wurden 332 Geflüchtete tätlich angegriffen
und dabei z.T. schwer verletzt.
Ein 15-jähriger Geflüchteter wurde
auf offener Straße erstochen.



In Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt

**Seit dem 26. September 2020
Mahnmal auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg**

<https://umbruch-bildarchiv.org/der-oranienplatz-ein-gedenkort-fuer-die-opfer-von-rassismus-und-polizeigewalt/>

Corona in deutschen Flüchtlingslagern

Die Unterbringung von schutzsuchenden Menschen in Massenunterkünften bedeutet in Zeiten der Corona-Pandemie die Schaffung von lebensgefährlichen Umständen für die Bewohner:innen. Die ohnehin prekären und belastenden sozialen, gesundheitlichen und psychischen Bedingungen, unter denen Menschen in Lagern und Sammelunterkünften leben müssen, spitzen sich unter Corona weiter zu.

Die erste Corona-Infektion in einer deutschen Massenunterkunft für Geflüchtete wurde am 11. März 2020 in Heidelberg festgestellt. Bis September 2020 erfasste das Robert Koch-Institut (RKI) 199 kleinere und größere Corona-Ausbrüche in Flüchtlingslagern. Alleine in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen circa 36.000 Menschen die ersten 18 ihres Deutschland-Aufenthalts leben müssen, infizierten sich mehr als 6000 Menschen bis Ende des Jahres 2020. Das entsprach einem Ansteckungsrisiko für die Bewohner:innen von 17 Prozent. Das Risiko einer Corona-Infektion in der Gesamtbevölkerung lag hingegen bei knapp über zwei Prozent. (Stand 31.12.2020)

In Deutschland leben ca. 213.000 geflüchtete Menschen (Stand 31.12.2019 Statistisches Bundesamt) in Sammelunterkünften wie AnKER-Zentren, Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften. Die Lebensbedingungen in den Lagern unterscheiden sich dabei von

Bundesland zu Bundesland und von Kommune zu Kommune teilweise erheblich.

In allen Unterkünften gibt es jedoch ein Leben auf engstem Raume oft ohne Rückzugsmöglichkeiten und damit ohne Schutz der Intim- und Privatsphäre. Toiletten, Duschen und Küchen müssen von vielen Geflüchteten gemeinsam benutzt werden.

- 15 Quadratmeter große Zimmer für mehrere Personen als Lebens- und Schlafraum sind keine Seltenheit. In manchen Lagern teilen sich bis zu 100 Menschen zwei Toiletten und eine Dusche auf einer Etage. In den Kantinen essen mehrere hundert Menschen gemeinsam – ohne Möglichkeit, Abstand zu halten.
- Teilweise haben Wohneinheiten in den Einrichtungen wie zum Beispiel in der Lindenstraße in Bremen keine Decken und sind dadurch räumlich nicht von einander getrennt.

Virus trifft Massenunterkunft

Für die Verbreitung einer Virus-Infektion bieten diese Lager günstigste Bedingungen, so dass diese schnell zu Infektions-Hotspots eskalieren. Auch das Robert Koch-Institut schätzt "das Übertragungsrisiko virusbedingter Erkrankungen der Atemwege in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften als besonders hoch ein".

Die für die Corona-Pandemie proklamierten Abstands- und Hygienemaßnahmen, die für die Mehrheitsbevölkerung gelten, sind in diesen Unterkünften gar nicht einzuhalten. Die räumliche Enge und die katastrophalen sanitären Bedingungen, die fehlenden Desinfektionsmittel, Seifen und oft auch die fehlenden Schutzmasken förderten die Verbreitung der Infektionen, weil die Bewohner:innen ihnen schutzlos ausgeliefert waren. In einer Gemeinschaftsunterkunft in Schorndorf/-Baden-Württemberg erhielten die Bewohner:innen alle zehn Tage eine neue FFP2-Maske. In Bayern organisierten Unterstützer:innen Masken für Geflüchtete, da diese nur eine OP-Maske erhalten hatten.

Es gab Berichte und Protestschreiben über fehlende Hygienemittel, verschmutzte Sanitäranlagen, kaputte Toiletten und Duschen ohne Türen.

Für gefährdete Personen, wie ältere oder chronisch kranke Menschen, wurden keine besonderen Schutzmaßnahmen getroffen. Sie mussten in den Lagern bleiben und durften nicht in dezentrale Wohnungen umziehen. Wie für alle anderen Bewohner:innen galt auch für sie die Wohnpflicht im Lager. "Die Pandemie als solche rechtfertigt keine Entlassung aus einer Erstaufnahmeeinrichtung", erklärte der Referatsleiter der sächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen das Vorgehen in Sachsen.

Weggesperrt - Ignoriert - Alleingelassen

Sobald bei einzelnen Bewohner:innen Corona nachgewiesen wurde, wurden ganze Unterkünfte oder bestimmte Gebäudetrakte und damit alle dort lebenden Bewohner:innen von den Gesundheitsämtern unter Quarantäne gestellt – mit Ausgangssperre und Besuchsverbot für alle. Transfers aus den Lagern in kommunale Einrichtungen und Wohnungen wurden ausgesetzt. Eine Studie der Universität Bielefeld stellte im Juni 2020 fest, dass in 30 von 42 untersuchten Sammel-

unterkünften (71 Prozent) Kollektivquarantänen über die Bewohner:innen verhängt wurden.

Personen wurden in den Lagern festgehalten, auch wenn sie keinen Kontakt zu infizierten Menschen hatten und obwohl ihre Testungen auf Corona negativ ausgefallen waren. Dadurch entstand in vielen Lagern eine zeitlich unbegrenzte Quarantäne teilweise über mehrere Wochen, die solange verlängert wurde, bis alle (!) Bewohner:innen negativ getestet waren.

Die Bewohner:innen des AnKER-Zentrums Geldersheim bei Schweinfurt oder des Flüchtlingslagers im brandenburgischen Hennigsdorf konnten acht Wochen das Lager nicht mehr verlassen und mussten weiterhin auf engstem Raum zusammenleben und sich dem ständigen Infektionsrisiko aussetzen.

Corona-positiv getestete Personen und deren Kontakte wurden in den meisten Massenunterkünften in gesonderten Gebäuden untergebracht oder verlegt. In den Isolationsbereichen befanden sie sich in sogenannter Kohorten-Quarantäne. Sie wurden stockwerkweise getrennt und durften nur mit Menschen der jeweiligen Etage Kontakt haben. Beim Warten in der Schlange vor der Essens- oder der Geldausgabe trafen wiederum viele Menschen aufeinander, wie Bewohner:innen berichteten.

In einigen Lagern wie zum Beispiel in der Asylunterkunft Backnang wurden sowohl Corona positiv Getestete als auch negativ Getestete zusammengespart. In anderen Unterkünften wurden die Bewohner:innen in ihren Zimmern isoliert, teilweise bis zu fünf Personen oder ganze Familien ohne Möglichkeit sich aus dem Weg zu gehen.

Gerade durch die Quarantäne-Maßnahmen erhöhte sich die Übertragungsrate der Infektionen, und Nachverfolgungen der Ansteckungsketten waren nicht mehr möglich.

- In Ellwangen, einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Baden-Württemberg, wurden nach Bekanntwerden von sieben Infektionen über das gesamte Lager ein Ausgehverbot und Massenquarantäne verhängt. Nach vier Wochen waren 406 der 600 Bewohner:innen mit Corona infiziert.

Um viele betroffene Lager herum wurden sehr schnell meterhohe Zäune aufgezogen, ohne die Bewohner:innen über den Grund der Maßnahmen zu informieren. Security und Polizei bewachten diese Absperrungen, um sicherzustellen, daß niemand mehr die Einrichtungen verlassen konnte. Auch die Wohneinheiten innerhalb des Lagers wurden durch Zäune räumlich voneinander getrennt.

- Beispiel in Halberstadt in Thüringen. Dort wurden 850 Geflüchtete unter Quarantäne gestellt, nachdem ein (!) Bewohner positiv auf Corona getestet worden war. Einige Menschen gerieten durch das plötzliche Auftauchen der bewachenden Polizeibeamt:innen in Panik, da sie annahmen, abgeschoben zu werden.

Generell wurden Bewohner:innen schlecht oder gar nicht über die aktuelle Infektionslage, die eingeleiteten Maßnahmen, die Dauer und Verlängerung der Quaran-

ten infizierten Menschen fehlten in den Isolationsbereichen auch Ansprechpersonen, die sie über die Krankheit Covid-19 und deren Symptome aufklären und Erkrankte während der Quarantäne medizinisch begleiten und betreuen konnten, um bei einer Verschlechterung frühzeitig weitere Behandlungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Fokus der Kommunikation der Verantwortlichen mit den Bewohner:innen standen Androhungen von Sanktionen für diejenigen, die die Ausgangssperre nicht beachten.

Ehrenamtliche Unterstützungsangebote und Deutschkurse fanden nicht mehr statt, Gemeinschaftsräume waren geschlossen, Kinder- und Familienbetreuungsangebote brachen weg, ebenso wie Freizeitangebote.

Durch das Eingespartsein, die Isolation und das Wegbrechen von sozialen Routinen während der Kollektiv-Quarantäne fühlten sich viele Bewohner:innen von der Außenwelt abgeschnitten und Monotonie, Nichts-Tun und Langeweile prägten den Alltag in den Lagern.

In den wenigsten Unterkünften gab es Zugang zu WLAN-Verbindungen, wodurch digitale Angebote wie homeschooling für Kinder, online-Deutschkurse oder digitale Beratungsangebote nicht wahrgenommen werden konnten. Der kaum vorhandene Internetzugang und ein Mangel an SIM-Karten während der Quarantäne erschwerten den Bewohner:innen, Kontakt zu ihren Familien, Unterstützer:innen oder Freund:innen aufrechtzuerhalten.

Die ständige Anwesenheit der Polizei und der Quarantäne-Kontrollen durch die Sicherheitsdienste in Verbindung mit einem Mangel an Informationen führten zu Mißtrauen und Angstzuständen bei ohnehin schon durch Flucht und Lagerdasein traumatisierten Menschen. Sie fühlten sich entmündigt, verwaltet, gefangen und der drohenden Corona-Infektion und Willkür der Lagerverwaltung schutzlos ausgeliefert.

Innerhalb der Lager wurde die Stimmung unter den Bewohner:innen deutlich angespannter. Frustrationen und Aggressionen führten immer wieder zu Auseinandersetzungen und vermehrten Übergriffen auf Frauen, Kinder und queere Personen.

Beratungen durch Sozialdienste und Flüchtlingsberatungsstellen fanden nur noch eingeschränkt statt und in vielen AnKER-Zentren waren Rechtsannahmestellen nicht mehr besetzt. Da Asylbescheide vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aber ungebremst weiter verschickt wurden, gerieten die Menschen auch in juristische Not. Denn gegen diese Bescheide müssten sie innerhalb einer Frist von zwei Wochen Widerspruch einlegen und Klage erheben, was aber ohne Unterstützung, Information, Übersetzungshilfe und Beratung den meisten nicht möglich war.

Widerstand

Während der Pandemie organisierten sich Geflüchtete in den Lagern und protestierten in unterschiedlicher Form gegen die unzumutbaren Bedingungen, denen sie unterworfen waren. Sie traten in Hungerstreiks, schrieben Briefe, gaben der Presse Interviews, sprachen auf Kundgebungen und Demonstrationen oder klagten vor Gericht. Sie demonstrierten gegen die Kollektivmaßnahmen, die mangelnden Möglichkeiten des Schutzes, fehlende Kommunikation und Informationen zu Corona. Sie skandalisierten die mangelnde Versorgung mit Masken, Hygieneartikeln und Lebensmitteln und forderten die Evakuierung aus den Lagern in eigene Wohnungen oder kleinere Wohneinheiten, die Schutz vor Infektionen erst möglich machen. Die staatlichen Behörden reagierten oft repressiv mit großen Polizeieinsätzen auf die Proteste und sanktionierten Bewohner:innen, die an diesen beteiligt waren.

- Als Geflüchtete der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl gegen die Maßnahmen protestierten, rückten Spezialeinheiten der Polizei in weißen Ganzkörperoveralls mit Wasserwerfern an, nahmen Protestierende fest und setzten die Quarantäne durch.
- Einzelne Bewohner:innen in der Erstaufnahmeeinrichtung Dölzig machten medienwirksam mit selbstgedrehten Videos auf die Situation in ihrem Lager aufmerksam. Daraufhin wurde ein Bewohner in eine Einrichtung für geflüchtete Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Chemnitz gebracht.
- In Bremen wurden Bewohner:innen, die die Proteste in der Unterkunft initiiert hatten, in andere Lager strafverlegt.
- In Nordrhein-Westfalen wurden mehrere Bewohner:innen der Landeserstaufnahmeeinrichtung Bielefeld als Strafe in das Abschiebegefängnis nach Büren verlegt und dort isoliert, nachdem sie angeblich gegen Quarantäne-Regeln verstoßen hatten.

Teilweise waren die Proteste der Geflüchteten zusammen mit ihren Unterstützer:innen und der dadurch erzeugte öffentliche Druck auf die Behörden erfolgreich. So konnten bis Mitte Juli ein Drittel der Bewohner:innen in Sachsen die Aufnahmeeinrichtungen verlassen. Sie wurden in dezentrale Wohnungen oder kommunale Gemeinschaftsunterkünfte verlegt. Die Stadt Potsdam hat die Auflösung aller Sammelunterkünfte Anfang Juni 2020 beschlossen. Geflüchtete sollen künftig Wohnungen oder wohnungsähnliche Einrichtungen beziehen können. In Köln sollen alle Einrichtungen mit gemeinschaftlich benutzten Kantinen, Küchen und Sanitäranlagen geschlossen und Geflüchtete in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht werden. In anderen Massenunterkünften wurden die Belegungszahlen reduziert. Einzelne Bewohner:innen, wie zwei schwangere Frauen aus Dresden und ein Geflüchteter aus Dölzig, klagten erfolgreich vor Verwaltungsgerichten gegen die Unterbringung in Lagern während der Pandemie und konnten dezentrale Wohnungen beziehen. Die Gerichte erklärten, dass das Recht auf Gesundheit und der Schutz vor einer Corona-Infektion auch für Bewohner:innen von Lagern gelten müsse.

Die zweite Welle: Nicht gelernt !

Insgesamt änderte sich an der Unterbringungssituation von Geflüchteten in Deutschland allerdings wenig. Die zweite Infektionswelle vom Herbst 2020 bis zum Winter 2021 hat deshalb die Menschen in den Massenunterkünften erneut hart getroffen.

In vielen Gemeinschaftsunterkünften waren von den zuständigen Behörden keine präventiven Maßnahmen wie zum Beispiel die Unterbringung in dezentrale Wohnungen oder ein räumliches Entzerren der Lager umgesetzt worden. In Berlin und Hessen gab es im Januar 2021 dreimal so viele infizierte Bewohner:innen wie im Oktober 2020 – in Rheinland-Pfalz viermal so viele.

- Abermals standen Massenunterkünfte nach dem Bekanntwerden einzelner Infektionen komplett oder teilweise unter Quarantäne.
- So konnten die Bewohner:innen des bayerischen AnKER-Zentrums Mering ihre Unterkunft seit Anfang November 2020 für mehrere Wochen nicht mehr verlassen. Einige Tage zuvor waren 40 neue Personen von außerhalb in das Lager verlegt und Mehrbettzimmer aufgefüllt worden. Statt drei Personen mussten nun fünf Menschen auf engem Raum in einem Zimmer zusammenleben.

Seit Ende Februar 2021 bekamen Geflüchtete auf Grund ihrer besonderen Gefährdung in den Lagern die Möglichkeit einer Impfung in Aussicht gestellt, denn das RKI hatte sie in der Impfreiherfolge der Gruppe 2 zugeordnet. Die Impfkampagne lief aber nur langsam an. Flüchtlingsräte in Bayern, Niedersachsen oder Berlin forderten neben einem schnelleren Impfen auch mehr Unterstützung, Aufklärung und niedrigschwellige Informationen für Geflüchtete. Während andere Personen der Impfgruppe 2 bereits geimpft waren, warteten Bewohner:innen in den meisten Lagern auch Anfang April 2021 weiter auf ein Impfangebot oder eine Immunisierung durch mobile Impfteams.

Siehe Beispiele unter folgenden Daten: 4. April 20, 20. April 20, 25. April 20, 2. Mai 20, 8. Oktober 20, 11. Dezember 20